

tag, 24. Juli 1984

Sünder
sich mit
term An
zei

Mittwoch, 25. Juli 1984 - D ***

Am Springer Verlag AG, Postf. 10 08 84, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)
504-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 341-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Werbepartnern

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 172 - 30. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 5,50 F, Griechenland 100 Dr.
Großbritannien 85 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 fr.
Niederlande 2,50 fl, Norwegen 1,20 nkr, Österreich 13,00 s, Portugal 100 Esc.
Schweiz 8,50 sfr, Schweden 1,80 skr, Spanien 155 Ptas, Kanarische Inseln 150 Ptas.



POLITIK

Treffen Kohl-Strauß: Bundeskanzler Kohl und der CSU-Vorsitzende Ministerpräsident Strauß haben sich gestern in Oberbayern zu einer gemeinsamen Wandlung getroffen, bei der aktuelle politische Fragen vertraulich besprochen wurden. Einzelheiten wurden zunächst nicht bekannt. Kohl tritt am Freitag seinen dreiwöchigen Sommerurlaub am Wolfgangsee an.

Iran will Kontakt zum Kreml: Außenminister Genscher hat bei seinen Gesprächen in Teheran den Eindruck gewonnen, daß der Iran seit dem Frühjahr Führer nach Moskau ausstreckt, um den Ring seiner Isolation zu durchbrechen. Der iranische Außenminister Velayati beabsichtigt, Moskau zu besuchen, verläutete aus dem Auswärtigen Amt in Bonn. (S. 10)

NATO: Der neue NATO-Generalsekretär Lord Carrington hat die Bemühungen um eine verstärkte Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder in der Verteidigung begrüßt. In einem Interview des "Figaro", räumte er ein, daß dabei die Kernkraft immer in der nationalen Verantwortung bleiben müßten. (S. 5)

Bangemann: Der Bundeswirtschaftsminister hat gestern zum Auftakt mehrstägiger Gespräche in Washington mit US-Handelsminister Baldrige konferiert.

CSU lehnt Narjes ab: Die CSU bestreite auf Ablosung des bisherigen deutschen EG-Kommissars Narjes (CDU) wegen dessen Haltung in der europäischen Diskussion um das Reinheitsgebot beim Bier, erklärt der frühere CSU-Generalsekretär Stöber. CSU-Chef Strauß hat Bundeskanzler Kohl vorgeschlagen, den bayerischen Bundesratsminister Schmidhuber an Stelle von Narjes auf diesen EG-Posten zu berufen.

Zimmermann: Der Bundesinnenminister zieht eine positive Bilanz seiner bisherigen Amtsführung. In 15 Monaten ist mehr geschehen, als in den 13 Jahren der sozialliberalen Regierung zuvor, erklärt er in einem WELT-Gespräch. (S. 3)

Hausbesitzer: Das letzte noch vorhandene Hausbesitzer-Zentrum in Berlin, das sogenannte "Kunst- und Kulturzentrum Kreuzberg" ist gestern früh von der Polizei durchsucht und geräumt worden. (S. 4)

Polen: Präsident Reagan will die in Polen verkündete künftige "Amnestie" für politische Gefangene nach Angaben aus Regierungskreisen offenbar nur mit der Aufhebung eines Teils der amerikanischen Sanktionen beantworten. (S. 5)

Heute: Bundeskabinett befaßt sich mit Kraftwerk Buschhausen.

ZITAT DES TAGES



An seinen lateinamerikanischen Erben, an den Afrikanern ebenso wie an uns Europäern ist es, Bolívars Vision von vereinigten Erdteilen zu verwirklichen

Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern in Bonn bei der Enthüllung eines Denkmals für den lateinamerikanischen Befreier Simon Bolívar. FOTO: KNP/REX

WIRTSCHAFT

Brinkmann: Der viertgrößte deutsche Zigarettenhersteller wird bis Mitte kommenden Jahres knapp 1000 Beschäftigte entlassen. Die Mitarbeiterzahl soll von 3100 auf 2150 reduziert werden. (S. 12)

Neuzulassungen: Der Streik in der Metallindustrie hat ausländischen Pkw-Herstellern Vorteile gebracht. Ihr Anteil an der Zulassung von 1,36 Millionen Fahrzeugen im ersten Halbjahr: 30,1 Prozent (1983: 25,6 Prozent).

Flachbild-TV: Die Siemens AG und die Standard Electric Lorenz AG (SEL) kooperieren bei der Herstellung von farbfernsehtypischen Flachbildschirmen.

Börse: Nach den Verlusten der letzten Tage kam es am deutschen Aktienmarkt zu einer marktbesseren Erholung. WELT-Aktienindex 135,4 (134,7). Am Rentenmarkt notierten öffentliche Anleihen schwächer. Dollar-Mittelkurs 2,8791 (2,8705) Mark. Goldpreis je Feinunze 338,50 (335,00) Dollar.

KULTUR

Bayreuth: Zum 73. Mal seit 1876 heißt es heute Abend Vorhang auf für die Richard-Wagner-Festspiele. Zur Eröffnung wird "Der fliegende Holländer" in der 1978er Inszenierung von Harry Kupfer gegeben. Die 34 Nachkriegsspielzeit bringt keine Neuzulassungen.

München: Die Ausstellung "Von der Aufklärung zur Romantik - Geistige Strömungen in München" in der Bayerischen Staatsbibliothek versucht diese geistesgeschichtliche Epoche mit 300 Exponaten (Drucke, Handschriften, Graphiken und Gemälde) präzise zu dokumentieren. (S. 17)

SPORT

Fußball: Teamchef Beckenbauer hat sich mit dem Hamburger Magath über eine Rückkehr in die Fußball-Nationalmannschaft geeinigt. Er soll schon im Länderspiel gegen Argentinien am 12. September in Düsseldorf eingesetzt werden. (S. 8)

Olympia: Das Exekutiv-Komitee des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) hat für die 88. IOC-Session einstimmig die Empfehlung verabschiedet, künftig alle Nationalen Olympischen Komitees zur Teilnahme an den Spielen zu verpflichten.

AUS ALLER WELT

Streit um Papst-Urlaub: Der Auszug von Papst Johannes Paul II. zu einem kurzen Ski-Urlaub in den Alpen rief die Kritiker auf den Plan. Zwar gönnt man dem sportlichen Oberhaupt der Kirche das Vergnügen, ist aber weder mit dem Aufwand - Absperren eines ganzen Skigebiets für zwei Tage - noch mit der "Vermarkung" des Ski-Trips einverstanden. (S. 18)

Stan-Warnung: Am kommenden Wochenende werden die süddeutschen Autobahnen von Unfallschweren in beiden Richtungen belastet, warnt der ADAC. In Baden-Württemberg beginnen die Ferien, für viele norddeutsche Urlauber gehen sie zu Ende.

Wetter: Von Norden wolkiger; 20 bis 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Jonas Savimbi marschiert und Bonn hinkt hinterher - Von Günter Poser S. 2

Sport-Porträt: Mary-Darling und die Angst vor dem Ruhm - Die US-Läuferin Decker S. 8

Landesbericht Hamburg: Die Bürger sind als Ideen-Spender gefragt - Aktion der CDU S. 4

Großbritannien: Bergleute blockieren Transporte von Eisenerz - Festnahmen S. 10

Papst: China-Politik des Vatikans zwischen Taiwan und Peking - Beruhigendes aus Rom S. 4

Fernsehen: Film über den englischen Rothschild-Park Exbury - Ein Paradies S. 10

ETA: Madrid will den Terror politisch bekämpfen - Ertarrs begnadigt S. 5

Neue Penderecki-Platte: Umkehr zu nationalen Tönen - beifällige Diskussion in Polen S. 17

Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT Wort des Tages S. 7

Haute Couture '84: Karl Lagerfeld bringt in Paris die Röcke zum Laufen S. 18

Komplizierte Lage in Israel. Kommt es zur großen Koalition?

Arbeiterpartei stärkste Kraft / Gewinne der kleineren Gruppen bei den Wahlen

R. SELIGMANN, Tel Aviv

Mit langwierigen und schwierigen Koalitionsverhandlungen muß nach dem Ausgang der israelischen Wahlen gerechnet werden. Das Wahlergebnis zeigt, daß die Bildung einer stabilen Regierungskoalition unter der Führung der Arbeiterpartei oder des Likud-Blockes erheblich erschwert worden ist. Dies hängt damit zusammen, daß kleinere Parteien und politische Splittergruppen ihre Position erheblich verbessern konnten, die großen Parteien gleichzeitig teilweise empfindliche Verluste hinnehmen mußten. Auf Zurückhaltung bei der Arbeiterpartei ist das Angebot des bisherigen Ministerpräsidenten Shamir gestiegen, eine große Koalition zu bilden.

Der Likud unter der Führung von Shamir wird in der neuen Knesset nur noch mit 41 Mandaten vertreten sein. 1981 konnte der Likud unter Führung des damaligen Premiers Menachem Begin noch 48 Sitze im 120-köpfigen Parlament erringen. Auch die Arbeiterpartei unter Führung von Shimon Peres mußte Stimmenverluste hinnehmen. Die Zahl ihrer Mandate beträgt nun 43 (1981: 47 Sitze). Damit konnte die Arbeiterpartei ihre Position als führende politische Kraft wiedererlangen. Peres unterstreicht die Absicht seiner Partei, "den Versuch zur Bildung einer Regierung zu unternehmen". Trotz der erheblichen Stimmeneinbußen des Likud bekräftigt auch Ministerpräsident Shamir seinen Anspruch, die nächste Regierung zu bilden.

Die größte Überraschung ist das hervorragende Abschneiden der kleineren Parteien. Der seit der Bildung des Likud im Jahre 1973 sich abzeichnende Trend zu den großen Parteien wurde diesmal umgekehrt. Beobachtet man dies vor allem mit der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den großen Parteien. Für den Likud haben sich vor allem die katastrophale Wirtschaftssituation sowie das Fehlen eines Beginns negativ bemerkbar gemacht. Seinem Nachfolger Shamir fehlt die Überzeugungskraft Begins. Das fehlende Charisma von Shimon

Peres war auch ein entscheidendes Manko der Arbeiterpartei. Ein anderer Negativposten war das unklare Programm der Partei. Es ist daher verständlich, daß viele sich den kleineren politischen Gruppierungen zuwandten. So gewann die religiös-orthodoxe Morascha-Partei, die den forcierten Ausbau von Siedlungen in den besetzten Gebieten befürwortet, auf Anhieb zwei Mandate. Auf der linken Seite erhielten die Schinui-Partei von Professor Rubinstein und die Bürgerliste von Shulamit Aloni jeweils drei Mandate (zuvor jeweils ein Sitz). Drei Knesset-Sitze erhielt auch die liberale Jachad-Partei des früheren Verteidigungsministers Weizman. Die religiös-ethnische Gruppe Schas, die von orientalischen Juden gewählt wurde, erhielt auf Anhieb vier Mandate.

Es ist anzunehmen, daß die kleinen Parteien zunächst extreme Forderungen in den Koalitionsverhandlungen stellen werden. Premier Shamir hat die Bildung einer großen Koalition vorgeschlagen, die von den meisten Israelis gewünscht wird.

SEITE 3:
Der Kampf fängt erst an

Neuer Kursschub für den Dollar

Konjunkturaufschwung in den USA auslösendes Moment / Weiterer Zinsanstieg?

LEO FISCHER, Bonn

Der Höhenflug des Dollars setzt sich weiter fort. Nachdem die amerikanische Währung am Montag mit 2,8705 Mark im Fixing einen Höchstpreis für die letzten zehn Jahre erreichte, zwischenzeitlich im Handel sogar die Marke von 2,88 überschritt, kletterte der amtliche Mittelkurs gestern auf 2,8791 Mark und damit auf einen neuen Höchststand seit dem 22. Februar 1973, als die US-Währung bei 2,9395 Mark notierte. Die Bundesbank, die am Vortag fast 52 Millionen Dollar an den Markt abgab, um dem Kursanstieg der amerikanischen Währung Einhalt zu gebieten, mußte gestern wieder 35,9 Millionen Dollar verkaufen.

Gewinnmitnahmen hatten den Dollarkurs am Montagabend in New York leicht auf 2,8750 Mark und im Fernen Osten am Dienstagmorgen auf 2,8675 Mark gedrückt. In Frankfurt hatte der Handel am gestrigen Morgen bei rund 2,88 Mark je Dollar begonnen.

Ausgelöst wurde der neue Kursschub durch die teilweise schon am

späten Montagmorgen bekanntgewordenen Zahlen über das hohe Tempo des Konjunkturaufschwungs in den USA. Im zweiten Quartal dieses Jahres nahm das Bruttoinlandsprodukt real um 7,5 Prozent zu. Diese hohe Zuwachsrate, die um 1,8 Prozent höher ausfiel, als allgemein erwartet worden war, weckte neue Erwartungen, daß die US-Notenbank die Kreditzettel straffen und die Folge eines weiteren Zinsanstiegs, der den Dollar weiter nach oben treiben würde. Am US-Anleihemarkt fielen die Kurse prompt zurück, und die Zinsen zogen an.

Am Frankfurter Devisenmarkt herrscht die Ansicht vor, daß ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um sechs bis sieben Prozent in den Dollarkurs bereits vorweggenommen war, also zu keinem neuen Kursauftrieb für die amerikanische Währung geführt hätte. Aber 74 Prozent seien zu viel gewesen. Zum anderen wird sich die starke Konjunkturerholung auch psychologisch günstig für den Dollar auswirken. Sie signalisierte wieder einmal die im Vergleich zu den euro-

päischen Ländern ungebrochene Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten.

Auch die Aufhebung der Quellensteuer für Ausländer und die in der Diskussion befindliche Möglichkeit für Ausländer, in den USA anonym Anleihen zu erwerben - also ohne die bislang übliche Registrierung - stärken die Attraktivität der US-Währung.

Auch gegenüber dem Schweizer Franken gewann der Dollar weiter an Boden. Nachdem der Dollar am Montag mit 2,4358 Franken einen neuen Höchststand seit sieben Jahren erreicht hatte, mußten gestern sogar 2,4490 Franken für die US-Währung gezahlt werden.

Daß die Dollarhausse nicht auch gleichzeitig eine D-Mark-Schwäche bedeutet, zeigt die Tatsache, daß der Schweizer Franken auch gegenüber der D-Mark im Kurs nachgab. Mit 85,03 Franken für 100 Mark erreichte die D-Mark gegenüber dem Franken einen neuen Jahreshochstand. Seite 11: Alle Hoffnungen zerstört

US-Armee Streitpunkt im Wahlkampf

Diskussion um Verteidigungsbereitschaft / Weinberger warnt vor Manipulation

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die amerikanische Nation muß sich mit einem neuen Phänomen auseinandersetzen: Im Wahlkampf um die Präsidentschaft und die Mehrheiten im Capitol gehen die Streitkräfte nicht mehr als unantastbar. Seit dem vergangenen Wochenende wird in Washington der politische Kampf um die Frage, ob Heer, Luftwaffe, Marine und Marinecorps der USA in der Lage wären, einen längeren konventionellen Krieg gegen die Sowjetunion durchzustehen.

Ausgelöst wurde die Auseinandersetzung durch einen umfangreichen Bericht des Haushaltsausschusses des von den Demokraten beherrschten Repräsentantenhauses. Die umfangreiche Studie, insgesamt 376 Seiten stark, kommt zu dem, wenn er denn richtig wäre, alarmierenden Schluß: daß der Bereitschaftsgrad der US-Streitkräfte negative Tendenzen aufweise und sie nicht in der Lage wären, den Kampf gegen die Sowjetunion oder gar gegen kleinere Staaten zu bestehen.

Diese in der Tat weitreichenden

Bewertungen riefen sogleich den Verteidigungsminister und die Vizepräsidenten Stabschefs im Pentagon auf den Plan. In einer von Weinberger und den vier Generalen und dem Admiral unterzeichneten Erklärung wird vor "der ersten und potentiell gefährlichen Natur dieser falschen Darstellung und der Interpretation" gewarnt. Wichtig sei, so der Politiker und die hohen Offiziere weiter, daß sich niemand falsche Vorstellungen über die Einsatzbereitschaft der US-Streitkräfte mache. Vor Journalisten wurde Weinberger noch deutlicher. Ungeschminkt stellte er die Vermutung an, wegen des beginnenden Wahlkampfes sei wohl der Bericht jetzt veröffentlicht worden.

Weinbergers Vermutung liegt nahe. Immerhin sind die Ergebnisse des Berichts, der nach anderthalbjährigen Recherchen in den USA und bei amerikanischen Verbänden im Ausland zustande kam, unter dem Einfluß der Demokraten so zusammengefaßt worden. Sie halten im Repräsentantenhaus die Mehrheit. Theoretisch gesehen könnte ihnen, die gere-

de in San Francisco ihr Team Mondale/Ferraro als Wahlkampfherausforderer für den antizipierten Präsidenten und seinen Vize Bush kürten, daran gelegen sein, die Versprechungen von Reagan zugunsten der Stärkung der Streitkräfte mit Zweifeln zu verwässern. Letztes Jahr noch bekräftigte der Präsident vor der "American Legion" seine Politik. "Eine sicherere Welt", so sagte Reagan, "läßt sich nicht nur mit ehrenwerten Absichtserklärungen und gutem Willen erreichen... Frieden, Menschenrechte, wirtschaftlicher Fortschritt und nationale Unabhängigkeit wie internationale Stabilität verlangen fortwährende Anstrengungen zur Unterstützung unserer Freunde und zur Verteidigung unserer Interessen." Nicht zuletzt meinte der Präsident damit auch Aufwertung der US-Streitkräfte, die unter seinem Vorgänger Carter im Schatten gestanden hatten.

Daß die unter den Republikanern neue Wertschätzung für die Soldaten

Europa-Parlament wählt Pfimlin

DW, Brüssel

Der 77-jährige französische Christdemokrat Pierre Pfimlin ist gestern zum neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt worden. Die Entscheidung zugunsten des ehemaligen Ministerpräsidenten und Straßburger Bürgermeisters fiel erst im zweiten Wahlgang.

Am britischen Widerstand sind gestern die Bemühungen der EG-Außenminister zur Schließung des Etatdefizits 1984 der Europäischen Gemeinschaft (EG) gescheitert. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher beschuldigte dabei Großbritannien, um eines finanziellen Vorteils willen eine Einigung zu blockieren. Die zehn Außenminister beauftragten die Finanzminister, sich im September erneut mit der Schließung der erwarteten Etatlücke von über 45 Milliarden Mark zu befassen.

Seite 11: An London gescheitert

Werbung für Autos oft zu aggressiv

DW, Koblenz

Die Werbung für Autos ist nach Auffassung des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte, in vielen Fällen zu aggressiv. Schulte erklärte in einem vorab veröffentlichten Interview für die in Koblenz erscheinende "Rhein-Zeitung", die Werbung fordere die Autofahrer geradezu auf, die Möglichkeiten ihres Wagens bis zu den letzten Leistungsreserve auszunutzen. Werbesprüche wie "Volle Kraft voraus" oder "Wer bietet mehr beim Überholen?" oder "Start frei zur Kraftprobe" oder die Aufforderung, sportliche Ambitionen auszuleben, seien alles andere als förderlich für die Verkehrssicherheit. Vor allem junge Fahrer seien allzu leicht bereit, sich mit anderen zu beweisen, daß ihr Wagen das in der Werbung gezeigte Image zu Recht verdiene. Dies gehe entscheidend zu Lasten der Verkehrssicherheit.

Stuttgart will keine neuen Schulden

X. H. KUO, Stuttgart

Baden-Württemberg wird als erstes Bundesland voraussichtlich ab 1986 keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Dies sieht der Entwurf zum Haushaltsplan 1985/1986 vor, den das Stuttgarter Kabinett verabschiedet hat. Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) erklärte, damit sei der Nachweis erbracht, daß "der Staat mit seinen Einnahmen auskommen kann". Finanzminister Guntram Palm (CDU) teilte mit, daß der Doppelhaushalt Gesamtausgaben in Höhe von fast 36,2 für 1985 und 37,4 Milliarden Mark für 1986 aufweise. Das Wachstum der baden-württembergischen Staatsausgaben liege mit 2,5 Prozent "deutlich" unter der Drei-Prozent-Marke.

Gefährdet könnte die Absicht der Landesregierung durch einige "Unwägbarkeiten" werden: wenn etwa keine "vernünftigen" Abschlüsse bei den noch laufenden Tarifverhandlungen erzielt werden.

DER KOMMENTAR

Schwankende Wähler

HERBERT KREMP

Israel hat gewählt, aber die Zersplitterung in zwei große Blöcke und dreizehn kleine Gruppierungen ist nicht überwunden. Fast alle Parteien können sich als Sieger oder Verlierer bezeichnen. Die oppositionelle Arbeiterpartei hat zum drittenmal keinen überzeugenden Erfolg errungen, auch wenn sie jetzt die meisten Sitze im neuen Parlament zählt. Die so günstig klingenden Prognosen haben getrogen. Likud erlitt Verluste, er mußte offenbar an die Splitterparteien rechts und in der Mitte abgeben. Ein gefährlich unklares Resultat.

Die Arbeiterpartei unter dem Gespann Peres und Rabin ist einer Fehlkalkulation zum Opfer gefallen: Sie hatte dem Idealkandidaten vieler Israelis, Itzhak Navon, nur den dritten Platz überlassen. Und sie ging, was noch schwerer wiegt, mit falschen Themen und Thesen in das Rennen gegen den konservativen Likud-Block, der die Siedler unterstützt. Die Mehrheit der Israelis will sich offenbar nicht andauernd sagen lassen, in Libanon seien die Soldaten umsonst gefallen. Diese Mehrheit, zu der die breitgestreute national-religiöse Gruppierung gezählt werden muß, will keinen einseitigen Rückzug und keinen Siedlungsstopp. Daß Oppositionsführer Peres noch am Wahltag Verhandlungen mit König Hussein von Jordanien über die be-

setzten Gebiete, also über Judäa und Samaria, anbot, ohne die kleinste arabische Gegenleistung in der Hand zu haben, war sicher ein schwerer Fehler.

Likud und seine kleinen Alliierten haben die Grundstimmung im Lande besser eingeschätzt, vor allem die Stimmung in der Armee. Doch die Wähler schwanken. Sie sahen in Ministerpräsident Shamir die Vaterfigur, sie gaben ihr den Vorzug vor der experimentierfreudigen Opposition. Gleichzeitig vermied sie aber die charismatische Kompetenz Begins, der sich aus vielen, auch persönlichen Gründen am Wahlkampf nicht beteiligte. Ihren Ausdruck fand die Unsicherheit schließlich in der Abwanderung zu den Kleinen und Kleinstparteien. Diese haben im Vergleich zu den letzten Wahlen um ein Drittel, von 22 auf 34 Sitze, zugenommen.

Was ist zu tun? Die Wirtschaftskrise mit Inflation und einem alarmierenden Anstieg von gepumpten Devisen brennt auf der Haut. Regierungschef Shamir hat Peres in der Wahlkampfzeit wiederum eine Regierung des nationalen Notstands angeboten. Darüber droht es zu Abspaltungen bei der Arbeiterpartei und beim Likud-Block zu kommen. Aber es gibt keinen schnelleren und vernünftigeren Ausweg aus der Sackgasse nach dieser Wahl.

Honecker wird in Gymnich empfangen

ms. Bonn

SED-Generalsekretär Erich Honecker soll bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland vom 26. bis 29. September nicht in Bonn empfangen werden. Nach WELT-Informationen ist die Begegnung zwischen Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Honecker auf Schloß Gymnich, rund 40 Kilometer von Bonn entfernt, vorgesehen. Durch diese Ortswahl will die Bundesregierung schon vorab der "DDR" signalisieren, daß Bundeskanzler Helmut Kohl einen eventuellen Gegenbesuch nicht in Ost-Berlin absolvieren würde.

Das Bundeskabinett wird heute dem 950-Millionen-Mark-Kredit für die "DDR" zustimmen. Die Bundesstaatsminister wurden gestern von Staatsminister Jennering darüber unterrichtet. Als Gegenleistungen des Zwangsumsatzes für Renten von 25 auf 15 Mark pro Tag, eine Verlängerung der Tagesaufenthalte, Reisemöglichkeiten auch zu Freunden und Bekannten sowie Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr erwartet.

Was das Besuchsprogramm Honeckers betrifft, so sind inzwischen weitere Absprachen mit Ost-Berlin getroffen. In Bad Kreuznach wird es ein Gespräch zwischen Kohl und dem SED-Chef geben. Weitere Besuchsstationen werden das Saarland, das Marx-Geburtsort in Trier und die Krupp-Stiftung in Essen sein. Die Bundesregierung spricht von einem "Arbeitsbesuch". Ob Honecker auch nach Bayern kommt, ist offenkundig noch nicht entschieden.

Duarte ersucht Reagan um verstärkte Militärhilfe

CIA soll weiter Geheimaktionen in Nicaragua finanzieren

DW, Washington

Der Präsident El Salvador, José Napoleón Duarte, hat in Washington in einem Gespräch mit Präsident Reagan um erweiterte Militärhilfe der USA für sein Land ersucht. Dabei verwies Duarte, wie offiziell verlautete, auf den Erfolg seiner Bemühungen um Wirtschaftshilfe in Bonn, Paris, Brüssel, London und Lissabon.

Inzwischen hat der US-Kongress seine Beratungen über eine Erweiterung der Militärhilfe für El Salvador wiederaufgenommen. Die Reagan-Administration wünscht die Zustimmung der Abgeordneten für eine Erhöhung der bereits bewilligten 62 Millionen Dollar um weitere 117 Millionen bis zum Abschluß des laufenden Rechnungsjahres Ende September. Für die folgende Periode fordert Reagan 132,5 Millionen Dollar.

Bei dem Treffen mit Duarte bekräftigte Reagan auch seinen Wunsch, eine weitere Finanzierung "geheimer" Aktivitäten der antisandistischen Guerrilla in Nicaragua durch den US-Geheimdienst CIA zu erreichen. Duarte habe dem Präsidenten seine Zustimmung zu dieser von den De-

mokraten stark kritisierten Maßnahme versichert, ließ es weiter. Die beiden Staatspräsidenten sehen darin ein Druckmittel, um Managua zu einer Aufgabe der ihrer Ansicht nach bedeutenden nicaraguanischen Waffenlieferungen an die Guerrilla in El Salvador zu bewegen.

Nach seinem Gespräch mit Reagan erklärte Duarte, er sei unter bestimmten Bedingungen zu einem Abkommen mit Nicaragua bereit. Zunächst müßte die sandinistische Regierung in Managua aber ihre Waffenhilfe für die linke Guerrilla in seinem Land einstellen. Duarte befürwortete die Absicht Reagans, die amerikanische Militärhilfe für El Salvador zu erhöhen. Die amerikanische Unterstützung der antisandinistischen Rebellen in Nicaragua sei wichtig, weil sie dazu beitrage, die linken Guerrillas in El Salvador von der Versorgung mit Waffen abzuschneiden, sagte Duarte. Er sprach sich jedoch nicht ausdrücklich dafür aus, daß die US-Geld eingesetzt werden sollten, um die Regierung in Managua zu stützen. Er werde aber nicht den Export der sandinistischen Revolution akzeptieren.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Es wird tatsächlich gespart

Von Heinz Heck

Der Vorgang hat etwas Atemberaubendes: Seit der Finanzminister Gerhard Stoltenberg heißt, wird in Bonn gespart. Die Zuwachsraten der Vergangenheit zeichnen sich seit Ende 1982 dadurch aus, daß sie auch der Vergangenheit angehören. Wer sich an jährliche Ausgabensteigerungen von sechs, acht oder zehn Prozent gewöhnt hatte, muß kräftig umdenken, auch als Minister.

Erfolgsbeispiele der Ressortchefs können sich allenfalls an der Frage entzündend, ob sie über oder unter dem Durchschnitt „abgekommen“ sind. Der aber ist – in absoluten Zahlen – bescheiden genug. Die Bundesausgaben bewegen sich im ersten Halbjahr praktisch auf Vorjahresniveau; real lagen sie folglich darunter. Stoltenberg macht also Ernst mit seiner Absicht, den Staatsanteil – zumindest, soweit er dafür verantwortlich ist: den des Bundes – Jahr für Jahr zurückzudrängen. Angesichts der Flut von Ausgabenwünschen, die in sein Haus hineinschwappt, erfordert dies überdurchschnittliches Stehvermögen. Das dürfte mit dem Näherücken wichtiger Wahltermine immer stärker gefordert werden. Vielleicht kommt Stoltenberg allerdings bis dahin zugute, daß auch dem sprichwörtlichen Mann auf der Straße die ersten Früchte der Stabilisierung bewußt geworden sind. Dazu gehört nicht nur die so schnell halbierte Geldentwertungsrate, sondern vor allem die geplante Zwanzig-Milliarden-Entlastung in einer zweistufigen Steuerreform, der in der Tat größten in der Geschichte der Bundesrepublik.

Oder könnte uns ein SPD-Politiker erklären, wie angesichts der zusätzlichen Ausgabenwünsche seiner Partei oder Fraktion überhaupt ein Gedanke an Steuerentlastungen sinnvoll hätte verwandt werden können?

Sicher ist im Detail an der „Reform“ manches kritisiert worden, auch mit guten Argumenten. Der künftige Einkommensteuertarif hätte getrost etwas leistungsfreundlicher ausfallen können. Dies ist der Hauptansatz der Kritik, vor allem aus der Wissenschaft. Nur: Mit einer Sparpolitik à la SPD wären die Kritiker ihrer Bemühungen entthronen worden – mangels (Entlastungs-)Masse.

Vorsprungrekord

Von Eugen Wolmarshof

Es gehört zu den Peinlichkeiten der Wende, daß das Hessische Possenspiel mit den Stimmen der CDU zustandekam. Der Rundfunk der Hessischen Rundfunks hat beschlossen, zwanzig Minuten Werbung im Dritten HR-Programm zuzulassen.

Damit wird nicht nur wieder ein gewaltiger Betrag an Werbung aus dem Bereich der freien Presse abgezogen. Es wird auch ein Präjudiz geschaffen – ein weiterer Vorsprung vor dem freien Fernsehen, ehe dieses überhaupt starten kann. Wie ja auch allenthalben vollendete Tatsachen durch die Gründung neuer Regionalsender geschaffen werden, ehe die Freien sich überhaupt in den Wettbewerb einschalten können.

Die Summe dessen, was das Fernsehen an Werbung bringen soll, ist 1961 durch das Schlussprotokoll zum ZDF-Staatsvertrag beschränkt worden, aber leider nicht rechtsverbindlich. Freilich hat die Union immer beteuert, sie werde keine Ausweitung der TV-Reklame zulassen. Toll, wie ihre Vertreter sich da wieder einmal geschlagen haben. Auf wessen freundliche Gegenleistungen hat man da gehofft?

Doch muß das nicht das letzte Wort dazu sein. Die freien TV-Unternehmer könnten vor dem Bundesverfassungsgericht die Grundrechtsfrage stellen: Entspricht es unserer Verfassung, daß das öffentlich-rechtliche Fernsehen vor der privaten Konkurrenz einen Vorsprung bekommt?

Man darf davon ausgehen, daß das Bundesverfassungsgericht die offensichtliche Antwort geben wird: So wenig, wie etwa der Staat einen Reichsausschlag gründen, dafür eine Zwangsgebühr von jedem Zeitungsleser abkassieren, den Hauptteil des Anzeigenaufkommens absaugen und der freien Presse dann gnädig den kläglichen Rest der jeweiligen „Kulturbudgets“ überlassen darf, so wenig kann es ein privilegiertes Fernsehen mit Vorsprung vor der Konkurrenz geben.

Damit würde die Frage einer „Bestandsgarantie“ für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, von der neuerdings so viel die Rede ist, auf der Stelle geklärt. Und wenn die Union den Mut nicht aufbringt, hier für Chancengleichheit zu sorgen, so kann das doch jeder einzelne Betroffene durch eine Klage in Karlsruhe tun.

Skiheiligkeit

Von Horst Stein

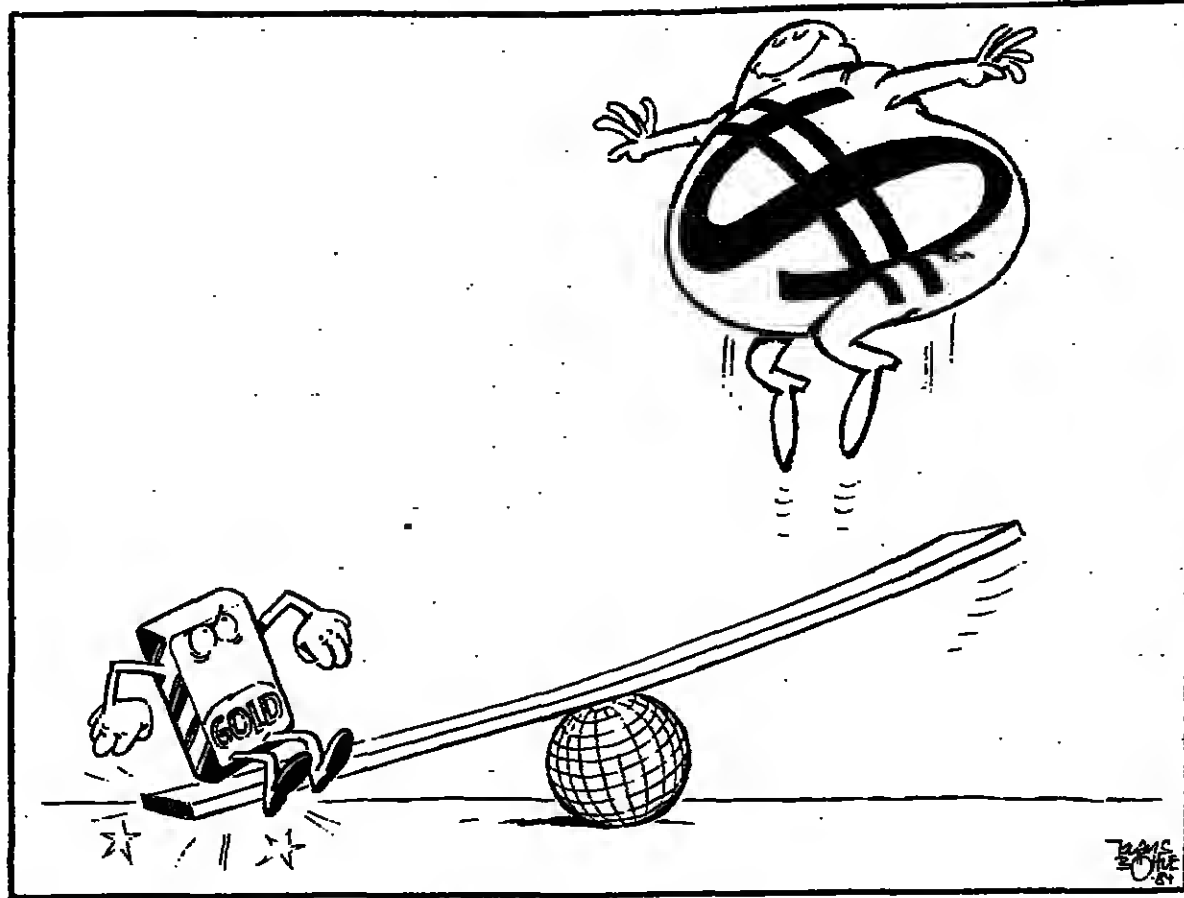
Manch einer ahnte schon, daß die Gazetten rumoren würden, wenn das Oberhaupt der Katholischen Kirche die Brettl anschnallt, um – ach, mal wieder! – jenem Sport zu fröhnen, den der Beskid-Bub namens Karol Wojtyla so gern ausgeübt hat: sich in den Steilhang zu stürzen, schwingend und stemmend talwärts zu gleiten, Firm unter den Füßen und Gottes weite Himmel über sich.

Wohl hat der heilige Thomas von Aquin seinerzeit angemerkt, daß die Fähigkeit zum Sich-Vergnügen-Können eine Tugend sei, doch das lassen viele eben nur gelten, wenn damit die eigene Lustbarkeit rechtfertigt werden soll. Denn nicht jeder besitzt die souveräne Natürlichkeit Sandro Pertinis, jenes würdevollen Mannes, den Italien zum Staatspräsidenten hat. Der nämlich war fasziniert, als er den Papst da, Skikluft statt der Soutane am Leib, seine Spuren über die Piste ziehen sah. „Heiligkeit“, rief er, „Sie schweben ja wie ein Engel!“

Nun mag Johannes Paul, wir wollen's vermuten, auf das artige Kompliment etwa erwidert haben, daß selbst Engel schon mal zu Boden gehen. Das weiß er als Papst, und das hat er auf den Brettern erfahren. Eines vermutlich hat auch ihn überrascht: daß ihm „seine“ Italiener öffentlich vorrechnen würden, was der harmlose Bergausflug – der Sicherheit halber – summa summarum gekostet hat. Daß er gar, die Glaubwürdigkeit gewisser kirchlicher Sozialpostulate „erschüttert“ habe.

Ein zu törichter Verdacht, dem sich vieles entgegen läßt. Was wohl wäre dies Rom, wenn es sich nicht einen Hauptplatz der Christenheit nennen dürfte? Und, ganz simpel: Wie erginge es denn der Weltstadt-Wirtschaft, wenn da nicht dieser „Papst zum Anfassen“ wäre, der die Pilgerscharen mit seinem charismatischen Magnetismus auf die Beine bringt?

Eigentlich ist es unitalienisch und diesem noch in der Bedrängnis splendiden Volke ganz und gar ungemäß, einen solchen Papst mit den Kosten-Elle und dem Lira-Limit zu konfrontieren. Denn der Mann auf der Straße, gleichviel, was er wählt, hält es mit dem Nachfolger Petri wie die Briten mit ihrem Monarchen: Wenn es ihn nicht gäbe, so müßte er erfunden werden.



Vorolympischer Rekord

KLAUS BÖHLE

Wir fordern eine Stärkung

Von Enno v. Loewenstern

Es kreierte der Berg und gebar einen Vorschlag der Union und einen Aufschrei der SPD. Lange genug hat der Bundestag in Anhörungen die innere Sicherheitslage der Nation untersucht. Den Rechtspolitikern der Union muß man bescheinigen, daß sie das Problem erkannt haben. Sie leiten ihren Forderungskatalog mit diesen Worten ein:

„Die Kriminalität muß bei den geistig-moralischen Wurzeln kranken Verhaltens ansetzen. Sozialstaat und hoher Lebensstandard haben keineswegs die Kriminalität verringert. Die grundlegenden Werte und Normen unseres Staatswesens müssen wieder gefestigt und dürfen nicht durch Ungehorsam und Verweigerungskampagnen untergraben werden. Wir fordern eine Stärkung des erzieherischen Elements und der Wertorientierung in Bildung und Ausbildung und entsprechende Weichenstellungen etwa für die Schulen.“

Über die Vorschläge im einzelnen kann man gesondert reden. Wenn beispielsweise die Union den Rechtskundeunterricht an den Schulen zu verbessern empfiehlt, so ist das sicher ein verfehlter Ansatz. Die geistig-moralischen Wurzeln jener Kaufhausexpropriation werden nicht erreicht, indem man die §§ 242 ff. des Strafgesetzbuches, den Diebstahl betreffend, auswendig lernt, sondern indem man die Erinnerung an ältere Rechtsbestimmungen mobilisiert, etwa die Zehn Gebote. Problematisch ist und bleibt auch der pseudonyme V-Mann als Zeuge vor Gericht, bei aller Einsicht, daß Bandenkriminalität, etwa auf dem Gebiet des Rauschgifts, nur schwer durch bloße Hinweise solcher Zeugen allein zu bekämpfen ist. Und den Vorschlag einer „Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen und Behörden durch Gründung von Räten zur Verhinderung von Räten zur Verhinderung von Räten“ sollte die Union vergessen. Was für Ratschläge mag wohl so ein gesellschaftlich relevanter Gruppendynamiker von der Evangelischen Kirche Berlin geben, wenn die Räumung besetzter Häuser ansteht? Die Polizei weiß selber, was sie zu tun hat, solange man sie nicht behindert.

Nein, das Entscheidende ist erst einmal geistige Führung: ist ein Staat, der die Werte und Begriffe wiederherstellt und kundtut, daß er mit ihnen – und mit sich – nicht spaßen läßt. Man braucht nicht einmal viel Geistvolles dazu zu sagen. Allenfalls könnte es wohl nützen, wenn die führenden Kräfte dieses Staates sich einmal mit dem Phänomen auseinandersetzen, das uns jahrhundertlang gepredigt wurde: der Hauptgrund für Kriminalität ist die Not; ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Fein; wenn nur erst jeder genug zu essen hat, wird das Verbrechen von selber dahinschwinden. Siehe da, in der reichsten und fürsorglichsten aller Wohlstandsländer, wo auch die Ungehorsamen und Verweigerer wie die Lilien auf dem Felde von Vater Staat ernährt werden, nimmt die Kriminalität in gespenstischer Weise zu. 1967 waren es zwei Millionen Straftaten, 1983 waren es 4,3 Millionen, die Aufklärungsquote ist auf 45 Prozent gesunken. Was immer die Ursache ist, Hunger ist es nicht. Es kann nur die allgemeine Werteverfälschung sein, gekoppelt mit gezielter Lähmung von Polizei und Strafsystem.

Wobei das eine aus dem anderen folgte. Jene Propheten einer Schönen Neuen Welt, die in jenem statistisch erfaßten Zeitraum den Machtwechsel und damit auch einen Geisteswechselbald veranstalteten, sie gingen ja eben von der Annahme aus, daß der Mensch gut sei und daß es folglich nur einer Umverteilung, aber keiner Polizei bedürfe. Sie haben das Recht in eine Umverteilung der Werte hineinformiert, daß es seither nur so auf den Straßen kracht; sie sind es, die jetzt protestieren: „CDU-CSU-Konzept 'Kriminalitätsbekämpfung': weniger Bürgerrechte, mehr Repression“. Denn: Der Datenschutz soll zu Lasten des Bürgers eingeschränkt werden.“ Und: „CDU und CSU machen sich für den maschinenlesbaren Personalausweis stark.“

Der Datenschutz ist zu Lasten des Bürgers ausgeweitet worden, der Bürger weiß es, und er wäre heilfroh, wenn es hier eine Wende gäbe. Er fühlt sich nicht von irgendwelchen Datenbanken gefährdet, und schon gar nicht vom maschinenlesbaren Ausweis. Er fühlt sich von Verbrechen gefährdet. Er ist völlig einverstanden mit dem Wort Wolfgang Zeiders, des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, daß die Kriminalität eines Tages für den Bürger dieselbe Rolle spielen werde wie im Mittelalter die Pest – mit der Maßgabe, daß „eines Tages“ heute schon da ist.

Dabei interessieren den Bürger auch Wirtschafts- und Umweltkriminalität nur in zweiter Linie. Vor allem interessiert ihn seine Sicherheit. Ihn interessiert, daß er als Besitzer eines Einfamilienhauses kaum noch in Urlaub fahren kann, wenn er nicht bei der Rückkehr sein Haus ausgeplündert vorfindet. Daß er sein Auto kaum noch über Nacht stehen lassen kann, ohne einen Aufbruch zu riskieren, daß er (oder sie) als älterer und gebrechlicher Mensch zumindest in der Großstadt kaum noch auf die Straße gehen kann, ohne mit einem Handtaschenraub rechnen zu müssen (die emanzipierten Justizforscher mittleren Alters und in der Lage, ihr Eigentum zu schützen; das läßt sie gänzlich unbeschwert gegenüber den Alltagssorgen der Alltagsbürger). Und keineswegs last oder leistung interessiert den Bürger, daß er in einem starken Staat leben möchte und nicht in einem schwachen, wo Rechtsbruch und Gewalt die fortschrittliche Mode sind und seine Kinder wie eine Pest anstecken. Hier sind die geistig-moralischen Wurzeln zu suchen.



Bekämpfung der Gewalt: Polizei beim Räumen in Berlin. FOTO: STARK-OTTO

Jonas Savimbi marschiert und Bonn hinkt hinterher

Eine Befreiungsbewegung, die wirklich eine ist / Von Günter Poser

Der Bürgerkrieg in Angola, der seit der sowjetisch-kubanischen Militärintervention im Januar 1975 bereits neun Jahre dauert, scheint einer kritischen Phase entgegenzugehen. Die Widerstandsbewegung der Nationalen Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (Unita) hat durch größere Offensiven im Herbst 1983 und Frühlings 1984 ihre Kontrolle auf alle ländlichen Gebiete mit etwa achtzig Prozent der Bevölkerung ausgedehnt und die Grenzübergänge nach Sambia und Zaire eingenommen.

Sie hat zudem die Kampfhandlungen in die Provinzstädte getragen. Die am Atlantik liegende Hauptstadt Luanda ist von der Zufahrt aus dem agrarischen Hochland so gut wie abgeschnitten. Die Zentralregierung kann ihre Verwaltungen und Garnisonen in den Städten kaum noch anders als über See oder auf dem Luftwege erreichen. Die kritische Zuspitzung der Lage ist jedoch dadurch eingetretten, daß am 13. Juli dieses Jahres in

der Enklave und Ölprovinz Cabinda trotz starker Bewachung die erste Ölleitung gesprengt wurde.

Dieser Vorstoß der Unita weit nach Norden in das Schatzhaus der Regierung bedroht den Lebensnerv des MPLA-Regimes; denn nach dem Verlust der Diamantfelder im Vorjahr ist die damit finanzierte Unita-Heimfront dem Staatshaushalt fast nur noch die Erlöse aus den Cabinda-Ölfeldern. Sie müssen zum größten Teil für die Bezahlung des Kriegsmaterials und der Soldner vor allem aus Kuba, der Sowjetunion und der „DDR“ verwendet werden.

Für das sich als marxistisch-leninistisch bekennende Regime in Luanda ist das Jahr 1984 reich an schweren Rückschlägen. Vom Lusaka-Entleerungsabkommen mit Pretoria war auch eine Schwächung der von Südafrika logistisch unterstützten Unita erwartet worden. Diese Wirkung trat nicht ein. Die Widerstandsbewegung in zwischen sowohl im Lande selbst als auch in anderen afrikanischen Staaten tatkräftige Helfer gewor-

nen hat. Es scheiterte dann auch eine größere Frühjahrsoffensive mit Kubanern und Regierungstruppen unter Einsatz schwerer sowjetischer Waffen. Sie stieß ins Leere, erlitt Niederlagen oder zerbröckelte; denn sie fand anstelle von Unterstützung der Landbevölkerung deren stillen Widerstand. Die Unita-Truppen bewegen sich „wie der Fisch im Wasser“.

Dieser Erfolg der Unita ist vor allem auf zwei Maßnahmen zurückzuführen, die für den Führungsstil Savimbis bezeichnend sind. Er hat, ethnische Barrieren überspringend, einen kollektiven Führungskreis mit Repräsentanten der großen Stämme des Landes gebildet und mit ihnen die friedensmäßige Verwaltung der „befreiten Gebiete“ aufgenommen, und zwar unter Konzentration auf Landwirtschaft, Schule, Fachausbildung und Wiederaufbau. Die dafür praktizierte „Demokratie“ folgt afrikanischer Mentalität und Tradition.

Für die Völker Angolas, für welche die Unita am 3. März 1984 eine „Regierung nationaler Einheit und

IM GESPRÄCH Rafindadi

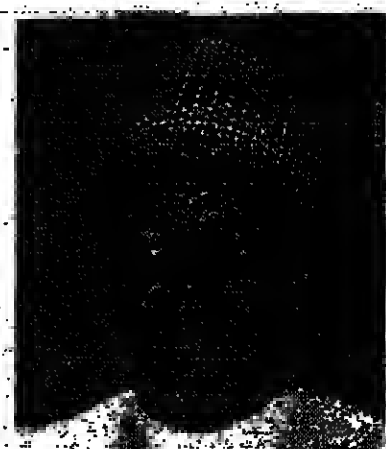
Wessen Kisten-Trick?

Von Achim Remde

Muhammad Lawal Rafindadi gab dieser Tage seinen Posten als Botschafter Nigerias in Bonn eben rechtzeitig auf, um seinem Gastland einige peinliche Überlegungen und womöglich Rückfragen zu ersparen. Denn Rafindadis Name ist untrennbar mit einem anderen Umzug verbunden – mit den beiden Kisten, die angeblich eine Kücheinrichtung enthielten, in Wirklichkeit aber, als die mittrauliche Londoner Polizei sie öffnete, einen nigerianischen Exilpolitiker mit drei dazugehörigen Kuffern. Es gibt viele Menschen in Deutschland, Nigerianer und Deutsche, die allen Grund haben anzunehmen, daß Rafindadi mit ihnen ebenso verfahren möchte, wie mit dem ehemaligen nigerianischen Landwirtschaftsminister Umaru Dikko verfahren wurde – ob nun per Kiste oder wie immer.

Rafindadi, der im Oktober 1981 als nigerianischer Botschafter in Bonn akkreditiert wurde, war dies seit Januar 1984 nur noch nebenberuflich. Denn unmittelbar nach dem Putsch des Generals Buhari entpuppte sich Rafindadi als Mitglied von dessen innerem Zirkel, während er bis dahin als glühender Gefolgsmann des von Buhari gestürzten Präsidenten Shagari aufgetreten war. Während er Presseberichten über Wahlfälschungen Shagaris noch im Oktober mit Eifer entgegentrat, rechtfertigte Buhari seinen Coup mit eben diesen Fälschungen.

Angesichts der tatsächlich existierenden Korruption unter Shagari kam den Putschisten zu Beginn ein beträchtliches Maß an Sympathie, fast Begeisterung von Seiten der Bevölkerung entgegen. Zum Chef des nigerianischen Geheimdienstes – Nigerian Security Organisation (NSO) – ernannt, sorgte Rafindadi dafür, daß diese Stimmung schnell verlief. Jeder, der aufgrund seiner Intelligenz und seiner inneren Unabhängigkeit



Ein Chomdileon in Bonn. Rafindadi. FOTO: DIE WELT

eine Gefahr darstellte, wanderte aus Sicherheitsgründen ins Gefängnis und wurde hinter verschlossenen Türen abgeurteilt. Vor allem Journalisten waren betroffen. Rafindadi, der sich schon in Deutschland darüber geärgert hatte, was eine freie Presse sich erlauben durfte, führte ein neues Pressegesetz ein, das jede Kritik an Inhabern öffentlicher Ämter, unter Strafe stellte. Seine neue Machtfülle benutzte er vor allem auch dazu, sich an ehemaligen Mitarbeitern, die ihm unliebsam aufgefallen waren, zu rächen. Sein früherer Vertreter in Bonn hat inzwischen den nigerianischen Auswärtigen Dienst verlassen müssen.

Nachdem Rafindadi sich Ende Juni noch einmal in aller Stille in Deutschland aufgehalten hatte, fuhr er Anfang Juli nach London; wo am 3. Juli der Entführungversuch stattfand. Ob seine persönliche Beziehung zu Buhari – beide sollen aus Katsina in Nordnigeria stammen – den Geheimdienstchef, der zusehends zu einer Belastung der Regierung wird, auch weiterhin im Zentrum der Macht halten wird, bleibt nach dieser Affäre abzuwarten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE NEW YORK TIMES

Die Zeitung meint, es sei Zeit, die einen Versuch zu machen, die Polen zu befreien.

Eine Politik der Sanktionen ist notwendig, um eine Schattenpolitik wirtschaftlicher Verweigerungen allein können eine souveräne Nation niemals zwingen, die Wege der Dunkelheit abzulegen. Unausweichlich kommt eine Zeit des Abwägens, für mehr Zuckerbrot und weniger Sanktionen. Diese Zeit ist für die US-Politik gegenüber Polen gekommen. Polen ist kein freies Land und bleibt ein unumkehrbares Land als vor der Verhängung des Kriegsrechts 1981. Aber nun werden alle politischen Gefangen freigelassen. Nun scheint die Zeit reif für weitere Schritte, zum Beispiel für die Wiedergewährung von Landrechten für die polnische Fluggesellschaft und die Wiederaufnahme des von den USA finanzierten wissenschaftlichen Austausches.

LE SOIR

Das Brüsseler Blatt kommentiert Warschauer Amnestie-Angebote.

Obwohl dem General Jaruzelski erlaubt wurde, mit unorthodoxen Methoden die Gunst des Westens wiederzuerlangen, lehnte Moskau es bisher ab, zur Amnestie in Polen Stellung zu nehmen, zumal dieser Begriff in der UdSSR offiziell nicht existiert und dort, wo offiziös von ihm die Rede ist, er bestimmt nicht für politische Häftlinge gilt. Genaue Berichte über die Amnestie könnten bei Dissidenten die Hoffnung entstehen lassen, daß auch in der UdSSR anlässlich des 40. Jahrestags, nämlich dem des Sieges über das Nazi-Deutschland, ein Gnadenlaß verkündet werden könnte. Doch zunächst ist der Kreml

über die Auswahl der Begnadigten verärgert. KOR und „Solidarität“ waren schon immer von der sowjetischen Propaganda als wichtiges Instrument der imperialistischen Subversion gebrandmarkt worden.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Das Blatt befaßt sich mit Frankreichs Operation, die auf Kollisionskursen veranlaßt.

Mit seiner Herausforderungsgeste entwirrt Chirac aber auch den Rechtsstreit. Le Pen als Monopol eines solchen Kollisionskurses und übertrumpft ferner seinen künftigen Präsidentschaftsruhm Barre, der auf mehr Zeit spielen möchte und zunächst eher positiv auf Mitterrands Referendumscoup reagiert hatte, allerdings unter Hinzufügung der Bedingung, daß der Volksabstimmung über die Verfassungsrevision so gleich ein Schutzesreferendum zu folgen hätte.

Die Presse

Zum Ansehens der olympischen Verrücktheit von den Olympischen Spielen in Los Angeles schreibt das Wiener Blatt:

Da Südafrika seit dem Jahr 1968 dem olympischen Bannstrahl verfallen ist, dürfen folgerichtig seine Athleten neuer auch nicht nach Los Angeles. Doch auch Südafrika Journalisten fallen unter die strengen Bräue der Anti-Apartheid-Front, ganz gleich welcher (ausnahmsweise politischen) Couleur sie angehören. Eine spezielle Begründung fehlt. Jedoch auch amerikanisches Verständnis für diese Entscheidung. Denn Kreml-Boykott dürfen sowjetische Medienleute selbstverständlich zu dem Weltreignis kommen, so sie das Bedürfnis haben, und keinem von ihnen wurde etwa ein politisches Führungszeugnis abverlangt.

Versöhnung“ durch eine bis Ende 1984 befristete „Verhandlungslösung“ unter Einschluss der MPLA proklamiert hat, scheint Savimbi große Glaubwürdigkeit zu besitzen. Die Tatsache, daß er einen unideologischen afrikanischen „Sozialismus“ mit echter Blockfreiheit anstevuert – er hat nie einem Ostblock-Politiker Reverenz erwiesen – und sein Programm auf die Erfüllung der Alltagsbedürfnisse der Menschen durch eigene Entwicklung des potentiell so reichen und klimatisch begünstigten Landes konzentriert, verschafft ihm viele Anhänger bei der bürgerkriegsmüden Bevölkerung.

Die Regierung in Lusaka, deren moskauhörige Gruppe an Übergewicht zunimmt, glaubt anscheinend, ihre städtischen Positionen auf Dauer halten zu können. Sie kann über See versorgt werden und verfügt über die Luftfahrtschiffahrt und über genug Truppen, den zur Festung ausgebauten Raum um Luanda zu halten. Der Kreml wird voraussichtlich diese Position wenigstens als Brücken-

kopf nicht aufgeben, wie übrigens auch das plötzliche abweisende Verhalten von Swapo-Chef Nujoma in Lusaka Mitte Mai nach seinem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter vermuten läßt.

Die Angola-Frage wird die Welt in den kommenden Monaten beschäftigen; denn ihre Entwicklung wird nicht nur die Unabhängigkeit Namibias bestimmen, sondern auch für die weitere Bedeutung des gesamten Subkontinents von Bedeutung sein, wie das diplomatische Engagement der USA, Südafrikas, Portugals und der Staatsoberhäupter von Sambia und Zaire zugunsten der Verhandlungslösung Savimbis erkennen läßt.

Bonn hingegen verhält sich in „Kontinuität“ seiner Afrikapolitik zu Angola, weiter einseitig orientiert. Dabei haben die elliptische Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1979 und die Entsendung eines deutschen Botschafters ohne Reziprozität ganz und gar nicht zur gewünschten „Freundschaft und Zusammenarbeit“ geführt.

Kontrolliert von G. Günter Poser, 1984 bei der NATO 200g.

„Auf die FDP ist zuviel Rücksicht genommen worden“

Es sollte ein Bilanz-Gespräch zur Sommerpause werden. Doch was Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zu sagen hatte - zum Kanzler, zu Strauß, zum Koalitionspartner FDP - ging weit darüber hinaus. Am Ende meinte er: „Ich bin doch sehr aus mir herausgegangen.“

Von MANFRED SCHELL

Das Gespräch mit dem Bundesinnenminister - seine Freunde nennen ihn Fritz - findet in der schmalen Bibliothek in der 11. Etage statt, gleich neben dem Ministerbüro im Bonner Norden. Die sekundengenaue Pünktlichkeit von Friedrich Zimmermann ist in Bonn bekannt; er haßt es, wenn Zeit verplempert wird. Die Urteile, die Zimmermann begleitet, sind breit gefächert. Betroffen hat ihn die Aussage seines Kabinettskollegen Engelhard (FDP), er sei ein „Ankündigungsminister“. Gut, dieser Vorwurf ist auf dem Parteitag in Münster gefallen, aus dem Mund eines Ministers, der selbst keinen Glanz verbreitet. Aber Zimmermann hat das nicht vergessen: „Ankündigung ist ein Feindwort, das leichtfertig und achlos gebraucht wird, das aber, auf mich bezogen, jeder Grundlage entbehrt.“

Der CSU-Politiker fühlt „sich zur Verteidigung herausgefordert“. In diesen Tagen hat er Bilanz gezogen. Die Stichworte füllen fünf Schreibmaschinenseiten. Ganz oben steht der Umweltschutz. „Hier darf ich sagen, daß in diesen 15 Monaten mehr geschehen ist als in den 13 Jahren vorher.“ Es haben mehr Bundestagsdebatten stattgefunden, es hat noch niemals zuvor eine internationale Umweltschutzkonferenz auf deutschem Boden stattgefunden, die Gesetze, zum Beispiel zu Großfeuerungsanlagen, gegen hartnäckigen Widerstand der Betroffenen durchgesetzt, haben weitreichende Bedeutung. Das alles, so sagt Zimmermann kühl, „hat nichts mit Ankündigung, aber alles mit Quantität und Qualität in gleichem Maße zu tun.“

Die Einführung abgesamelter Autos ist im Kabinett noch strittig. Hier sei es zwischen dem FDP-Vorsitzenden Genscher und „seinem designierten Nachfolger zu erheblichen Auffassungsunterschieden gekommen“. Bangemann hatte in seiner ersten Kabinettsitzung dem Bundesinnenminister widersprochen. Ein „unfreundlicher Akt“, so Zimmermann. „Ich habe es für verständlich gehalten, daß er den bisherigen Standpunkt des Wirtschaftsministeriums einnimmt. Nur habe ich es für unverständlich gehalten, daß er hier gegen die große Mehrheit seiner eigenen Partei und gegen seinen Parteivorsitzenden votiert hat.“ Also, das abgesamerte Auto kommt? Zimmermann knappt: „Ja.“

Zimmermann will „politische Linie“ halten, auch in der Ausländerpolitik. Selbst wenn er damit in der politischen Diskussion „unterliegen“ sollte. „Mir kommt es darauf an, zu zeigen, wer wo steht.“ Im Herbst, so sagt Zimmermann, werde er seinen Entwurf zur Ausländerpolitik vorlegen. „Abstriche“, sollte es sie dann in der parlamentarischen Beratung geben, wären „kein Unglück“. Auch ein neues Volkszählungsgesetz werde es geben, „unter Beachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und der datenschutzrechtlichen Erfordernisse“. Vorbereitet wird im Haus Zimmermann außerdem eine Novelle zum Datenschutzgesetz.

Das alles sind Felder, auf denen sich Union und FDP intensiv reiben. Steht Streit ins Haus? Zimmermann: „Möglicherweise geht es so, nur keinen Streit vermeiden.“ Fühlt er sich als der „starke Mann“ im Kabinett Kohl? Nein. „Ich glaube, daß ich nach Lage der Gegebenheiten und der hier jetzt zur Verfügung stehenden Zeit mein Ressort so geführt habe, wie man es von einem Mann erwarten konnte, der 27 Jahre dem Deutschen Bundestag angehört und der sich ein beträchtliches Maß an politischer Erfahrung, an politischem Gewicht und auch Wertschätzung erringen konnte.“ Und er fügt hinzu: „Ich war ja niemals bequem oder im Rufe gestanden, überhöflich zu sein.“

Sehr schnell wechselt das Gespräch zu weiter gefächten Themen. Es geht um das Gewicht der CSU in Bonn, um die FDP und um Franz Josef Strauß.

WELT: Verstehen Sie sich als Wortführer der fünf CSU-Minister im Bundeskabinett?

Zimmermann: Ja. Das bin ich manchmal schon. Ich habe das Ressort mit der größten Breitenwirkung und ich fasse meine Aufgabe als Bundesminister so auf, daß ich zu allen politisch relevanten Themen im Kabinett meine Meinung sage. Und drittens bin ich einer der beiden stellvertretenden CSU-Vorsitzenden. Im Amt des Landesgruppenvorsitzenden, Theo Waigel, seinen Part, den er hervorragend absolviert.

WELT: Sind Sie mit der Resonanz, mit dem Gewicht der CSU in dieser Kabinettskonstruktion zufrieden?

Zimmermann: Die CSU hat ihr Gewicht. Daß es in einer Koalitionsregierung mitunter nicht möglich ist, sich so darzustellen, wie das in der Opposition möglich war, das ist pure Selbstverständlichkeit. Und daß wir mit dem Koalitionspartner FDP besonders viele Themen strittig haben, ist auch kein Wunder. Vor mir hat es auf meinem Stuhl seit 1969 nur FDP-Minister gegeben. Die FDP ist ja über den Verlust dieses Ressorts wohl nie ganz hinweggekommen.

WELT: Der Kanzler und Sie duzen sich. Helmut Kohl ist zugleich ein Mann, der mit und über Personen Politik macht. Profitieren Sie davon?

Zimmermann: So würde ich es nicht sagen. Ich gebe zum Bundeskanzler nur dann, und das war schon immer meine Methode, das gilt für Franz Josef Strauß in gleichem Maße, wenn ich etwas unmittelbar vorbringen will, was nicht in einem größeren



„Ich gehe also nur direkt zum Kanzler, wenn Handlungsbedarf besteht“: Friedrich Zimmermann.

FOTO: SVEN SIMON

Kreis erledigt werden kann. Ich gehe also nur direkt zum Kanzler, wenn Handlungsbedarf besteht. Aber ich glaube schon, daß er mich respektiert.

WELT: Wäre es richtig zu sagen, Ihre Loyalität zu Kohl ist ebenso groß wie zu Strauß?

Zimmermann: Ja, das ist richtig.

Natürlich hat es im Verhältnis zwischen Zimmermann und Kohl Eintrübungen gegeben. Zum Beispiel in der Bewertung der Ereignisse auf Grenada oder in der Diskussion, die Zimmermann ausgelöst hatte, als er einen Besuch des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO zunächst zurückgelehnt hatte. Er hatte sich maßlos über einen unkorrekten Bericht der UNO über Asylanträge in der Bundesrepublik Deutschland geäußert.

Zimmermann antwortet freimütig: „Es gibt nicht nur den Fall Hartling, wo ich mich für einige Tage nicht ausreichend vom Bundeskanzler unterstützt gefühlt habe.“ Es gebe auch andere Fälle, „wo wir nicht der gleichen Meinung gewesen sind oder wo ich glaubte, daß rascher hätte gehandelt werden müssen“. Aber das seien „ganz normale Vorgänge. Der Bundeskanzler hat eben das Ganze zu sehen.“ Es habe sich „daraus nie eine nachhaltige Trübung“ im gegenseitigen Verhältnis gegeben. Da ist also nichts zurückgeblieben? Zimmermann: „Überhaupt nichts.“ Im übrigen habe ich auch mit meinem eigenen Parteivorsitzenden selbstverständlich im Laufe einer so langen Zeit in verschiedenen Bereichen Auseinandersetzungen gehabt. „Das ist das Normalste von der Welt.“

WELT: Herr Zimmermann, hat Sie gestört, was sich in den letzten Monaten zwischen CDU und CSU abgespielt hat? Behandeln sich Kohl und Strauß gegenseitig falsch?

Zimmermann: Gestört, wäre zu weitgehend. In der gegenwärtigen Politik ist nach meiner Meinung des öfteren auf die FDP zuviel Rücksicht genommen worden. Die politische Geschlossenheit der FDP läßt zu wünschen übrig. Es gibt in der FDP, anders als in der CSU, nach wie vor Personen, die diese Koalition nicht gewollt ha-

ben und das nach wie vor deutlich machen. Auf der anderen Seite war und ist es ein Fehler, daß Franz Josef Strauß nicht in das Bundeskabinett gegangen ist, was ich immer gewollt habe. Das hat sich im Oktober 1982 durch die bayerischen Landtagswahlen verboten, aber es wäre im März 1983 möglich gewesen. Denn wenn es schon drei Parteivorsitzende in der Koalition gibt, dann sollten sie am gleichen Tisch sitzen. Das kann auch nicht durch regelmäßige oder unregelmäßige, nicht einmal durch institutionalisierte Gespräche der Parteivorsitzenden ersetzt werden. Aber das ist die persönliche Entscheidung von Franz Josef Strauß. Ich verstehe natürlich, daß es nicht damit getan ist, daß er irgendein Ressort erhält, denn die Auswahl ist nicht sehr groß für das, was für ihn in Frage kommt.

WELT: Es gibt wohl nur ein Ressort, das Außenministerium. Oder ist vorstellbar, daß Strauß ohne Ressort als Vizekanzler nach Bonn kommt?

Zimmermann: Das kann ich mir nicht vorstellen.

WELT: Was machen Kohl und Strauß im gegenseitigen Umgang falsch?

Zimmermann: Der Hauptgrund ist die Nichtteilnahme von Strauß an einer wichtigen Kabinettsposition. Alles andere würde sich aus der Sache heraus selbst ergeben. Ein weiterer Grund ist natürlich, daß Strauß, der zu den kompetentesten Politikern unseres Landes gehört, auf dem Gebiet der Außenpolitik die Auffassungen von Hans-Dietrich Genscher nicht kopieren würde.

WELT: Nun gibt es ja den Vorbehalt, Strauß, einmal in Bonn, wäre bald der heimliche Kanzler?

Zimmermann: Ich darf Sie daran erinnern, wie das in der Großen Koalition von 1966 bis 1969 gewesen ist und in welcher Harmonie sich Franz Josef Strauß damals in das Kabinett Kiesinger eingefügt hat. Das würde heute nicht anders sein.

Auf welchen Feldern hat man zu viel Rücksicht auf die FDP genommen? Zimmermann erinnert, als Beispiel gedacht, an die Beantwortung der Großen Anfrage zur Südafrikapolitik. Hier habe es viel Mühe geko-

stet, einen „unmöglichen Entwurf“ des Auswärtigen Amtes neu zu formulieren. Es gebe auch innenpolitische Themen, bei denen Genscher sein Gewicht „anders in die Waagschale“ hätte werfen oder der Bundeskanzler es „einmal auf streitige Entscheidungen im Kabinett“ hätte ankommen lassen sollen. Differenzen gebe es nicht bei der Haushaltspolitik, „wo wir ja mit der FDP ganz und gar einig sind“. Umso „sonderbarer“ berühre ihn jetzt die Kritik, die Graf Lambsdorff übe, kaum daß er das Kabinett verlassen habe.

Überhaupt sei das Bild, das die Koalition zu bieten habe, „wesentlich besser, als es manchmal draußen aussieht“. Die Neuverschuldung sei drastisch nach unten gedrückt worden, mit der niedrigen Inflationsrate stehe Bonn weltweit an der Spitze. Das habe sich positiv auf den Zins ausgewirkt. „Wenn uns die Tarifreform gelingt, woran ich keinen Zweifel habe, dann werden wir uns auch auf diesem Gebiet sehen lassen können.“ Zimmermann verwies auf das Verhältnis zu Frankreich, das noch nie so gut gewesen sei. „Es ist in vielen praktischen Auswirkungen besser wie zur Zeit Adenauers und de Gaulles.“ Gegenüber östlichen Nachbarn gebe es „vernünftige Verhältnisse“. Auch im innerdeutschen Bereich gebe es Entkrampfungen. Zimmermann: „Ich möchte wissen, auf welchem Gebiet man uns gravierende Vorwürfe machen will!“

WELT: Es gibt Spekulationen über eine Kabinettsumbildung. Wie denkt die CSU, wie denkt ihr Stimmführer im Kabinett darüber?

Zimmermann: Es ist viel spekuliert worden. Es hätte einige Gelegenheiten gegeben, die Kabinettsumbildung vorzunehmen. Ich habe aber Verständnis, daß der Bundeskanzler so etwas möglicherweise erst in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode vornehmen wird.

WELT: Wo liegen die Hauptschwachpunkte?

Zimmermann: Sie können mir viele Fragen stellen. Ich äußere mich dazu nicht. Es wäre kein guter Stil, wenn ich Kabinettskollegen charakterisieren, vielleicht auch kritisieren würde.

In Jerusalem fängt nun der Kampf erst an

Für die Opposition in Israel wurde es eine Nacht der Enttäuschung. Doch auch der Likud-Block hat wenig Grund zum Jubeln. Eigentliche Sieger der Wahlen sind die Splitterparteien, die als Koalitionspartner hohe Preise fordern können - wenn es nicht zu einer Großen Koalition kommt.

Von PETER M. RANKE

Im Festsaal schmettete eine junge Sängerin immer wieder den Halleluja-Song. Die „Jerusalem-Post“, ein der Arbeiterpartei nahestehendes Blatt, hatte zur Wahlnacht in ein neu eröffnetes Luxushotel eingeladen. Es gab Bier und Saft zu billigen Preisen. Aber was eine Siegesfeier werden sollte, wurde zu einer Nacht der Enttäuschungen.

Um 22.20 Uhr erschienen auf den großen Fernsehschirmen in der Halle die ersten Hochrechnungen. Und von nun an hopste der bekannteste Hochrechner Israels, Hanoach Smith, auf seiner Metungsleiter herauf und hinunter wie ein Frosch. Mal sah er den regierenden Likud-Block mit seiner bisherigen Koalition unter Shamir in Front, mal die oppositionelle Arbeiterpartei unter Peres. Noch um Mitternacht erklärte sich Peres zur Bildung einer neuen Koalitionsregierung bereit.

Aber die Gesichter auf der Wahlparty wurden länger und länger. Schließlich stand es um 2.30 Uhr nach Auszählung der Hälfte aller abgegebenen Stimmen fest: Die Opposition hat den Durchbruch nicht geschafft, sondern sogar ein Mandat verloren. Nur 45 Sitze in der neuen Knesset statt der erwarteten 50. Der Likud-Block büßte mit 41 Mandaten aus einem ein, hat dank der kleinen Partner aber die besseren Aussichten zur Bildung der Regierung. Vielleicht kommt es aber auch zu einer Großen Koalition.

„Und dann so ein blödes Ergebnis“

„Da haben wir nun wirklich eine jüdische Regierung. Juden lenken die Banken und die Presse in Israel - und dann so ein blödes Ergebnis“, jammerte ein Teilnehmer der Fernseh-Diskussionsrunde, die eigentlich auch die Parteichefs versammelt wollte. Aber Shamir und Peres blieben in ihren Hauptquartieren in Tel Aviv.

In Jerusalem aber zog Rabbi Meir Kahane mit 40 Getreuen und mit Gesang zur Klagemauer. Seine radikale „Kach“-Partei, die alle 1,2 Millionen Araber aus Gaza, Judäa und Samaria vertreiben will, war zunächst verboten, dann aber vom Obersten Gericht doch zugelassen worden. Prompt erlangte sie ein Mandat. Der bärige Rabbi schwor: „Wir werden Israel wieder jüdisch machen.“ Dies erscheint ihm wohl notwendig, nachdem sich am Wahltag in Tiberias eine Frau mit

nackten Brüsten sehen ließ, an die sie Parteiparolen gebeitet hatte.

„Kach“ gehört wie die anderen „Kleinen“ zu den eigentlichen Gewinnern der Wahl: 15 Fraktionen und Gruppierungen werden im Parlament sein. Kahane zählt zu den jüdischen Fundamentalisten, mit denen man jetzt stärker rechnen muß. Die National-Religiöse Partei mit ihren Gruppierungen, die bisher bei keiner Koalitionsbildung fehlte, hat ihre Mandate sogar von zehn auf zwölf erhöhen können. Sie wird auch bei etwaigen Verhandlungen über eine Große Koalition mitreden. Mit der von der Arbeiterpartei propagierten Freigabe der Ahtreitung und dem Ende des Flugverbots am Sabbat wird es also wohl nichts werden.

Begin blieb zu Hause und wählte nicht

Auch die der Arbeiterpartei nahestehenden Persönlichkeiten wie Frau Schulamit Aloni haben mit ihren „Parteien“ zwei bis drei Mandate dazugewonnen. Aber zur Regierungsbildung reicht es nicht. Dagegen hat die ethnisch orientierte „Tami“-Partei, die gezielt auf die nordafrikanischen Einwanderer setzte und die vorgezogenen Neuwahlen erzwingen, zwei Mandate verloren und verfügt nur noch über einen Sitz. Der angeblich so beherrschende Gegensatz zwischen orientalischen und westlichen Israelis spielte bei der Wahl kaum eine Rolle.

Im Likud-Hauptquartier, dem Diplomat-Hotel am Strand von Tel Aviv, gab es nach Mitternacht nur zufriedene Gesichter. Denn der Wahlerfolg wurde ohne den früheren Regierungschef Begin errungen, die Vätergung Shamir erwies sich offenbar als vertrauenswürdig. Begin leidet unter Depressionen, er verläßt seine Wohnung in Jerusalem überhaupt nicht mehr. Immer wieder hatten die Wahlfreder der Arbeiterpartei spekuliert: Kommt er nun zur Wahl oder nicht? Fotografen lauerten Tag und Nacht vor dem Haus. Begin wählte nicht.

Aber von den rund 110 000 arabischen Einwohnern Jerusalems wählten nur knapp 2400, die die israelische Staatsbürgerschaft angenommen haben. Bei den Kommunalwahlen, bei denen die Staatsbürgerschaft keine Rolle spielt, waren es knapp 18 000.

Die israelischen Araber und Druzen im Norden des Landes gaben ihre Zurückhaltung kaum auf, schickten aber mit einigen Israelis zusammen wieder vier kommunistische Vertreter der Rakah-Partei ins Parlament. Ezer Weizmans neue Yahad-Partei, die besonders um arabische Stimmen geworben hatte, blieb mit nur drei Mandaten hinter den Erwartungen zurück. Auch die zwei Mandate der neuen „Progressiven Liste für Frieden“, die für Zusammenarbeit mit der PLO und einen arabisch-jüdischen Staat eintritt, sind nicht gerade ein Erfolg. Das Ergebnis besagt: Die PLO hat bei den israelischen Arabern keinen Rückhalt. (SAD)

Warum sollten Sie in der Luft weniger wählerisch sein als auf der Erde? British Airways Club. Jetzt auch im Berlin-Verkehr.

British airways Club

Menu

British airways Die Airline

British Airways Club, die separate Klasse: Mit beschleunigtem Check-in, mehr Freigepäck (30 kg), delikaten Menüs und ausgewählten Getränken nach Wunsch.

„Die besondere Seelsorge dient der Versöhnung“

KNA, Bonn

Die Deutsche Bischofskonferenz hält die besondere Seelsorge für Heimatvertriebene und Flüchtlinge „weiterhin für geboten“ und empfindet sie „nicht als hinderlich für die Versöhnung“. Diese besondere Seelsorge dient im Gegenteil der Versöhnung. Mit dieser gestern in Bonn veröffentlichten Stellungnahme hat das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz die Kritik der polnischen Regierung zurückgewiesen, durch die besondere Seelsorgestruktur für die Umsiedler aus Polen werde die Illusion einer möglichen Rückkehr für diese genährt. Dadurch werde der Revanchismus in Deutschland unterstützt.

Ausdrücklich wies das Sekretariat in seiner Erklärung darauf hin, daß die besondere Seelsorge für die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge nach Kriegsende vom Heiligen Stuhl eingerichtet wurde. Die Apostolischen Visitationen, denen von Warschau vorgeworfen wurde, sie beteiligten sich an revisionistischen, antipolnischen Landmannschaftstreffen, hätten ihre Aufgabe im päpstlichen Auftrag wahr.

„Historische Wahrheit und Gerechtigkeit verbieten auch, die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat als „Umsiedlung“ zu bezeichnen“, heißt es weiter in der Erklärung. Die Heimatvertriebenen könnten nicht als Revanchisten bezeichnet werden. In ihrer Charta sei schon 1950 eine deutliche Absage an Rache und Vergeltung erteilt worden. In den letzten Jahren hätten die Verbände der Heimatvertriebenen immer wieder die Bereitschaft zur Aussöhnung und Freundschaft zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk in Wort und Tat bezeugt.

Franke-Erlaß wird neu verhandelt

DW, Frankfurt

Das Frankfurter Sozialgericht wird am 9. August über den Antrag des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie befinden, die am 6. Juni 1984 verfügte einstweilige Anordnung gegen die Bundesanstalt für Arbeit im Zusammenhang mit der Zahlung von Arbeitslohn an mittelbare Arbeitnehmer wieder aufzuheben (WELT v.13.7.).

Die IG Metall hatte bei dem Gericht und beim Hessischen Landessozialgericht in Darmstadt eine Aussetzung des sogenannten Franke-Erlasses erreicht. In dem der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit die Arbeitsämter angewiesen hatte, kein Kurzarbeitergeld zu zahlen. Eine förmliche Zahlungsverpflichtung sprachen die Gerichte aber nicht aus. Dennoch hatte sich die Bundesanstalt für die Zahlung unter Vorbehalt entschieden.

Geißler für Pille auf Krankenschein

dpa, München

Die Abgabe der „Anti-Baby-Pille“ auf Krankenschein hat Bundesfamilienminister Helmut Geißler (CDU) befürwortet. Die „Pille auf Krankenschein“ wäre eine richtige Entscheidung, sagte Geißler in einem Interview mit der Illustrierten „Quick“. Dagegen sei die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen „schon eher problematisch“. Geißler bekräftigte, daß er am „Abtreibungsparagraphen“ 218 nicht rütteln wolle. In diesem Paragraphen heiße es, die Beratungen sollten vor allem über solche Hilfen beraten, die das werdende Leben erhalten könnten. Solange sich das Bewußtsein nicht ändere, helfe auch eine Rechtsänderung nicht.

Gericht stuft Schulleiter zurück

dpa, Lüneburg

Der wegen rechtsradikaler Aktivitäten bekannt gewordene Leiter des Grotenfend-Gymnasiums in Hannover, Hans-Joachim Schulte, ist von der Landesregierung zurückgestellt worden. Der stellvertretende Schulleiter, Oberstudiendirektor Karl-Heinz Kausch, ist mit sofortiger Wirkung zum Studiendirektor zurückgestellt worden. Mit der „mittelschweren Disziplinarmaßnahme“ ist eine Gehaltskürzung von rund 500 Mark monatlich verbunden. Zudem ist davon auszugehen, daß das niedersächsische Kultusministerium einen neuen Schulleiter berufen wird. Der erste Disziplinarssenat am Obergericht Lüneburg löste mit seinem Urteil einen Spruch des Braunschweiger Verwaltungsgerichts ab, das Kausch nach einem dreieinhalb Jahre dauernden Disziplinarverfahren im Frühjahr 1982 wegen „rechtsradikaler Veröffentlichungen“ zu einer einjährigen zehnpromzentigen Gehaltskürzung verurteilt hatte. Das Ministerium war gegen das Braunschweiger Urteil vorgegangen.

Die letzte Bastion der Berliner Hausbesetzer wurde geräumt

Neffe Karl Eduard von Schnitzlers dabei / Lummer: Bis Jahresende kein besetztes Haus mehr

F. DIEDERICH, Berlin

Das letzte noch vorhandene Hausbesetzer-Zentrum in Berlin, das sogenannte „Kunst- und Kulturzentrum Kreuzberg“ (Kukuk) ist gestern früh von der Polizei durchsucht und geräumt worden. Das seit dem 23. Januar 1981 besetzte Haus im Bezirk Kreuzberg stand als Kommunikationszentrum der Hausbesetzer-Bewegung wiederholt im Blickpunkt. Der Gebäudekomplex war in der Vergangenheit 13mal durchsucht worden. Nach Angaben der Berliner Staatsanwaltschaft werden Bewohner des Gebäudes mehr als 80 Straftaten zur Last gelegt.

Bei der Räumungsaktion waren zuvorige alle notwendigen Voraussetzungen der „Berliner Linie“ erfüllt worden, die einen Strafantrag des Hausbesetzers sowie Modernisierungs- und Finanzierungskonzepte für das Haus vorsahen. Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) bekräftigte gestern die Absicht des Berliner Senats, das Hausbesetzerproblem noch vor Jahresende zu lösen. Die jetzt erfolgte Räumung solle für die Besetzer in den verbliebenen zehn Häusern Anlaß sein, über ein freiwilliges Verlassen der illegal bewohnten Bauten nachzudenken, forderte Lummer.

Im gestern geräumten „Kukuk“ sollen nach den Vorstellungen der Eigentümer 23 modernisierte Großwohnungen entstehen. Direkt nachdem die letzten Besetzer das Haus verlassen hatten, begannen erste Bauarbeiten mit den Arbeiten. Die Polizei war bei Beginn des Großraumsatzes um 5 Uhr 54 auf keinerlei Widerstand gestoßen. „Die Besetzer waren überrascht und

ahnungslos“, resümierte nach der Aktion der Einsatzleiter der Polizei gegenüber der WELT.

Auf dem Grundstück wurden 40 Personen angetroffen, darunter 14 Frauen und fünf Kinder. Sie wurden nach Feststellung der Personalien bis auf einen Mann wieder auf freien Fuß gesetzt und planen nun, auf einem an den Gebäudekomplex angrenzenden Bereich Zelte aufzuschlagen.

Über das Schicksal des „Kunst- und Kulturzentrums“, das sich den Polizisten als völlig verwahrlostes Haus darstellte, war in der CDU/FDP-Koalition eine heftige Kontroverse entbrannt. Kreise um den eher liberalen Kultursenator Volker Hassemer (CDU) hatten ursprünglich dafür plädiert, das Haus in legalen Besitz der Besetzer zu überführen und zu einem wirklichen Kulturzentrum auszubauen.

Innensenator Lummer (CDU) wie auch Justizsenator Hermann Oxfort (FDP) und Bausenator Klaus Franke sahen jedoch eine Räumung als sinnvollere Lösung an, da das Haus vor allem dem militanten Kern der Hausbesetzerbewegung als Planungs- und Durchsuchungsort in einem Buchladen des „Kukuk“ eine zum Kopieren ausgelegte Schrift „Die Rote Armee Fraktion“ (RAF) sichergestellt worden, die unter dem Titel „Kriegsanleitung für jedermann“ auf Hilfen für militante Gewaltaktionen hinwies. Ebenfalls wurde in allen Einzelheiten der Bau eines Sprengsatzes geschildert. Die schweren Auseinandersetzungen anläßlich der Berlin-

Besuche von US-Präsident Ronald Reagan und US-Außenminister Alexander Haig waren zudem im „Kukuk“ vorbereitet worden.

Bei der Überprüfung der Personalien der im „Kukuk“ angetroffenen Personen wurde gestern nach zuverlässigen Informationen der WELT ein 25jähriger Mann angetroffen, der nach Erkenntnissen der Berliner Sicherheitsbehörden ein Neffe des Chefschmentors des „DDR“-Fernsehens, Karl Eduard von Schnitzler, ist. Schnitzler hatte zuletzt im Juni 1983 für Schlagzeilen gesorgt, als seine Ehefrau in einem Westberliner Warenhaus als Ladendiebin entlarvt worden war.

Die Berliner Behörden waren auf den jungen Mann aufmerksam geworden, weil dieser seinen Raum im besetzten Haus mit einer großen „DDR“-Fahne geschmückt hatte. Bei weiteren Ermittlungen stellte sich heraus, daß der Mann mit dem angeblichen Namen „Andreas Lehel“ am 29. September 1959 in Ost-Berlin geboren wurde und Weihnachten 1973 mit seiner Mutter, Jutta von Schnitzler, über Zierdorf mit einem ungarischen Fremdenpaar als Asylbewerber in die Bundesrepublik eingewandert war. In dem blauen Paß, der den Mann heute als anerkannten Asylbewerber ohne Staatsangehörigkeit ausweist, befindet sich zahlreiche Einreisestempel der „DDR“. Die Ermittlungsbehörden zu dem Fall: „Eine hochpolitische und komplizierte Angelegenheit. Wir versuchen, über den Mann und seine Tätigkeit in Berlin Klarheit zu gewinnen.“

Der Abbau der Bremer Gymnasien nimmt nun endgültig seinen Lauf

SPD setzt ihr Schulkonzept durch / Schülermangel als bildungspolitisches Instrument

W. WESSENDORF, Bremen

Mit dem Beginn der Sommerferien in Bremen wird eines der aufregendsten schulpolitischen Kapitel der Nachkriegszeit im kleinsten Bundesland geschlossen. Bildungssenator Horst-Werner Franke (SPD) hat sein umstrittenes Konzept zum Abbau Bremer Schulen gegen heftige Proteste von Eltern, Schülern und Lehrern sowie der größten Oppositionspartei CDU durchgesetzt. Dazu wurden die einschlägigen Schulgesetze geändert.

Bebutsam ging es dabei nicht zu. Die bremischen Schulen müßten nach Franke Worten im Übergang zu den neunziger Jahren vor allem mit Einrichtern fertig werden: „Sie müssen sich auf den Schülerrückgang einstellen, der im Durchschnitt ein Drittel beträgt. Und sie werden beeinträchtigt durch die Finanzkrise des Staates.“ Die Schule könne sich diesen gesellschaftlichen Bedingungen nicht entziehen.

Von den rund 200 Schulen in der Halbmillionenstadt Bremen werden ab Schuljahr 1985/86 nur drei Dutzend abgebaut. Nur noch zwei Gymnasien bleiben bestehen. Damit haben die allein regierenden Sozialdemokraten einen weiteren Schritt zur Umsetzung ihres 1975 eingeführten Schulgesetzes geschafft. Es bildet nach Auffassung politischer Gegner, insbesondere der CDU, die Grundlage der Schulreform, denn es zielt auf die integrierte Gesamtschule als einzige Schulart in Bremen ab. Franke macht daraus auch keinen Hehl:

„Nicht nur die Strukturen des bremischen Schulwesens, auch die Inhalte werden Veränderungen erfahren.“ Er, Franke, werde im Jahre 1985 eine ausführliche inhaltliche Konzeption seiner Schulpolitik vorlegen.

Damit ist die Perspektive der Schulpolitik im kleinsten Bundesland klar. Die Christdemokraten, die die Schulpolitik ihrerseits stets zum Hauptthema gestempelt haben, stehen ihr ohnmächtig gegenüber. Seit zehn Jahren kämpft die größte Oppositionspartei vergeblich gegen diese Entwicklung an, machte dabei Fehler, die teilweise ihre Glaubwürdigkeit in Frage stellen. Die CDU hatte beispielsweise wegen erkennbar rückläufiger Schülerzahlen Investitionen des Senats in neue Schulgebäude kritisiert, die nun geschlossen würden, und dabei verschwiegen, daß sie in der Deputation für Bildung aus staatspolitischen Gründen zum Teil Schulöffnungen zugestimmt hatte. Ihr bildungspolitischer Sprecher Bernd Schulte zu Berge: „Wir haben Fehler gemacht, werden aber weiterhin der sozialdemokratischen Schulpolitik erbitterten Widerstand leisten.“

Die jüngsten Änderungen des bremischen Schulgesetzes und des bremischen Schulverwaltungsgesetzes sowie des Privatschulgesetzes bezeichnete Schulte als „bildungspolitische Ermächtigungsgesetze“. Der „Bildung für alle“ der SPD-Mehrheitsfraktion hielt die CDU ihre „freie Wahl des Schulkortes“ entgegen.

BGS vor neuer Personalpolitik?

Ein Erlaß-Entwurf aus dem Innenministerium stößt beim Grenzschutz auf Kritik

BERND HUMMEL, Eschwege

Beförderungsschrankungen und ein weitreichender Verzicht auf das Angebot von Qualifikationslehrgängen sollen beim Bundesgrenzschutz bewirken, daß die sogenannte „Abgabefähigkeit“ der etwa 17 000 Beamten des mittleren Dienstes an die Polizeien der Länder erhalten bleibt. Ein Erlaß-Entwurf des Bundesinnenministeriums dieses Inhalts stieß jetzt bei der Truppe allerdings auf heftige Kritik. Demgegenüber erklärte ein Sprecher des Ministeriums, die Funktionsfähigkeit des BGS verlange, daß „stets die notwendige Anzahl von Vollzugsbeamten in die Landespolizei versetzt werden kann“.

Die Abgabe von BGS-Beamten war 1976 durch das Inkrafttreten des BGS-Personalstrukturgesetzes im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern geregelt worden.

Längere Verweildauer

Doch statt der erforderlichen Rate von jährlich 900 bis 1100 Beamten, die an die Polizeien „abfließen“ sollten, nahmen die Länder nur einen weit geringeren Teil ab. In diesem Jahr werden es knapp 400 Beamte sein. Die damit verbundene Überbelastung der Truppe soll nun durch eine Verlängerung der Verweildauer beim BGS – von bislang acht Jahren auf jetzt 12 Jahre – ausgeglichen werden.

Für den Erlaß-Entwurf, der das Aktenzeichen „P III 3-680.350“ trägt,

zeichnet der für neun Monate in das Ministerium abgeordnete Kasseler BGS-Direktor Joachim Poddig verantwortlich. Er fordert in seinem Papier eine „strikte Einhaltung einer abgabefähigen Personalwirtschaft“. Eine Forderung, die beim Bundesgrenzschutzverband in Bonn Empörung auslöste. Bundesvorsitzender Helmut Pfeffer: „Das bedeutet im Klartext, daß auf die bislang aufgabenorientierte Personalpolitik verzichtet wird.“

Zumindest in diesem Punkt stößt Poddigs Papier, das mittlerweile dem BGS-Hauptpersonalrat zur Beratung vorgelegt wurde, auf den Widerspruch des Dienstherren. Ministeriums-Sprecher Hans-Günter Kowalski korrigiert: „Die Personalpolitik ist unverändert darauf gerichtet, die Leistungsfähigkeit und Einsatzfähigkeit des BGS zu stärken, also aufgabenorientiert.“

Umstrittener noch ist bei Personalräten, Bundesgrenzschutzverband und innerhalb der Truppe eine andere Forderung. Sie besagt, daß der BGS-Beamte während seiner 13jährigen Dienstzeit über den Dienstgrad „Meister“ (Besoldungsgruppe A7) nicht hinauskommen darf, weil er sonst für die Übernahme in die Landespolizeien nicht mehr in Frage kommt. Wörtlich: „Personalwirtschaftlich muß sichergestellt sein, daß die Abgabefähigkeit... nicht beeinträchtigt wird... Darüber hinaus

ist auch das Entstehen bloß subjektiver Beförderungserwartungen durch Übertragung höherwertiger Dienstposten tunlichst zu vermeiden.“

Und um den nicht erwünschten Aufstieg in höhere Dienstgrade zu vermeiden, soll auch die Möglichkeit zur Qualifikation nicht mehr angeboten werden. Zitat: „Es muß davon ausgegangen werden, daß Verwendung zu einer Verwendung auf einem Dienstposten der Bewertung A7/A8 und höher vermittelt, künftig in den ersten zwölf Dienstjahren nicht mehr angeboten werden können.“

„Nicht über A 7 hinaus“

Während beim Innenministerium die Auffassung vertreten wird, nur so könnten die Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern erfüllt werden, nach denen ein Bewerber für den Polizeidienst „nicht ein Amt über Besoldungsgruppe A7 hinaus innehaben darf“, spricht der Bundesgrenzschutzverband von einem „Verstoß gegen geltendes Recht“ und „Diffamierung einer ganzen Berufsgruppe“.

Bundesvorsitzender Pfeffer, der bereits BGS-Inspektor Karl-Heinz Amft aufgefordert hat, den Entwurf zurückzunehmen, vermutet, daß „dieses Papier nur durch eine Panne in den Geschäftsgang geraten sein kann“. Vorsorglich hat der Verband rechtliche Schritte angekündigt.

Die Bürger sind als Ideen-Spender gefragt

Von HERBERT SCHÜTTE

Für eine konservative Partei ist das ungewöhnlich, umreißt Landesvorsitzender Jürgen Echter nach dem Feldzug, der die Hamburger CDU – mehr als alle Aktionen und Reaktionen der Tagespolitik – in den nächsten Monaten am stärksten beschäftigen wird. Womit die hanseatischen Christdemokraten in eine – so Echter – „sonst klassische Domäne der Linksparteien“ eingedrungen sind, enthält ein Aktenordner mit einem 299 Seiten umfassenden Papier. Titel: „Hamburg 1990“. Was die Union an der Elbe darin aufweisen will – bisher bewußt „ohne Schwerpunkte oder Grundlinien, um der Kreativität keine Grenzen zu setzen“ – hat die erste Phase durchlaufen. Anfang September tritt eine unter Echter nachge-



Landesbericht Hamburg

tung stehende Kommission zusammen, um einen Diskussionsentwurf daraus zu schneiden.

Papiere werden von Parteien pausenlos produziert – gewiß. Doch diese breit angelegte, langfristig konzipierte Perspektive der Zukunft des Staates fällt aus dem Rahmen, Echter hält sie für so etwas wie ein Pilot-Projekt der Union. Der Ausgangspunkt war im vergangenen Herbst die Erkenntnis bei der CDU, daß „neue Ideen und Impulse“ in der Hansestadt „Mangelware“ seien.

Der zündende Gedanke bei dieser Aktion war der Appell an alle Bürger, mit ihren Vorschlägen auf den Inhalt des Programms Einfluß zu nehmen. Von der Handelskammer bis zum Sportbund, vom ADAC bis zu unzähligen Vorschlägen von Hamburgern, die nicht der Partei angehören, reicht das Ideen-Reservoir, das die Auswertung der Kommission bestimmen soll. Echter nach, mit zehn Jahren Amtszeit einer der erfahrensten CDU-Landesvorsitzenden der Bundesrepublik, wollte die Problem-schau nicht auf die Hamburger Kirchentumszuspitzen begrenzen. Er hat die CDU-Oberbürgermeister Walter Wallmann (Frankfurt) und Manfred Rommel (Stuttgart) am Erfahrungsbereich und Vorschläge – zum Beispiel auf dem Felde der Kulturpolitik. Er hatte sich schriftlichen Rat bei Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber, bei Wohnungsbauminister Oscar Schneider und Bildungsministerin Dorothee Wilms, er spannte sämt-

liche Länder-Kultusminister der CDU für die Hansestadt ein. „Ich habe mich schon immer für Programmentwürfen engagiert“, betont Echter nach und weist auf Aktivitäten während seiner Zeit als Bundesvorsitzender der Jungen Union (1968 bis 1973) hin, als er in der CDU-Führungsspitze zu den Initiatoren einer Programm-Diskussion gehörte. In Hamburg will er jetzt nach eigenen Worten „deutlich machen, daß die Probleme der Zukunft lösbar sind und daß wir auch Lösungsvorschläge haben“. Die Schau auf „Hamburg 1990“ will Antwort auf drei zentrale Fragen geben: Welche politischen Probleme werden Hamburg Ende des Jahrzehnts prägen, welche Ziele soll die CDU nach ihren Wertvorstellungen anstreben? Welche Maßnahmen müssen dazu ergriffen werden? Die Aussagen und Informationen, die auf die Antworten zu diesen Fragen hinführen sollen, stecken eine Perspektive ab, die von Freizeitgewohnheiten bis zur Entwicklung der Kriminalität, von den Beziehungen zwischen Hamburg und dem Umland bis zur Lage des Außenhandels, von der Subventionspolitik bis zu den Lagermöglichkeiten von Baggert reicht. Das letztgenannte, im Binnenland sicher etwas befremdliche Problem beschäftigt gerade in den letzten Wochen außerordentlich stark die offizielle Wirtschaftspolitik und berührt zum Beispiel ganz erheblich das Verhältnis zwischen Hamburg und Niedersachsen. Fragen der Privatisierung bisher öffentlicher Dienstleistungen, der Weiterbildung und der Kulturpolitik gehören ebenso dazu wie die Konfrontation mit dem Bevölkerungsschwund, der Hamburg im Jahr 1990 auf eine Großstadt von 1,49 Millionen Einwohnern schrumpfen lassen dürfte, gut 350 000 weniger als 1963. In zehn Jahren – so hat die CDU errechnet – werden der von zehn Hamburgern Bürgern älter als 60 sein – eine Stätte der Senioren, der immer mehr jüngere (finanzkräftige) „Aufsteiger“-Familien mit Kindern den Rücken gekehrt haben.

Die Perspektive, die in gut einem Jahr nach ausführlicher Diskussion in der Partei endgültig verabschiedet werden soll, hat also schon für jeden Bürger Bedeutung. Initiator Jürgen Echter nach, hat also schon für jeden Bürger Bedeutung. Initiator Jürgen Echter nach, hat also schon für jeden Bürger Bedeutung. Initiator Jürgen Echter nach, hat also schon für jeden Bürger Bedeutung.

Wußte der „Stern“ von der dubiosen Recherche?

Die Staatsanwaltschaft ermittelt im „Fall Johnson“

UWE BAHNSEN, Hamburg

Das redaktionelle Innenleben der Illustrierten „Stern“ beschäftigt die hiesige Staatsanwaltschaft. Die hiesige Staatsanwaltschaft ermittelt im „Fall Johnson“. Die hiesige Staatsanwaltschaft ermittelt im „Fall Johnson“. Die hiesige Staatsanwaltschaft ermittelt im „Fall Johnson“.

Der Grund für das Einschreiten der Anklagebehörde: In diesem Verfahren wurden von drei Journalisten eidesstattliche Versicherungen abgegeben, von denen zwei der dritten diametral widersprechen. Nach der Schlichtung kann nur eine der beiden Versionen wahr sein. Da die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung strafbar und zudem ein offizieller Delikt ist, muß die Staatsanwaltschaft den Vorgang unter die Lupe nehmen.

Hauptfigur dieser verwickelten Sache ist der frühere Literaturredakteur des „Stern“, Tilman Jens (30), ein Sohn des Tübinger Rhetorik-Professors Walter Jens. Der junge Journalist ist am 11. April bei Recherchen zu einem Artikel über Uwe Johnson in dessen Haus in Smeernum eingedrungen, um an Material zu gelangen. Er habe dies, so seine eidesstattliche Versicherung, nach der Rückkehr von dieser Reise, aber vor Veröffentlichung des Beitrags, seinen Vorgesetzten in der „Stern“-Redaktion, Gerhard Krug und Michael Jürgs, berichtet.

Beide hätten also von dieser unrechtmäßigen Art der Recherche gewußt und den darauf basierenden Artikel dennoch in das Blatt genommen. Die beiden „Stern“-Ressortleiter bestreiten das hingegen entschieden – ebenfalls mit eidesstattlichen Versicherungen.

Der Fall hat seine eigene Delikatesse, und zwar nicht nur vor dem Hintergrund des bevorstehenden Prozesses gegen den früheren „Stern“-Reporter Gerd Heide, in dem einige über Arbeitsmethoden in der „Stern“-Redaktion zutage treten

wird. Als im Herbst 1980 Journalisten der „Bild“-Zeitung vor einer Strafammer des Landgerichts Frankfurt angeklagt waren, unrechtmäßig in eine Wohnung eingedrungen zu sein, war das für den „Stern“ Anlaß zu breiter und schadenfroher Berichterstattung mit erheblichem Zeigefinger. Daß nun Vater Jens, als linksliberaler Geist des „Stern“ bislang verbunden, der Illustrierten die Freundschaft und der Jury für den Egon-Erwin-Kisch-Journalistenpreis die Mitarbeit angekündigt hat, weil er findet, man sei mit seinem Sohn nicht anständig umgegangen, rundet die Sache in pikanter Weise ab.

Jens junior ist inzwischen aus der „Stern“-Redaktion ausgeschieden, wobei der Journalist versichert, mit dem Artikel über Johnson habe das nichts zu tun; er habe das Blatt ohnehin aus privaten Gründen verlassen wollen. „Stern“-Chefredakteur Rolf Winter hingegen will vor der gegenseitigen Vertragsaufhebung gegen über Tilman Jens klargestellt haben, daß „andernfalls eine fristlose Kündigung erfolgen würde“.

Recherchiert hat Literaturredakteur Jens seiner eigenen Darstellung zufolge in der Weise, daß er „durch ein Fenster in das Johnson-Haus eingeschleust“ ist. Die Reaktion seines Ressortleiters Gerhard Krug (die dieser entschieden bestreitet) schildert Tilman Jens mit der Feststellung Krugs: „Das macht maximal 20 000 Mark. Die kann der „Stern“ aufbringen.“ Schwerwiegende juristische Konsequenzen für den „Stern“ seien nicht zu erwarten.

Der Fall hat inzwischen sogar Vater Walter und Mutter Inge Jens veranlaßt, ebenfalls eidesstattliche Versicherungen zu fertigen. Darin stellt der Professor stumm fest, sein Sohn habe ihm schon Anfang Mai von dem Vorgang berichtet. Jürgs sei „beim Durchsehen“ des Johnson-Artikels „über den Einstieg ins Johnson'sche Haus“ informiert worden und habe „dieses Vorgehen... durch die Spezerstattung notifiziert“. Was die Art der Materialbeschaffung angeht, so habe sein Sohn ihm erklärt, er könne „des Rechtsbestands des „Stern“ gewiß sein“. Die beiden Illustrierten haben sich in dem Vergleich verpflichtet, auf den Fall nur bei einem „aktuellen Anlaß“ zurückzukommen.

China-Politik des Vatikans zwischen Taiwan und Peking

JOHNNY ERLING, Bonn

Mit einer Grußbotschaft hat Papst Johannes Paul II. den Gläubigen auf Taiwan versichert, daß er sie nicht vernachlässige oder vergesse, wenn er seine Gedanken an die in der Volksrepublik China lebenden Katholiken richte (WELT v.23.7.). Die päpstliche Versicherung kommt zu einem Zeitpunkt, in dem die Politik des Vatikans sowohl Verwirrung bei den Katholiken Taiwans als auch bei den „offiziellen“ und „nicht offiziellen“ Christen in China ausgelöst hat. Im März 1984 hatte der Papst nach zweijährigem Abwarten seit seiner letzten, den chinesischen Katholiken gewidmeten Messe (1982) sein Schweigen zur Lage seiner Glaubensbrüder in der Volksrepublik China gebrochen. Überraschend ermutigte er während einer Audienz für sieben Bischöfe aus Taiwan, die taiwanesischen Katholiken, sich als Vermittler zwischen dem Heiligen Stuhl und den Festlandchinesen zu verstehen.

Papst-Appell überraschte

Offenbar wurde auch Peking, das seit 1980 wieder eine freizügigere Religionspolitik zugelassen hat, von dem Papst-Appell überrascht. Spontan begrüßten Mitglieder der von Rom getrennten „Katholischen Patriarchatsvereinigung“ in Shanghai und Peking den „Einheitsgedanken“ des Papstes, der mehrfach seinen Wunsch betont hatte, daß sich die Einheit aller chinesischen Katholiken „auch in äußerer Form“ realisieren möge. Taiwans Katholiken zeigten sich dagegen tief beunruhigt, zumal auch Vatikankreise von Anzeichen einer neuen China-Politik sprachen.

So berichtete die römische Zeitung „Il Tempo“, der Vatikankirche, die bisher auf Botschafter-Ebene bestehenden Beziehungen zu Taiwan abzubauen und die Nuntiatur Taiwan in eine „Apostolische Delegation“ ohne diplomatischen Rang umzuwandeln. Ebenso fiel auf, daß im Päpstlichen Jahrbuch für 1984 die bisher dort genannten Missions-Bischöfe, die seit 1951 von Peking des Landes verwiesen worden waren, nicht mehr als ordentliche Bistumsleiter erwähnt werden. (Allerdings wurden diese Kirchenführer, die meist älter als 75 Jahre alt sind, im normalen vatikanischen Verfahren „emeritiert“.)

Doch der Papst hatte während seines März-Empfangs Bedingungen genannt, die für Peking unannehmbar waren: Prinzipiell lehne der Vatikankirche eine Anerkennung der von Peking zugelassenen „Katholischen Patriarchatsvereinigung“ – sie hatte sich von Rom losgesagt – ab. „Die geistige Solidarität (der Katholiken) in der Verbindung mit dem Nachfolger Petri ist eines der Kriterien für die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche.“

Die „Katholische Patriarchatsvereinigung“ reagierte darauf im Mai eindeutig: Der Heilige Stuhl zeugte Feindschaft gegenüber der Kirche Chinas und dem sozialistischen System. Deshalb gebe es „zur Zeit keine Bedingungen noch die Grundlage für einen Dialog“. Der 1979 als Bischof von Peking eingesetzte Bischof Fu Tieshan war dem Papst ein Doppelspiel vor, zudem da dieser den von Rom ernannten und von Peking nicht anerkannten Erzbischof von Kanton, Dominic Tang, in Privataudienz empfangen hatte. „In den letzten Jahren tat der Vatikankirche, als ob er sich um uns versöhnen wolle. Gleichzeitig aber verdoppelte er seine Bemühungen, offene und geheime Spaltungen und Sabotagemanöver gegen unsere Kirche zu betreiben.“

Isolierung der Römteuren?

Die China-Politik des Vatikans gerät in die Gefahr, zwischen allen Fronten zu stehen. Dabei scheinen diejenigen Berater des Papstes wieder an Einfluß zu gewinnen, die das Werben Roms um Peking schon immer als Diskriminierung und Isolierung der Katholiken auf Taiwan angesehen haben. „Es wäre besser, die Kurie überließe die Sorgen, die die Kirche im kommunistischen China wieder aufgerichtet werde, den Christen in Taiwan“, hatte Erzbischof Luo Kuang, ehemaliger Sekretär der Bischofskonferenz Taiwans, kurz nach dem ersten Versöhnungspapst, den Johannes Paul II. 1981 von Manila aus an Peking gerichtet hatte, dem Vatikankirchen gerufen. Der Papst werde unter Druck gesetzt, Beziehungen zu Peking würden vor allem jene Mehrheit der chinesischen Katholiken in „seelische Bedrängnis und Gewissensqualen stürzen, die auf dem Festland eben wegen ihrer Römteure 30 Jahre Verfolgung erlitten“.

Dagegen wird insbesondere in Kreisen der Franziskaner befürchtet, daß der Papst schlecht beraten ist: Im 400. Jahr der Missionierung Matteo Riccis die Türen zu einem direkten Dialog mit Peking zu schließen. Der Jesuit Ricci hatte 1583 eine erfolgreiche Mission in China in Gang gesetzt, die erst Anfang des 18. Jahrhunderts durch die Qing-Dynastie unterbunden wurde. 150 Jahre später kehrten die Missionäre im Gefolge der westlichen Eroberung Chinas zurück. Auf diese zweite Phase beruft sich Peking, wenn es nur eine „von ausländischen Mächten“ unabhängige Kirche zitiert.

Der Lord bestimmt selbst, wie er seine NATO-Rolle ausfüllt

Die unpräzisen Vollmachten des Generalsekretärs / Carrington im Lernprozess

dp, Paris. Lord Carrington, der neue NATO-Generalsekretär, hat die Bemühungen um eine verstärkte Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder in der Verteidigung begrüßt. In einem Interview der Pariser Zeitung „Le Figaro“, das gestern veröffentlicht wurde, räumte er zugleich ein, daß dabei die Kernwaffen immer in der nationalen Verantwortung bleiben müßten. Er sagte: „Die Kernwaffen sind ihrem Wesen nach national. Sie gehören den Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien.“ Es müsse noch geklärt werden, was eigentlich unter einer europäischen Verteidigung zu verstehen ist, meinte Carrington. Bisher seien die Vorstellungen verschwommen. „Deshalb glaube ich, daß es gut ist, die Westeuropäische Union wiederzubeleben.“ Die WEU ist das einzige westeuropäische parlamentarische Gremium, das für Verteidigungsfragen zuständig ist. Sie soll nach dem Willen ihrer Mitgliedsländer ein stärkeres Gewicht als Mittel zur gegenseitigen Absprache und als europäischer Pfeiler im nordatlantischen Bündnis erhalten.

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel. Es gibt wahrscheinlich wenige Funktionäre auf dieser Welt, die für ihre Arbeit so knappe und unpräzise Vollmachten besitzen wie der NATO-Generalsekretär. Seine Stellenbeschreibung liest sich wie die Regieanleitung für einen Superstar, dem der Regisseur die Gestaltung seiner Rolle selbst überlassen will.

Aber es gibt eine Direktive für den ersten Generalsekretär der Allianz, Winston Churchill. Freund aus Kriegzeiten, Lord Ismay, der sich nach Joseph Luns als die „höchste Autorität einer Allianz freier Völker“ versteht, die sich „mit dem Bündnis keine supranationale Organisation geschaffen haben“. Der Schlüsselatz lautet: „Er (der Generalsekretär) hat das Recht, im NATO-Rat jedes ihm beliebige Thema zur Diskussion zu stellen.“

Damit sind Macht und Vollmacht des NATO-Generalsekretärs nach angelsächsischer Mentalität ohne juristische Feinnessen derart definiert, daß es der Persönlichkeit des Amtsinhabers überlassen bleibt, aus seiner Stellung etwas zu machen. Bei einer derartigen Formulierung kommt es nur vorher auf das Geschick der Nationen an, sich einen Mann zu suchen, der mit diesem Satz als Werkzeug die Entscheidungen von inzwischen 16 souveränen Nationen in die von ihm gewünschte Richtung lenken kann.

Natürlich ist mit dem „Regie-Satz“ nicht alles ausgesagt, was der neue Generalsekretär, Lord Carrington, auf einem knapp dreiseitigen Papier über die Aufgaben seines Amtes erfahren hat. Aber hinter ihm verbergen alle anderen Ausführungen zu Nebensächlichkeiten. Auf die Erfahrung, die analytischen Fähigkeiten, den politischen Instinkt, den Willen, die Durchsetzungsfähigkeit, das Geschick des Generalsekretärs kommt es an, aus seiner Stellung etwas zu machen.

Er ist es, der dem Nordatlantiktat vortritt, gleichgültig, ob er aus den Außen- oder Verteidigungsministern



Lord Carrington ist seit 25. Juni NATO-Generalsekretär.

FOTO: RUPP OARSHINGER

(Norwegen) und Gaetano Martino (Italien), den die Allianz-Staaten damals einstimmig annahmen, wird die Grundstimmung beschrieben: „Die fundamentale historische Tatsache ist die, daß der Nationalstaat an sich und ausschließlich auf nationaler Politik und nationaler Macht aufbauend, im Atomzeitalter für den Fortschritt oder auch nur für das Überleben nicht ausreicht.“

Dieser Satz sagt mehr über das Wesen des Nordatlantikpakts als lange Vorträge. Die Allianz hat sich immer und in erster Linie als eine von gemeinsamen politischen Grundwerten getragene Gemeinschaft von Völkern angesehen und nicht nur als Fortsatz ihrer Militärorganisation. Den Blick dafür hat in den zurückliegenden Jahren die Diskussion um den NATO-Doppelbeschuß gestellt, übrigens ein von der NATO hausgemachtes Problem, denn er ermöglichte der Sowjetunion jede Art der Einwirkung auf die öffentliche Meinung. Ein ungleiches Spiel, denn eine öffentliche Meinung gibt es im Ostblock nicht.

Wie sehr die NATO sich selbst dazu verpflichtet hat, stets und immer auf ein besseres politisches Zusammengehen mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Ostens bedacht zu sein, haben die „Weisen“ damals auch gesagt: „Was nicht verstanden werden würde, wäre jede fehlende Bereitschaft auf unserer Seite, Wege und Mittel zu suchen, die Schranken niederzureißen, um dieses Vertrauen zu schaffen.“

Die Weisen waren aber keine Träumer. Ihr 28 Jahre altes Testament liest sich wie eine Leitlinie aus jüngsten Tagen: „Daß wir den friedlichen Charakter irgendwelcher sowjetischer Schachzüge vorsichtigerweise nicht unbestritten als gegeben hinnehmen, daß wir uns weigern, unsere Verteidigung aufzugeben, ehe wir davon überzeugt sind, daß die Bedingungen für ein internationales Vertrauen wiederhergestellt sind, wird von allen aufrichtigen und gutwilligen Menschen verstanden werden.“

Lord Carrington wird, dessen darf man sicher sein, auf diesen Vorgaben aufbauen. Es zeichnen sich zwei Schwerpunkte ab, die er in seiner britisch stillen, aber zähen Art verfolgen wird. Dabei ist die Reihenfolge der Schwerpunkte nicht Ausdruck unterschiedlicher Bewertung:

1. Verbesserung der Ost-West-Beziehungen. Das Bündnis ist nicht nur eine Militäralianz, es ist ein politisches Bündnis.

2. Die amerikanisch-europäischen Beziehungen in der Allianz müssen so eng wie möglich sein. Negativen Tendenzen ist entschlossen entgegenzuwirken. Dies beruht auf der tiefen Überzeugung, daß die Verteidigung des Westens ohne die Vereinigten Staaten unmöglich ist.

Carrington ist erst seit dem 25. Juni im Amt. Er ist noch mitten im Lernprozess, aber mit einer Intensivität, die NATO-„Oldtimer“ überrascht hat. Sein Arbeitsstag dauert gewöhnlich zwölf Stunden. Er zeigt schon jetzt, daß er neue Anstöße geben will, die Richtung der Papiere, die sein Stab von 1200 Mitarbeitern im NATO-Hauptquartier vorbereiten helfen muß, deutet das an. Seine Erfahrungen als früherer Verteidigungs- und später Außenminister und damit als Leiter umfangreicher Verwaltungsapparate helfen ihm dabei.

Wichtigste Informationsquelle Carringtons, der Weg, wie er den Willen der Nationen ermittelt, über die er nicht frei verfügen kann, ist der ständige Kontakt mit den Botschaftern, den nordatlantischen Ratsmitgliedern. Er kann sie in offizieller Runde am Ratsstisch treffen oder beim traditionellen „Tuesday luncheon“, dem Mittagessen, an dem an jedem Dienstag Botschafter und Generalsekretär miteinander essen. So manche wichtige politische Initiative der Allianz geht auf diese Einrichtung zurück.

Das Instrumentarium ist vorhanden, Carrington kann die NATO auf seine Spur führen. Was er von ihr erwartet, hat er so gesagt: „Erfahrung und Wissen über die Geschichte geben uns die Antwort: Der Weg, den Krieg zu vermeiden, bedeutet, klar und ohne jeden Zweifel zu verstehen zu geben, daß wir die Mittel besitzen, uns zu verteidigen und den Willen dazu.“ (SAD)

USA: Begrenzte Aufhebung der Sanktionen?

AP/rt, Washington/Warschau

US-Präsident Ronald Reagan will die in Polen verurteilte Amnestie für 652 politische Häftlinge und rund 35 000 sonstige Gefangene offenbar nur mit der Aufhebung eines Teils der amerikanischen Sanktionen honorieren. Regierungsbeamte in Washington erklärten, man erwäge eine Wiederaufnahme des Linienflugverkehrs und eine begrenzte Wiederaufnahme des wissenschaftlichen Austausches zwischen den USA und Polen. Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, erwartet, daß die Entscheidungen Reagans binnen weniger Tage bekanntgegeben werden. Zu den Sanktionen der USA gehören unter anderem die Verweigerung von Krediten sowie der Meistbegünstigungsklausel für Polen, dessen Exporte dadurch hohen Einfuhrzöllen unterliegen.

Die Haftentlassungen liefen gestern in Polen nur zögernd an. Seit der am Samstag verkündeten Amnestie sind nach einer Meldung der amtlichen polnischen Nachrichtenagentur PAP erst 82 Gefangene entlassen worden. Darunter sollen sich auch zehn politische Häftlinge befinden.

DDR-Zeitungen kürzen Krenz-Rede

AP, Berlin

Das SED-Organ „Neues Deutschland“ und andere „DDR“-Zeitungen haben gestern eine Rede des Politbüromitglieds Egon Krenz in auffällig gekürzter Form veröffentlicht. Vor allem fehlte der Ausdruck „imperialistische BRD“ für die Bundesrepublik Deutschland. Nach einem Bericht der amtlichen „DDR“-Nachrichtenagentur ADN hatte Krenz, der die SED-Delegation zu den Feiern des 40. Jahrestags der Volksrepublik Polen leitete, vor Fahrtantritt in Breslau erklärt: „An der Grenze zur imperialistischen BRD lassen wir zu keiner Stunde und in keiner Situation zu, daß das Rad der Geschichte jemals wieder zurückgedreht wird.“ Die Zeitungen sowie auch die Nachrichtenmeldungen des „DDR“-Fernsehens veröffentlichten jedoch andere Passagen aus der Rede Krenz, darunter die Feststellung, daß die „DDR“ immer eine „unüberwindliche Barriere für alle imperialistischen Träume von einem Großdeutschen Reich in den Grenzen von 1937“ bleiben werde.

Neue Offensive in Afghanistan

AFP/dpa, Islamabad

Sowjetische und reguläre afghanische Truppen bereiten nach Angaben westlicher Diplomaten in Islamabad eine neue Großoffensive auf das Logar-Tal südlich der Hauptstadt Kabul vor. Während es im strategisch wichtigen Pandschir-Tal seit Wochen relativ ruhig sei, hätten die Sowjets und die afghanische Armee nach massiven Luftangriffen auf eine Reihe von Dörfern umfangreiche Truppen in Bewegung gesetzt, um südlich von Kabul mit weiteren aus dem Norden anrückenden Einheiten zusammenzutreffen. Auch sei vom Flughafen Kabul aus eine starke Aktivität von Militärhubschraubern in Richtung Logar-Tal zu beobachten.

Madrid will den Terror politisch bekämpfen: Etarras begnadigt

Polizeiaktionen gehen dennoch weiter / Kooperation mit Frankreich greift

ROLF GÖRTZ, Madrid

Einen Tag nachdem Spaniens Innenminister Barrionuevo wieder einmal am Grabe eines von der baskischen Separatistenorganisation ETA erschossenen Polizisten stand, erbielten die ersten zwei Etarras im Madrid der Gefängnis Alcala-Meco bei Madrid ihre Entlassungspapiere. Insgesamt können 36 baskische Terroristen, denen jedoch keine „Blutverbrechen“ vorgeworfen werden, mit ihrer Begnadigung durch die Regierung rechnen.

Friedensrichter Ruiz-Jimenez, Spaniens erster Ombudsmann, hatte diese Gnadenaktion vor Monaten mit einem „Reue-Brief“ eingeleitet. Er zog einen Vergleich zu den ehemaligen Mitgliedern der italienischen Roten Brigaden, die mit der Justiz zusammenarbeiten wollen. Aber in dem Schreiben, das von insgesamt 70 Etarras unterschrieben worden ist, erscheint das Wort Reue kein einziges Mal.

Rat per Telefon

Die Etarras erklären sich lediglich bereit, ihre Waffen – Maschinenpistolen, Handgranaten und Sprengkörper – niederzulegen, wenn auch nicht auszuliefern. Sie erklären ausdrücklich, daß sie ihre „politischen Ziele“ – also die Diktatur der marxistisch-leninistischen Volksrepublik – auch in Zukunft, nur eben mit anderen Mitteln, weiter verfolgen werden. Barrionuevo richtete außerdem eine besondere Telefonnummer ein, über die jeder Etarra, der aussteigen möchte, beraten wird. Allerdings, das Telefon wird nur „recht tropfenweise“ benutzt, wie der Minister enttäuscht feststellte.

Er ist ehrlich genug, seine persönliche Skepsis über die Resozialisierung von Terroristen, die seit der Demokratisierung Spaniens 400 Menschen töteten, zuzugeben. „Es scheint nicht einfach zu sein, die Maschinenpistolen mit der Mauerkrücke zu tauschen“, sagte er nach langen Gesprächen mit mehreren Etarras in verschiedenen Gefängnissen. Dennoch befürwortet er die Doppelgleisigkeit polizeilicher Kampfmaßnahmen und politisch bedingter Gnadenweise.

Die Regierung in Madrid glaubt sich dieses Entgegenkommen erlauben zu können, seit die Anweisungen aus dem Hauptquartier der ETA in Südfrankreich an ihre in Spanien operierenden Kommandos nervös werden: „Macht was ihr wollt, aber macht was; sonst machen die mit uns Schluß“, stand in einer dieser Anweisungen, die die Polizei nach einem Feuergefecht bei einem Etarra fand. Seit sie von französischer Seite unterstützt werden, rieben spanische Sondereinheiten mehrere ETA-Kommandos auf. Ohne zu zögern schossen Polizisten vier Mann eines schwerbewaffneten ETA-Kommandos zusammen, als sie sich in einem Schlauchboot von Frankreich kommend der Hafeneinfahrt von Pasajes in der Nähe der Grenze näherten.

Die Aussicht, diesen von beiden Seiten erbarmungslos geführten Kampf zu beenden, stieg jedoch erst mit der Bereitschaft der französischen Regierung, die spanische Polizei zu unterstützen. Der baskischen Presse teilten ETA-Terroristen aus Frankreich mit: „Die dramatische Situation der baskischen Flüchtlinge, die ständigen Überfälle der parapoli-

zeischen GAL, die Ausweisung und Festnahme von Dutzenden von Flüchtlingen durch die Pariser Regierung hat eine wirklich unerträgliche Situation geschaffen.“

Mehrere französische Minister äußerten sich bei Besuchen in Madrid zu dem ETA-Problem: „Terroristen gegen ein demokratisches System sind vor dem Gesetz keine Flüchtlinge, sondern Gewalttäter, die das Gastrecht mißbrauchen.“

Für Verhandlungen

Als jetzt die belgische Regierung zwei Etarras, die dort dutzendweise Maschinenpistolen aufkauften, nach Spanien auslieferte, reagierte der baskische Landesministerpräsident Carlos Garaikoetxea betrübt und ungehalten: „Auf diese Art kann man das Problem der Gewalttätigkeit nicht lösen.“ Er ist fürs Verhandeln.

Wütend antwortete der baskische Landespartei- und sozialistische Regierungschef Txiki Benegas: „Die Etarras sollen also nach der Meinung von Garaikoetxea weiterhin frei in Europa herumspazieren, um aus einer so gesicherten Position heraus ihre Morde wie bisher ungehindert vorbereiten zu können.“ Er nannte die Äußerung Garaikoetxeas „eine Schande für die Demokratie“.

Garaikoetxea reagierte durchaus logisch. Und der baskische Unternehmenssprecher Luis Olarra sprach offen aus, was man in Madrid längst vermutet: „Garaikoetxea braucht die ETA als Argument“ – um die Trennung des Baskenlandes von Madrid und damit die staatliche Selbstständigkeit auch gegen die Verfassung vorantreiben zu können. (SAD)

Schlüter bildet sein Kabinett um

Der bisherige Finanzminister geht nach Brüssel / Streit bei den Sozialdemokraten

R. GATTERMANN, Kopenhagen

Erst wollte er seinen Posten als Finanzminister Dänemarks nur verlassen, wenn er ihn gegen den des höchsten EG-Kommissars eintauschen kann. Nun ist dies nicht mehr möglich, dennoch verläßt Henning Christophersen (44) das Mitte-Rechts-Kabinett, um nach Brüssel zu gehen. Heute ist ihm offenbar jeder Kommissionsposten gut genug. Damit verstärkt sich das Gerücht, daß der zweite Mann im Kabinett Schlüter und Vorsitzender der liberalen Venstrepartei nur ausscheidet, um sich ein besseres Privat Einkommen zu verschaffen. Kritik kommt daher auch aus den eigenen Reihen.

Mit Christophersen verliert Dänemark nicht nur einen guten Verwalter der arg strapazierten Staatsfinanzen; er macht mit seiner Abwanderung auch deutlich, wie schwach der Führungsunterbau der Liberalen ist, zumal dem einzigen Nachfolger von Forman, Außenminister Uffe Ellemann-Jensen augenscheinlich Lust und Motivation fehlen, das Amt des Parteivorsitzenden zu übernehmen. Die Entscheidung wird auf dem Parteikongreß im September fallen. Als Spitzenkandidat wird derzeit Innenminister Brita Schall-Holberg genannt. Mit ihr würde Dänemark im

merhin den ersten weiblichen Parteivorsitzenden bekommen.

Der konservative Regierungschef Poul Schlüter hat das Ausscheiden von Henning Christophersen nicht zum Anlaß eines größeren Kabinettsrevirements genommen. Damit will er offenbar bis zum Herbst warten, wenn bei der Venstre die Würfel gefallen sind. Denn traditionsgemäß bekommen die Vorsitzenden der Koalitionspartei auch einen Platz in der Regierung. Eine Umbildung wird erwartet, seit die Konservativen bei der Wahl im Januar ihre Position auf Kosten ihrer Partner, der Venstre, den Zentrumsdemokraten und der Christlichen Volkspartei erheblich stärken konnten.

Auch wenn das Finanzressort jetzt von dem Konservativen Palle Simonson, dem bisherigen Sozialminister, besetzt wird, behalten die Liberalen ihre bisherige Kabinettsstärke. Außerdem wurden das Sozial- und das Kirchenministerium neu besetzt. Schlüter wäre auch bereit gewesen, die Finanzen in liberaler Hand zu belassen, unter der Voraussetzung, daß sie von Ellemann-Jensen übernommen werden. Aber dieser fühlt sich in der Außenpolitik wohl.

Im September halten auch die Sozialdemokraten ihren Kongreß ab.

Trotz der allgemeinen politischen Sommerlaune ist in der größten Oppositionspartei bereits ein heftiger Positionskampf entbrannt. Es geht um den Posten des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, für den die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und frühere Ministerin Ritt Bjerregaard, Helle Degn vorschlug.

Als der von Männern dominierte geschäftsführende Ausschuß dann jedoch eine andere Frau, die Vorsitzende des Rundfunkrates, Birte Weiss, nominierte, bezeichnete Ritt Bjerregaard dies als „Diskriminierung“ der sozialdemokratischen Frauen. Im Grunde wird hier ein ideologisches Gefecht ausgetragen, Ritt Bjerregaard ist Gründerin und Triebkraft im linksorientierten „Kaffeeklub“.

Im September gilt es, die Startposition für den Kampf um die Nachfolge des Parteivorsitzenden Anker Jørgensen zu beziehen. Jørgensen, kürzlich 62 Jahre alt geworden, ist auf der Suche nach einem Kronprinzen. Nach eigener Aussage sei es an der Zeit, den Übergang vorzubereiten. Daraus muß man schließen, daß er den Sozialdemokraten für die nächste Parlamentswahl, die voraussichtlich Ende 1985 oder 1986 stattfindet, nicht mehr als Spitzenkandidat zur Verfügung steht.

Schaffen Sie sich jetzt Ihre Sicherheitsreserven in Gold.

Mit Krügerrand.

Das internationale Schuldenkarussell dreht sich immer schneller. Finden die Beteiligten noch einen Ausweg? Um wieviel mehr steigt dadurch die Inflation? Hinzu kommt die Ungewißheit über die Zinsen und die Wechselkurse. Mehr Vorsicht bei der Geldanlage wird jetzt von den Banken empfohlen. Sicherheit und Liquidität sind gefragt.

Macht es da nicht Sinn, jetzt Geld in Gold anzulegen? Noch ist Gold günstig, und der Rat erfahrener Anlageberater, mindestens 5-10% des Vermögens in Gold zu investieren, hat sich auf lange Sicht immer bezahlt gemacht. Denn Gold hat sich in schwierigen Zeiten als

eine der sichersten Anlagemöglichkeiten erwiesen. Gold in Form von Krügerrand gibt Ihnen eine weitere Sicherheit dazu: Krügerrand-Goldmünzen sind Bestandteil des internationalen Goldhandels und sind deshalb nicht nur langfristig sicher, sondern auch kurzfristig liquide. Mit verschiedenen Größen - 1, 1/2, 1/4 und 1/10 Unze - erlaubt er Ihnen darüber hinaus eine Wertanlage nach Maß.

Sie erhalten Krügerrand mit einem äußerst geringen Handelsaufschlag bei Banken und Sparkassen.

Fragen Sie noch heute Ihre Bank über den Aufbau Ihrer „stillen Reserve“ in Krügerrand.



Krugerrand. Ein Stück Gold. Ein Stück Sicherheit.

Wir haben die traurige Pflicht, den Tod unseres hochverehrten Senior-Gesellschafters

Dr. Heinrich Riensberg

19. Februar 1896 - 16. Juli 1984

bekanntzugeben.

In dankbarer Erinnerung trauern wir um eine große Persönlichkeit, die über viele Jahrzehnte die Geschicke unserer Firma maßgeblich beeinflusst hat.

Die Trauerfeier hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Hamburg, im Juli 1984

Gesellschafter, Geschäftsführung
und Mitarbeiter der Firma
ERNST RUSS

Am 16. Juli 1984 verstarb Herr

Dr. Heinrich Riensberg

im Alter von 88 Jahren.

Der Verstorbene gehörte von 1955 bis 1975 dem Aufsichtsrat der Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG und von 1962 bis 1978 dem Aufsichtsrat der Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-AG an. Ausgezeichnet durch ein fundiertes Wissen, ein abgewogenes Urteil und durch seine menschlichen Eigenschaften, war er uns ein kluger Ratgeber und guter Freund.

Das Andenken an Herrn Dr. Riensberg wird in unserem Hause lebendig bleiben.

Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG
Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-AG
Aufsichtsrat und Vorstand

Der Verband Deutscher Reeder trauert um

Dr. Heinrich Riensberg

Dem Verstorbenen kommen herausragende Verdienste für den Wiederaufbau der deutschen Seeschifffahrt zu. In den schwierigen Jahren 1946 bis 1951 und erneut im Jahre 1956 stand Heinrich Riensberg als Vorsitzender an der Spitze des Verbandes Deutscher Reeder. Seinem abgewogenen Urteil, seiner Unerschrockenheit, seiner Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für die Gesamtheit der deutschen Reeder und seiner beispielhaften Entschlußkraft ist es wesentlich zu danken, daß der deutschen Handelsflotte nach dem Kriege der Wiedereintritt in die Weltseeschifffahrt gelang. Die deutschen Reeder haben mit Heinrich Riensberg einen bedeutenden Repräsentanten verloren. Wir gedenken seiner großen Persönlichkeit mit Respekt und Dankbarkeit.

Verband Deutscher Reeder
Präsidium Geschäftsführung

Wir trauern um Herrn

Dr. Heinrich Riensberg

der seit Gründung unserer Bank im Jahre 1948 bis 1966 stellvertretender Vorsitzender unseres Aufsichtsrats und danach bis 1978 stellvertretender Vorsitzender unseres Verwaltungsrats war. Dem Aufsichtsrat der Deutsche Schiffspandbriefbank AG, Berlin/Bremen, gehörte er von 1941 bis 1950 an.

In den nahezu vierzig Jahren war Herr Dr. Riensberg unseren beiden Banken als kluger Ratgeber freundschaftlich verbunden. Sein hanseatischer Geist, seine menschliche Haltung und sein unbeugsamer Wille werden uns stets Vorbild bleiben.

Wir werden Herrn Dr. Riensberg als einen der großen Repräsentanten der deutschen Seeschifffahrt in dankbarer Erinnerung behalten.

Bremen, im Juli 1984

Aufsichtsrat, Verwaltungsrat und Vorstand
der
DEUTSCHE SCHIFFFAHRTSBANK
Aktiengesellschaft
und
DEUTSCHE SCHIFFSPFANDBRIEFBANK
Aktiengesellschaft

Wir betrauern das Ableben von Herrn

Dr. jur. Heinrich Riensberg

geb. 19. 2. 1896

der dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft von 1948 bis 1971 angehörte.

Seiner Tatkraft und seinem Einsatz verdankt der Germanische Lloyd - besonders in den Jahren nach dem Kriege - entscheidende Impulse für den Wiederaufbau.

Wir werden das Andenken von Herrn Dr. Riensberg stets in Ehren halten.

Germanischer Lloyd
Aufsichtsrat und Vorstand

Am 16. Juli 1984 verstarb

Dr. Heinrich Riensberg

der zu den großen Baumeistern des Wiederaufbaus der deutschen Seeschifffahrt nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte und der sowohl als Vorsitzender und Mitglied unseres Aufsichtsrates wie auch als Reederpräsident den Unternehmen Hamburg-Amerika Linie und Norddeutscher Lloyd sowie Hapag-Lloyd AG wesentliche Impulse vermittelt hat.

Mit seiner Familie und seinen Reederpartnern trauern wir um eine großartige und unvergessliche Persönlichkeit, deren unverbrüchliche Haltung in Kriegs- und Vorkriegswirren und deren Wille zum Neubeginn nach dem Kriege Vorbild bleiben werden.

Hapag-Lloyd Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat und Vorstand

Wir trauern um Herrn

Dr. Heinrich Riensberg

Gesellschafter der Firma Ernst Russ, Hamburg

der am 16. Juli 1984 im Alter von 88 Jahren verstorben ist.

Herr Dr. Riensberg war unserem Unternehmen eng verbunden. von 1962 bis 1974 als Mitglied des Aufsichtsrates. Wir werden uns stets an die Jahre gemeinsamer Arbeit erinnern und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

NORD-DEUTSCHE
Versicherungs-Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Die Trauerfeier findet auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille statt.

Nach kurzer Krankheit verstarb im 85. Lebensjahr unser Vater, Schwiegervater und Großvater

FRIEDRICH STEVES

* 11. 8. 1899 † 20. 6. 1984

Helmut und Ursula Steves
Berlin-Zehlendorf

Kurt Steves und Familie
Bonn-Mecklenheim

Die Urnenbeisetzung hat in aller Stille stattgefunden.

Für alle, die abgelegen wohnen ...

Erhalten Sie die WELT erst im Laufe des Vormittags per Post? Gehen Sie aus dem Haus, bevor die Zeitung in Ihrem Briefkasten ist? Vielleicht wäre es für Sie einfacher, sich auf dem Wege in die Stadt an einem Kiosk täglich Ihr WELT-Exemplar abzuholen. Das Scheck-Abonnement der WELT ist dafür vorteilhaft.

Für alle, die viel unterwegs sind ...

Heute in München, morgen in Hamburg, übermorgen in Frankfurt, Bonn oder Berlin. Sieht so Ihr Terminkalender aus? Dann ist das Scheck-Abonnement der WELT wie geschaffen für Sie.

Für alle, die im Inland Urlaub machen ...

Planen Sie für die nächste Zeit eine Reise? Eine einfache und preisgünstige Art, auch unterwegs die gewohnte Zeitung zu bekommen, ist das Scheck-Abonnement der WELT.

Für alle, die eine Geschenk-Idee suchen ...

Wollen Sie einem Studenten, einem tüchtigen Lehrling, einem Soldaten, einer Jugendgruppe oder irgendeinem jungen Verwandten eine Freude machen? Das Scheck-Abonnement der WELT ist auch hierfür hervorragend geeignet.

Das Scheck- Abonnement der WELT

Es ist eine moderne, einfache und preisgünstige Art, eine Zeitung zu beziehen. Es bietet die Vorteile des Kaufs an einem beliebigen Kiosk zu den Bedingungen des Abonnements: Sie kaufen von der WELT Gutscheine zum Preis von je DM 25,60. Jedes Gutscheineheft enthält 21 Werktags- und 5 Samstags-Gutscheine. Die Gutscheine sind mehrere Monate gültig und können an jeder der rund 20.000 inländischen WELT-Verkaufsstellen eingelöst werden. Sie erhalten die WELT also dann und dort, wann und wo Sie wünschen.

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36,
Telefon: 347 42 05

Bestellschein

Bitte ausfüllen
und einsenden an:

DIE WELT, Vertriebsabteilung,
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

☐ Bitte schicken Sie mir ab _____ bis auf Widerruf monatlich _____ Expl. des Gutscheinehefts für ein Scheck-Abonnement der WELT zum Preis von je DM 25,60.

Für die Bezahlung werde ich Ihre Rechnung ab, die meine Kunden-Nummer sowie alle Angaben über die Zahlungsweise bzw. das Lastschrift-Einzugsverfahren enthält.

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Beruf:

Telefon:

Datum:

Unterschrift:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift:

Briefe an DIE WELT

DIE WELT; Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Stiftungs-Tod?

„Warum heisst es, dass die Stiftungstod ist“, GEISTIGES WELT vom 7. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren, von hoher Warte aus beleuchtet Hermann Löhbe in der „GEISTIGEN WELT“ vom 7. Juli 1984 „Probleme und Chancen der wissenschaftlichen Elitenebene“. Dabei kreidet er „dem Elitensinn der Finanzbehörden“ mit Recht an, die notwendige Kapitalerhaltung durch Verwendung eines Teils der Erträge des Kapitals bei Stiftungen zu verhindern. Der Vorwurf muß meines Erachtens noch weiter ausgedehnt werden. Die meisten Stiftungsaufsichtsbehörden

verlangen sogar die Verwendung der Wertberichtigungen - etwa infolge Kurssteigerung von Wertpapieren - für die laufenden Stiftungsaufgaben und verurteilen damit die Stiftungen dazu, ihr Vermögen im Zuge der Geldentwertung zeitweise nur geringfügig, in Zeiten starker Inflation aber rapide aufzubrauchen.

Diese Praxis der Stiftungsaufsicht bedarf meines Erachtens dringender Überprüfung, ggf. durch die Verfassungsgerichte.

Dr. Ludger Baumeister, Münster

Neu? - Schon sehr alt!

„Abgesammelter Baurecht“, WELT vom 18. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren, zu Ihrem o.g. Bericht und dem vom Forschungsministerium favorisierten neuen Bus-Antriebsystem darf ich darauf hinweisen, daß diese Art kombinierten Antriebs (ein Verbrennungsmotor plus diverse Elektromotoren an den jeweiligen Achsen) schon sehr alt ist! Kein anderer als Porsche hat dieses System bereits im 1. Weltkrieg (!) für schwere Zugmaschinen der österr.-ungarischen Armee, z. B. für den Transport der damals schweren Mörser, erfunden und damit den Transport des schwe-

ren Geräts auch mit vielschigen Transportfahrzeugen ermöglicht. Durch Abkoppelung der mit diesen E-Motoren betriebenen Anhänger und Verbindung zum Generator-Motor mit längeren Kabeln konnten sogar z. B. Brücken überquert werden, die ansonsten die Belastung durch das Gesamt-Fahrzeug nicht ausgehalten hätten. Es ist doch verwunderlich, daß dieses in der Tat geniale und so bewährte System offensichtlich ganz in Vergessenheit geriet.

Mit freundlichen Grüßen
W. Scharnagl
Bonn 2

Egoistische Schnoddrigkeit

„Pro extinctions“, WELT vom 18. Juli

Herrn Schell für seinen offenen, informativen und sachlichen Beitrag meine vollste Anerkennung. Meines Erachtens müßte der eigentliche Grund für die „Bagatelisierung der Abtreibung“ und die „egoistische Schnoddrigkeit“ des Gebrauchs der sozialen Indikation stärker betont werden. Ich meine, es ist die noch immer vorhandene Unwissenheit sehr vieler Mitbürger über die Existenz vor unserer Geburt.

Es ist noch nicht lange her, da glaubte man, das ungeborene Kind sei den ausgedehnten Teil seiner Zeit im Mutterleib ein unempfindliches, dumpfes, primitiv vegetierendes Wesen. Bei dieser Vorstellung wirkte Ernst Haeckels Lehrsatz aus dem

Jahre 1866 nach, der bis vor kurzem als unumstößlich galt: das sog. Biogenetische Grundgesetz, nach dem die menschliche Entwicklung im Mutterleib in verkürzter Form die ganze Stammesgeschichte der Menschen wiederhole. Wenn diese These stimmt, wäre eine Abtreibung - zumindest bis kurz vor der Geburt - in der Tat keine Tötung menschlichen Lebens, sondern nur Vernichtung eines tierischen Lebewesens.

Die Embryologie, die medizinische Lehre vom Ungeborenen, widerspricht dieser Haeckelschen These. Der Göttinger Anatom Erich Blockschmidt, der über 40 Jahre lang die Entwicklung des menschlichen Embryos studiert hat, kommt zu diesem Schluß: „Die menschliche Individua-

lität existiert in der persönlichen Entwicklung, also der sog. Ontogenese (Keimentwicklung) des Menschen, von Anfang an.“ Das aber bedeutet: Die Tötung eines Keimes, ob gerade eben erst befruchtete Eizelle oder Embryo, ob Foetus oder schon äußerlich als menschlich in aller Deutlichkeit erkennbare Leibesfrucht, ist Tötung eines Menschen. Und noch ein weiterer Gedanke sollte erwähnt werden. Die Menschen haben sich seit jeher bei auftauchenden Schwierigkeiten durch das Töten von Menschen Luft zu schaffen versucht, nachdem man sie vorher abqualifizierte. Und so gibt es auch heute viele Erwachsene, für die das Wort „Embryo“, „Foetus“ oder „werdendes Leben“ nicht zur Kennzeichnung des Alters von Menschen dient, sondern zur Feststellung, daß es sich nicht oder vielleicht noch nicht um einen Menschen handelt.

Heute lautet die Konsequenz: Wenn es gelingt, den Menschen in bestimmten Phasen seiner individuellen Existenz als „Noch-Nicht-“ oder „vielleicht bald als „Nicht-Mehr-Mensch“ abzugrenzen, dann werden viele der uns heute zunehmend bedrückenden sozialen Probleme spielend gelöst werden. Dementsprechend kennzeichnet unser Sprachgebrauch mit Begriffen wie „einen unheilbar Kranken erlösen“, „eine Leibesfrucht abtreiben“, „werdendes Leben unterbrechen“, „einen Foetus in sittlicher Verantwortung beseitigen“ in verhüllender Umschreibung den gleichen Tatbestand: die Tötung des Menschen durch den Menschen. Mit der Umschreibung wird versucht, entweder diesen Tatbestand als erlaubt hinzustellen oder aber vorzugeben, daß es sich bei dem, was da geschieht, gar nicht um Menschen, sondern um ein nicht sonderlich bedeutendes Objekt handelt.

Ehrfürcht vor dem Leben und sittliche Verantwortung vor Gott und den Menschen sind das Gebot der Stunde!

Gerhard Tesch, Rengsdorf

Endlich ein Artikel über das Problem, in dem Klarheit geschaffen werden soll. Sine ira et studio gehen Sie sachlich das Thema an. Sie schreiben: „Es wird höchste Zeit, daß Wahrheit in die Begriffe einkehrt und die Hintergründe vollständig aufgeklärt werden.“ Das kann nicht nachdrück-

lich genug betont werden. Offensichtlich ist es in der Bevölkerung nicht hinreichend bekannt, daß es sich hier um das Töten eines Menschen handelt. Vor einiger Zeit las ich in einer medizinischen Zeitschrift folgendes: Amerikanische Ärzte haben dem amerikanischen Präsidenten Reagan ein Untersuchungsergebnis zugeworfen. Bei dieser Untersuchung wurden Versuche gemacht, um das Nerven- und Schmerzzentrum ungeborener Kinder zu testen. Es stellte sich dabei heraus, daß ein Kind von 12 Wochen auf das Berühren mit einem spitzen Gegenstand insofern reagierte, als es zusammenzuckte. Daraus wurde geschlossen, daß sowohl das Nerven-zentrum wie das Schmerzzentrum in diesem Stadium bereits voll entwickelt sind. Die Folgerungen brauche ich wohl nicht zu erwähnen.

Ihnen sei Dank und Anerkennung für Ihre Ausführungen!

Dr. A. Steiner, Berlin 45

Nicht Ouvertüre

„Die Ouvertüre der Teilung Zyperns“, WELT vom 16. Juli

Was E. Antonaros schildert, war nicht die Ouvertüre, sondern waren Nachwehen der Teilung Zyperns. Diese Teilung hatte Makarios 1963/64 vollzogen, als er sich mit den Griechen Zyperns von der 1959/60 gegründeten Republik löste und ein separates griechisch-zypriotisches Staatchen gründete. Das seinen ungerechtfertigten Anspruch auf uneingeschränkte Herrschaft über die ganze Insel niemals durchsetzen konnte. Die griechische Aktion von 1974 war ein „Putsch“ nur innerhalb des griechischen Teilstaats, verbunden allerdings mit dem Versuch, die ganze Insel zu erobern.

Dr. Christian Heinze, München 2

Wort des Tages

„Nicht alles zu können, ist keineswegs schädlich. Allein solche Dinge auf sich zu nehmen, zu denen man weder Kräfte noch Geschicklichkeit hat, und sich mit Gewalt dazu zu drängen, ist schädlich und bringt obendrein großen Verdruß.“

Plutarch; griech. Historiker (46-125)

Personalien

liche Christen. Mit seiner Ernennung zum Oberkirchenrat wird von Loewenich auch Mitglied der Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

Am Sonntag begeht Bischof Heinrich Maria Janssen, der 75jährige Ende 1972 das Amt des Oberhirten der Diözese Hildesheim abgab, in Hildesheim sein 50jähriges Priesterjubiläum. Das Geheimnis seines Erfolges liegt wohl darin, daß Bischof Janssen ein Priester aus Leidenschaft ist. Er war einer der ganz wenigen Diözesanbischöfe in Deutschland, die unmittelbar aus der Seelsorge kamen.

bei einer kleinen Feier in Rottenburg Weibischof Anton Herre verabschiedet. Der 73jährige legt sein Amt als Domkapitular (Kanonikat), als Referent für Liturgie, Kirchenmusik und Orden und als Gebietsreferent der hohenlohischen Dekanate Crailsheim, Künigsau, Merkheim und Schwäbisch Hall nieder, bleibt aber weiter aktiv als Weibischof bei Firmungen und anderen Pontifikalhandlungen.

Das Rücktrittsgesuch, das der Münchner Weibischof Ernst Tewes anlässlich seines 75jährigen Geburtstages 1983 an Papst Johannes Paul II. gerichtet hatte, ist jetzt angenommen worden. Tewes wird zum 31. dieses Monats von seiner Aufgabe als Weibischof des Erzbistums von München und Freising und damit auch als Regionalbischof in der Seelsorge-region München entpflichtet. Tewes wird bis zur Ernennung eines neuen Weibischofs seine Arbeit wie bisher weiterführen.

RUNDfunk



Bischof Heinrich Maria Janssen FOTO: DPA

Darum betrachtete er auch sein Bistum immer als eine große Gemeinde. Am 9. Mai 1957 in Hannover als er - fünf Tage vor seiner Weihe zum Bischof von Hildesheim - den Treueid auf die niedersächsische Landesverfassung ablegte, hatte er erklärt: „Ich bin vor allem Seelsorger, der meist verpflichtete Seelsorger meines Bistums.“ 25 Jahre später, anlässlich seines silbernen Bischofsjubiläums erklärte Janssen, er sei ein Pastor unter Pastoren, ein Hirte, und habe niemals etwas anderes sein wollen. Zwischenzeitlich hatte er 500 000 Flüchtlingen und Vertriebenen in seinem Bistum eine neue kirchliche Heimat gegeben, 250 Kirchen bauen lassen, maßgeblich am Zustandekommen des Niedersachsen-Konkordats mitgewirkt und als erster deutscher Oberhirte nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil eine Diözesansynode durchgeführt.

Bischof und Domkapitel des Bistums Rottenburg-Stuttgart haben

Walter Ayass, Sozialarbeiter aus Karlsruhe, ist vom Rundfunkrat des Süddeutschen Rundfunks in seinem Amt als Vorsitzender dieses Aufsichtsgremiums ohne Gegenstimme wiedergewählt worden. Er vertritt im Rundfunkrat die Jugendorganisationen. Ebenfalls wieder gewählt wurde ohne Gegenstimme als stellvertretender Vorsitzender Dr. Heinz Gläsen, Vertreter der katholischen Kirche. Der 33köpfige Rundfunkrat vertritt die Interessen der Allgemeinheit, er kontrolliert die Programmgestaltung und berät den Intendanten. Außerdem genehmigt er den Jahresabschluss.

Ernst Sieglin, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Eckardt AG in Stuttgart ist im Alter von 90 Jahren verstorben. Nach dem Studium der Chemie und Betriebswirtschaft begann er seine berufliche Laufbahn bei der Doktor Thompson Seifenfabriken in Düsseldorf, deren Geschäftsführung er später angehörte. 1935 übernahm er die Eckardt AG Stuttgart-Bad Cannstatt, als deren Vorstand er viele Jahre tätig war. Im kulturellen Bereich trug er durch großzügige Förderungen und Stiftungen zum Ausbau der archäologischen Sammlungen in Württemberg bei.

Tieferschüttet betrauern wir den schmerzlichen Verlust meines langjährigen Freundes, unseres unvergessenen Mitarbeiters

Herrn Peter Schäfer

19. 5. 1929 21. 7. 1984

Prokurist des Hauses

Sein Lebensinhalt war geprägt von treuester Pflichterfüllung. Sein Charakter und seine Schaffenskraft bleiben dem Hause, dem er Vorbild ist, unvergessen.

Alle, die ihn kannten, mit ihm arbeiteten und sich ihm verbunden fühlen, werden ihm ein ehrendes und bleibendes Andenken bewahren.

Ferdinand Mühlens

Familie Mühlens

Geschäftsleitung, Mitarbeiter und Betriebsrat der Eau de Cologne & Parfümerie-Fabrik

Glockengasse

gegenüber der Pferdepot von Ferd. Mühlens

Die Exequien werden gehalten am Donnerstag, dem 26. Juli 1984, um 10.30 Uhr in der Pfarrkirche St. Cornelius in Rath-Heumar.

Die Beisetzung findet anschließend am 11.15 Uhr von der Trauerhalle des Friedhofes Rath-Heumar aus statt.

Am Samstag, dem 21. Juli 1984, verstarb nach schwerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit der langjährige geschäftsführende Arzt der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

Dr. med. Günter Schulz-Klee

Durch sein großes Fachwissen sowie seine ausgesprochene Toleranz und Fairneß hat er sich Achtung und Wertschätzung erworben.

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung trauert um Dr. Günter Schulz-Klee. Sie wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Für den Vorstand:
Dr. H. W. Muschallik

Für die Geschäftsführung:
Dr. E. Fiedler

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondenten:
Amerika: Klaus Jürgens, Berlin
Chad: Klaus Jürgens, Berlin
China: Klaus Jürgens, Berlin
Cuba: Klaus Jürgens, Berlin
DDR: Klaus Jürgens, Berlin
Frankreich: Klaus Jürgens, Berlin
Griechenland: Klaus Jürgens, Berlin
Indonesien: Klaus Jürgens, Berlin
Japan: Klaus Jürgens, Berlin
Lateinamerika: Klaus Jürgens, Berlin
Mittel- und Osteuropa: Klaus Jürgens, Berlin
Naher Osten: Klaus Jürgens, Berlin
Süd- und Südost-Asien: Klaus Jürgens, Berlin
Sowjetunion: Klaus Jürgens, Berlin
Türkei: Klaus Jürgens, Berlin
West- und Zentral-Asien: Klaus Jürgens, Berlin
Zentralafrika: Klaus Jürgens, Berlin
Zentralamerika: Klaus Jürgens, Berlin
Zentralasien: Klaus Jürgens, Berlin
Zentralafrika: Klaus Jürgens, Berlin
Zentralamerika: Klaus Jürgens, Berlin
Zentralasien: Klaus Jürgens, Berlin

ganz klar!
Notiz-Quader von KNAUER

Die besondere Adresse für Eichenmöbel

Die besondere Adresse für Eichenmöbel

Liebe ist... wenn Sie ein Kind vor dem Verhungern retten.

CCF Kinderhilfswerk

FUSSBALL

Magath kehrt zurück, auch Kaltz bereit

sid/dpa, Erbsmühle/Bruxen
Manfred Kaltz hat nach einem Gespräch mit Teamchef Franz Beckenbauer seine Bereitschaft erklärt, wieder in der deutschen Fußball-Nationalmannschaft zu spielen. Nach einem Besuch Beckenbauers im Trainingslager des Hamburger SV in Erbsmühle sagte der Verteidiger: „Wenn Beckenbauer mich braucht, spiele ich wieder.“

Schon in New York hatte der Nachfolger von Jupp Derwall die Rückkehr von Felix Magath ins Nationalteam perfekt gemacht. Beckenbauer will den Hamburger Spielermacher bereits im nächsten Länderspiel am 12. September gegen Argentinien einsetzen. „Spieler von seinem Format sind derzeit dünn gesät“, lobt der Teamchef seinen ehemaligen Mannschaftskameraden beim HSV.

In den Planungen Beckenbauers soll Magath nicht nur kurzfristig, sondern bis zur Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko eine Rolle spielen. Morgen wird Felix Magath 31 Jahre alt. „Das besagt nichts bei einem Spieler, der sich stets voll auf den Sport konzentriert hat und in seiner Lebensweise immer ein Vorbild war“, erklärt Beckenbauer.

Karl-Heinz Rummenigge hat derweil seine Arbeit bei Inter Mailand im Südtiroler Trainingslager in Bruxen aufgenommen. Insgesamt, so Rummenigge, sei er wohlwollend aufgenommen worden. Sein Zimmer in Bruxen teilt er mit dem Iren Liam Brady. „Mit ihm kann ich mich auf Englisch unterhalten“, sagt er. Und bei den anderen Teamkameraden? Rummenigge: „Da wurschte ich mich mit Händen und Füßen durch.“ Dabei hat er aber schon erfahren: „Der Hansi Müller war nicht sonderlich beliebt innerhalb des Teams.“ 15 Treffer hat Rummenigge den Fans in der nächsten Saison versprochen. Er sagt: „In der Bundesliga habe ich nie weniger als 20 Treffer erzielt.“

STANDPUNKT

Neue Rolle

Barry Sheene, der ehemalige englische Motorrad-Weltmeister, hat ihn stets „das Motorrad-Tier“ genannt, und die bewundernde Erklärung gleich mitgeliefert: Kenny Roberts könne nichts anderes als Motorradfahren, er sei eben stupide.

Jener Kenny Roberts, inzwischen 34 Jahre alt, war dreimal Weltmeister und gewann 24 Grand-Prix-Rennen. Im letzten Jahr verabschiedete er sich von der Weltmeisterschafts-Szene, nun trat er endgültig zurück. Roberts wird auch in den Vereinigten Staaten ab sofort keine Rennen mehr fahren. Der Grund: der inzwischen von seiner Frau Patty geschiedene Roberts hat das Sorgerecht für seine beiden kleinen Kinder erhalten. So etwas nimmt einer, der sich angeblich nur fürs Motorradfahren interessiert, überaus ernst. Wie könne er das Sorgerecht annehmen, wenn er ständig in Gefahren leben müßte? Also keine Rennen mehr.

Die Rennen habe er ohnehin nur zu zwei Zwecken gebraucht: Um nicht im Gefängnis zu landen und um genug Geld zu verdienen für ein Leben ohne Motorrad. Die Sache mit dem Gefängnis: Roberts hat schon mit 15 Jahren versucht, seine Schule in die Luft zu sprengen. Daraus wurde nichts, das Gebäude brannte nur lichterloh. Dem Schul-Attentat folgten ähnliche Taten - bis zum 18. Lebensjahr. Dann wurde Roberts Motorrad-Profi. Nun diszipliniert er sich für eine neue Rolle.

NACHRICHTEN

Plessers nach Hamburg

Erbsmühle (sid) - Gerald Plessers, belgischer Fußball-Nationalspieler von Standard Lüttich, wird wahrscheinlich ab 2. Januar 1985 beim Hamburger SV spielen. Plessers, der in den belgischen Fußball-Skandal verwickelt war und für ein halbes Jahr international gesperrt ist, trainierte schon beim HSV im Trainingslager Erbsmühle.

Präsident Mast droht

Braunschweig (sid) - Günter Mast, Präsident des Fußball-Bundesligaklubs Eintracht Braunschweig, überlegt, ob er auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung die Vertrauensfrage stellen soll. Als Begründung gibt Mast an, die Amateur-Abteilungen würden bei seinem Sparkurs nicht konsequent mitziehen. Die Verbindlichkeiten des Klubs betragen derzeit 5,5 Millionen Mark.

Große Karten-Nachfrage

Stuttgart (sid) - Der deutsche Fußballmeister VfB Stuttgart konnte schon vier Wochen vor dem Bundesligastart 7200 Dauerkarten verkaufen. In der letzten Saison waren es etwa 7000. Das Spiel gegen den Pokalsieger Bayern München wurde endgültig auf den 5. September (ursprünglich 29.9.) vorverlegt.

Archibald für Maradona

Madrid (dpa) - Der spanische Fußballklub FC Barcelona verpflichtete für den Argentinier Diego Maradona, der zum AC Neapel wechselte, den Mittelfeldspieler Steve Archibald von Tottenham Hotspur. Die Spanier bezahlten eine Ablösesumme von 3,5 Millionen Mark. Archibald, der einen Dreijahres-Vertrag erhält, kassiert im Jahr 350 000 Mark.

16-jähriger Turniersieger

Brookline (dpa) - Der 16-jährige Amerikaner Aaron Krickstein ist der jüngste Gewinner in der 57-jährigen Geschichte der amerikanischen ProfiTennis-Meisterschaften. Der an Nummer sechs gesetzte Amerikaner besiegte im Finale in Brookline (Massachusetts) den Argentinier Jose Luis Clerc mit 7:6, 3:6, 6:3.

Jelen besiegte Elter

Kitzbühel (dpa) - Der Neusser Eric Jelen besiegte beim Tennis-Turnier in Kitzbühel den Essener Peter Elter mit 6:2, 6:2 und erreichte damit die dritte Runde. Dagegen hatte Hans-Jörg Schwär (München) keine Chance gegen den Amerikaner Kim Warwick und unterlag mit 3:6, 4:6. Schwär hatte im Vorjahr als Qualifikant das Halbfinale erreicht.

Hagen übernimmt Führung

Travemünde (sid) - Der frühere Starboot-Weltmeister Alexander Hagen aus Lübeck übernahm nach der zweiten Wettfahrt der 95. Travemünder Segel-Woche die Führung im Gesamtklassement. Mit seinem Vorschoter Thomas Büchel gewann Hagen die zweite Wettfahrt bei idealen Bedingungen auf der Ostsee.

ZAHLEN

FUSSBALL
Freundschaftsspiele: Waldhof Mannheim - SV Kuppenheim in Rastatt 7:1 (3:0), SSV Ulm - VfB Stuttgart 3:1 (0:0), FC Lauda - Arminia Bielefeld 2:1 (1:2), Karlsruher SC - Offenburger FC 1:0.

TENNIS
Grand-Prix-Turnier in Boston, (Finale): Krickstein (USA) - Clerc (Argentinien) 7:6, 3:6, 6:3.

GEWINNQUOTEN
Letzte: Rang 1: 2 776 293,00 Mark, 2: 106 780,70, 3: 9673,50, 4: 150,10, 5: 10,90, 6: 996,00, 7: 528,10, 8: 6 aus 45, 9: 1 unbez. Jackpot: 528 902,15, 2: 39 859,20, 3: 5935,70, 4: 103,40, 5: 8,80 - Rennquoten: Rennen A: 1: 484,90, 2: 205,80, Rennen B: 1: 103,40, 2: 43,00, Kombinations-Gewinn unbez. Jackpot: 284 540,60, (Ohne Gewähr)

Mary-Darling und die Angst vor dem Ruhm

M. HÄGELE, Los Angeles

Ende April schon wurde das Unglück angekündigt. „Ich kann ihre Erregung mit den Fingern spüren. Sie fühlt zu viele Menschen kummern sich um sie. Sie könnte jetzt jemanden niederschlagen.“

Rich Phaigh hiest mit seinen Händen seit Jahren und täglich eine Stunde in den Muskeln ihrer Majestät. „Queen Mary“. Nicht anders wird Mary Decker, die Weltmeisterin über 1500 und 3000 Meter, in den Überschriften der amerikanischen Zeitungen angesprochen.

Eine Kostprobe vom 24. Juni: „Wenn die Olympischen Spiele nicht Carl Lewis gehören, dann gehören sie Königin Mary.“ Ellenlang führte der Kolumnist Jim Murray in der „Los Angeles Times“ dann über Mary Deckers Überlegenheit aus: „Wenn Mary läuft, sind das zwei Rennen. Eines findet vorne statt, das heißt Decker gegen Decker, das zweite weiter hinten. Darin geht es nur noch um die Plätze.“ Der Schreiber schlug vor, daß für Mary Decker das Lied von der Einsamkeit des Langstreckenläufers neu geschrieben werden müsse, „denn Mary sieht ihre Gegnerinnen nicht, sie hört sie nicht, Mary ist immer ganz allein.“

Am Tag, an dem diese Elogie in der größten Zeitung am Ort stand, hätte sich der Verfasser jener Lobeshymne am liebsten im Wassergraben des Colosseums ertränkt, wenn er es gekonnt hätte.

Mary Decker verlor nämlich bei den Olympia-Ausscheidungen. Die souveräne Siegerin über 3000 Meter wurde tags darauf über 1500 Meter nur Zweite. Geschlagen von Ruth Wysocki.

Daß Queen Mary zum ersten Mal seit vier Jahren nicht mit Vorsprung durchs Ziel ging, konnten nur wenige begreifen.

Am wenigsten ihre Bezwingerin. „Ich habe immer auf Marys Spurt gewartet, doch er kam nicht“, erklärte Ruth Wysocki das Wunder. Ruth Wysocki war zwölf Sekunden schneller über die dreidreiviertel Runden gerannt als jemals zuvor in ihrem Leben. Seine Frau sei verrückt geworden, meinte Tom Wysocki. Später sagte er: „Ruth ist gelaufen wie ein Mann.“

Toms Meinung erhält in diesem Fall besonderes Gewicht: Erstens gehört er zu Amerikas besten 10 000-Meter-Läufern, zweitens trainiert er seine Frau und drittens hat er vor ein paar Jahren den boy-friend von Mary Decker gespielt.

Mary Deckers Statement: „Ich war müde. Sechs Rennen in fünf Tagen sind zuviel.“ Und deshalb beschloß



In vier Tagen findet in Los Angeles die Eröffnungsfest statt. Heute berichtet die WELT über die zweimalige Weltmeisterin Mary Decker.

Mary Decker schon Augenblicke später, sich bei Olympia nur auf ein Ziel zu konzentrieren: „Eine Goldmedaille ist wertvoller als zwei silberne.“ Doppelsieg ade. Die Königin reichte ihre Ansprüche wieder unter die von normalen sterblichen Athleten ein.

Olympia-Boykott - dann folgt auch eine Sperre für die nächsten Spiele

dpa/sid, Los Angeles/Moskau

Mit einem riskanten Kraftakt versucht Juan Antonio Samaranch, den drohenden sowjetischen Boykott der Olympischen Spiele von Seoul abzuwenden. In Los Angeles setzt der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) im Exekutivkomitee seinen Vorschlag einstimmig durch, künftig die Olympia-Teilnahme zur Pflicht zu machen. Fernbleiben von den Spielen soll demnach in Zukunft mit Ausschluss von den nächsten Spielen bestraft werden.

Der 64-jährige Spanier nimmt mit seinem Vorhaben unabsehbare Risiken in Kauf. Noch ist völlig ungewiß, ob er für seine geplante Strafaktion gegen Boykottierer die notwendige Zweidrittel-Mehrheit der (insgesamt 87) persönlichen IOC-Mitglieder finden wird. Ein Scheitern in der Vollversammlung würde die bisher schwerste Niederlage in seiner nunmehr vierjährigen Amtszeit bedeuten. Außerdem scheint höchst fraglich, ob die internationalen Fachverbände mit olympischen Sportarten diesen Schritt mit Solidarität begleiten werden. In der Konsequenz könnte die olympische Gesetzesänderung zu einer völligen Teilung des Sports in einen Ost- und Westblock führen.

Indem der IOC-Präsident die Teilnahme-Pflicht zum obersten olympischen Gesetz erheben will, ist klar, daß er die anderen möglichen Wege der Boykott-Verhinderung nicht zu beschreiten gedenkt: Verlegung der nächsten Sommerspiele von Südkorea in ein von den Großmächten nicht umstrittenes Land oder die ständige Austragung der Spiele in Griechenland.

Wie aus der Entfernung der erkrankte Willi Daume, so raten auch in Los Angeles anwesende IOC-Mitglieder dringend von der Olympia-Pflicht ab. So der Finne Peter Tallberg: „Gerade umgekehrt müßte es sein. Das IOC müßte die Freiwilligkeit der Teilnahme unterstreichen.“ Nur durch eine solche Kür könnte der Politik das Interesse genommen werden. Olympia als Waffe einzusetzen.

Politischen Ärger gibt es weiter um den Start der 18-jährigen Leichtathletin Zola Budd. Die Vereinigung des Afrikanischen Nationalen Olympischen Komitees (ACNOA) protestier-

te in einem Brief an das IOC gegen die Entscheidung des Exekutivkomitees, der ehemaligen Südafrikanerin die olympische Starterlaubnis für Großbritannien zu geben. Beim IOC wurde das Schreiben aber lediglich als Pflichtübung ohne Konsequenzen angesehen.

Die sowjetische Presse richtete indes gestern scharfe Angriffe gegen die USA und die Olympia-Veranstalter in Los Angeles. Der amerikanischen Regierung wurde vorgeworfen, sie habe „besonders aktiv“ verbrecherische Aktionen gegen die olympische Bewegung geplant. Die „erzwungene Nichtbeteiligung“ der osteuropäischen Sportler habe den Wert der Spiele fragwürdig gemacht. Auch wurde die Gefahr von Anschlägen in Los Angeles heraufbeschworen.

Der Flaggstreit mit Moskau und die Beratungen des IOC über Pläne, die Olympia-Teilnahme künftig zur Pflicht zu machen, waren gestern keine Themen für die Moskauer Sportzeitung „Sowjetski Sport“. Anatolij Kolesow, einer der stellvertretenden Vorsitzenden des sowjetischen Sportkomitees, wies in der Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ auf westliche Presseberichte hin, nach denen die sowjetischen Sportler enttäuscht und unzufrieden darüber seien, nicht bei den Spielen in Los Angeles antreten zu können.

Die sowjetischen Sportler sind nicht enttäuscht, sondern empört über die verbrecherischen Aktionen gegen die olympische Bewegung, die besonders aktiv von der US-Regierung geplant... wurden - gestern von Carter, heute von Reagan, und morgen...? Er zweifelte nicht daran, daß „das Morgen für den Sport besonders hell sein wird, weil bereits heute die Wettbewerbe, Freundschaft 84“ eröffnet wurden.“ In den Arenen dieser Veranstaltung würden über 60 Prozent der stärksten Sportler der Welt auftreten.

Und Los Angeles? Nach einer Berechnung der westdeutschen Agentur dpa, so steht es im „Sowjetski Sport“, „werden die Zuschauer mehr als fünfzig Prozent der heutigen Weltmeister nicht zu Gesicht bekommen“. Das sei auf jeden Fall eine Folge der „erzwungenen Nichtteilnahme der Athleten aus der UdSSR und anderen Staaten“.



Freudlich begrüßt von einer amerikanischen Zollbeamtin wurde der lange Dietmar Mögenburg.

Endgültig: Willi Daume nicht nach Los Angeles

DW, München

Nun steht es endgültig fest: Willi Daume, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland und Chef der Zulassungskommission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) wird nicht nach Los Angeles reisen können. Der 71-jährige Daume hatte sich während einer Kanadareise einen fieberigen Lungeninfekt zugezogen und wird seit 16 Tagen im Klinikum Großhadern in München behandelt.

Ein NOK-Sprecher zur WELT: „Herr Daume hat immer noch mit der Möglichkeit geliebäugelt, nach Los Angeles zu reisen, doch die Chancen sind nicht gegeben. Selbst, wenn er jetzt aus dem Krankenhaus entlassen würde, könnte er die wichtigsten IOC-Sitzungen heute und morgen nicht mehr erreichen. Aber nur zum Zuschauen hinüber nach Amerika zu reisen, das würde er nie machen.“

An der Sitzung der IOC-Zulassungskommission, deren Vorsitzender er ist, konnte Daume schon nicht teilnehmen. Wichtige Tagungspunkte mußten deshalb gestrichen werden. Sie sollen nun im September bei einer IOC-Sitzung in Lausanne nachgeholt werden. Daume hatte zwar in München den behandelnden Ärzten anfangs immer wieder versucht klarzumachen, daß er unbedingt nach Los Angeles müsse und daß er ohnehin noch nie in seinem 71-jährigen Leben ernsthaft krank gewesen sei - doch er hatte damit keinen Erfolg. Ein NOK-Sprecher: „Mittlerweile haben es die Ärzte nicht mehr ganz so schwer mit ihm.“

Als Athleturist hatte Daume übrigens im Jahre 1932 auf einer Studienreise durch die Vereinigten Staaten die Abschlusfeier der Olympischen Spiele von Los Angeles erlebt. Dieses Schlüsselereignis prägte sein ganzes späteres Leben als Olympier.

Mögenburg: „Endlich die lang vermisste Sonne“

Nach mehreren kleinen Abschlüssen hat mit 200 Athleten und Betreuern nun auch die größte Gruppe der deutschen Olympia-Mannschaft Los Angeles erreicht. Während sich die Handballteams der Männer und Frauen, Judo, Boxer, Radfahrer und die letzten Ruderer der umständlichen Akkreditierungsprozedur unterzogen, reisten die Leichtathleten gleich weiter: Vor dem Einzug ins olympische Dorf schlugen sie im südkalifornischen Irvine noch ein Trainingslager auf. Entgegen der ursprünglichen Planung - flog auch Hochspringer Dietmar Mögenburg in die USA. „Ich brauche jetzt die lange vermisste Sonne“, begründete der Europarekordler die Umbuchung.

Berufung: * Erhard Gieger, ehemaliger Kunstturn-Weltmeister am Reck, wurde drei Jahre nach seinem Rücktritt vom Leistungssport auf dem Kongress des Internationalen Turnverbundes (FIG) ins Technische Komitee gewählt.

Schweigen: Die Bitte Israels, bei der Eröffnungsfest eine Schweigeminute für die elf Opfer des Attentats von 1972 in München einzulegen, ist beim Organisationskomitee auf Ablehnung gestoßen. Die Ausrichter fürchten, die arabischen Länder und mit ihnen befreundete Mannschaften könnten die Eröffnungsfest boykottieren oder vorzeitig verlassen.

Aufgebot: Mit 597 Athleten (Maximalzahl) hielten die Amerikaner bei den Olympischen Spielen in ihrem Heimatland die mit Abstand stärkste Mannschaft auf. Hinter den USA folgen Kanada (440), Deutschland (412) und Großbritannien (370). An fünfter Stelle rangiert Italien mit 314 Teilnehmern vor China (300 geschätzt), Japan (260) und Frankreich (232).

Dopingtest: Rund 1500 Urinproben muß das für zwei Millionen Dollar eingerichtete Doping-Labor in Los Angeles während der 15 Wettkampftage analysieren. Erstmals wird neben den Medallengewinnern auch der Viertplatzierte zur Dopingprobe gebeten. Ebenfalls neu ist die Suche nach dem körpereigenen Hormon Testosteron und Koffein.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wetten, daß... Sie zu viel Miet- bzw. Wartungsgebühren für Ihre Fernsprechanlage bezahlen?
Beratungsgesellschaft für Fernmelde-
Bürokommunikationssysteme-Personal-
und Unternehmensberatung mbH

Unser Dienstleistungsangebot:

- Wir sind ein Spezialistenteam, das auf eine in mehr als 20 Jahren mit der technischen Entwicklung gewachsenen Erfahrung hinweisen darf.
- Produktneutrale Beratung sämtlicher Kommunikationsysteme. Die Beratung erstreckt sich von der Bedarfsanalyse über die Auswahl der sinnvoll notwendigen Systeme mit Preis-, Leistungs-, Kosten-, Nutzenvergleich bis zur Überwachung der Inbetriebnahme durch den Lieferanten.
- Diese Aufgaben übernehmen hochqualifizierte Mitarbeiter wie zum Beispiel Dipl.-Informtiker - Dipl.-Mathematiker - Betriebswirte. Die Mitarbeiter verfügen über eine langjährige Berufserfahrung und das entsprechende Know-how.
- Wenn Sie das vorhandene Kommunikationssystem ändern, erweitern oder gar erneuern wollen, nutzen Sie unser Know-how.
- Beschaffung von techn. Vertriebspersonal.
- Nehmen Sie mit uns Verbindung auf, sprechen Sie mit uns.

5216 Niederkassel-Rheide, Oberstr. 71-77, Postfach 1162, Tel. 0 22 08 / 40 88, Telex 220 831

Profitable Firma zu verkaufen
Ein-Mann-GmbH, Handel-Umweltschutz, 1,2 Mio. Umsatz, steigend, ca. 40 % Gewinn, fester Kundenstamm, wegen Auslandsarrangements ganz oder anteilig abzugeben, inkl. Büro (Kornfeld-Einfamilien-Haus), VB DM 1,6 Mio. gegen Kapitalnachweis. Raum Siegenland.
Angebote erbeten unter H 8448 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing.
freier Architekt, mit Geschäftssitz in Stuttgart, übernimmt Ihre Interessenvertretungen.
Ang. u. F 8314 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wir suchen einen verantwortungsvollen **PARTNER** mit Einkommensverstellungen von mehr als **7.500 DM mon.** zur Entwicklung einer **FINANZAGENTUR**
Wir vermitteln u. a. Schweizer Darlehen ab 2,5%, 100% Auszahlung.
Etwas Eigenkapital erforderlich.
CREDIT-FINANZ
47 Hamm 1, Badhoevedt, 49
Telefon 0 23 81 / 57 72

MAKLER
US-\$ 57 500 bis 202 000
Eine Kapitalanlage von \$ 12 500 bringt Ihnen diese Rendite innerhalb von 10 bis 30 Jahren mit fortlaufenden Gewinnen über Jahrzehnte. Diese basieren auf jährlichen Schätzungen der Reinen der Vereinigten Staaten. Diese Hochrechnungen wurden von einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Zusammenarbeit mit einer europäischen Firma geprüft, die sich mit der Erstellung von Analysen beschäftigt. Hohe Provisionen und Eigenkapitalbeteiligung warten auf jene Makler, die für uns geeignet sind. Informationsmaterial in Englisch, Französisch, Deutsch und Arabisch erhältlich. Anfragen von Investoren sind uns willkommen.
Setzen Sie sich mit uns in Verbindung.
GLOBE PLAN S. A. - Av. Mon-Repos 24 - CH-1005
Lausanne (Schweiz), Tel. (00 41 21) 22 35 12, Telex: 23 185 MELIS CH

Im Auftrag eines Kunden suchen wir **Abnehmer (Einkäufer) für Lebensmittel**
(Gewürzgurken, Senf, Ketchup, grüne Erbsen, grüne Bohnen, Mohn, Honig, Eierpulver, Kompott, Fruchtjam, Obstkonzentrat, Salzstange, Salzbrezel, Geflügel etc.)
Nähere Auskünfte: **Fa. EXIMOR**
Spiegelgasse 5, 8400 Regensburg
Telefon 09 41 / 5 38 62 / 5 84 44

Warum suchen Sie Ihre ausländischen Geschäftspartner selbst?
Wir sind darauf spezialisiert, Geschäftskontakte für Anbieter und Käufer im In- und Ausland herzustellen.
Unsere Aktivitäten helfen Ihnen, Vertriebswege und Einkaufsquellen wirtschaftlich zu gestalten.
Sollten Sie Interesse an unserer Problemlösung haben, so schreiben Sie unter T 8324 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

VERTRETUNGEN GESUCHT!
Junges aufstrebendes Unternehmen auf dem Gebiet Wasseraufbereitung, Umweltschutz, Sonderanlagen für Holzindustrie und Kunststoff-Technik sucht mehrere gut eingetragene Vertretungen.
Bewerbungsunterlagen erbeten unter R 8300 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MANAGER
Spezialist für schwierige Aufträge, u. a. Vermögensanlagen, Verwalter von Immobilien auch i. Ausld., Problemlösungen, Unternehmensberatung, Kurierdienste, Serbische Abwicklung.
Anf. u. H 8318 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Niederländische Handelsvertretung
(Import/Export) sucht für den Verkauf in Holland Kontakt zu deutschen Firmen. Ang. unt. G 8315 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsmann
ist in der Zeit vom 29. 12. 84 bis 10. 1. 85 in Indien.
Übernahme noch Kurierdienste. Anfragen unter Postfach 3521, 6520 Erlangen.
Fa. Import-Versand

Es werden für verschiedene Verkaufsbezirke noch vergeben.
Es handelt sich um die **Dr. Danoli HAUT + HAAR-Produkte** welche als beste Erfindung des Jahres 1983 mit den höchsten Auszeichnungen primiert wurden.
Mit diesen Produkten wird eine absolute Marktlücke geschlossen. Es gibt nichts Vergleichbares auf dem kosmetisch-medizinischen Sektor. Es wollen sich nur Bewerber schriftlich melden, welche über a) Erfahrungen im Direktverkauf verfügen oder b) nach gründlicher Einschätzung sich für diese Tätigkeit qualifizieren und c) für die Übernahme eines 1. Warenlagers geeignet erscheinen.
AVARIS, Kosmetisch-Medizinische-Produkte-Gesellschaft mbH + Co. KG, 8000 München 86, Arabellstr. 30 (Neu Bayer Versicherungsbau) Telefon 0 89 / 51 501-13

Kaufen (fast) alles, wenn der Preis stimmt.
Handelsgüter, Vertriebs-
Schulung GmbH
Bismarckstr. 11, 4100 Essen
Telefon 0 20 1 / 2 1 2 1 2 1

Vertrieb
Kaufmann mit Vertriebs-
erfahrung baut für Sie einen Direkt-
vertrieb in Berlin und Nord-
deutschland (Raum Hannover/
Hamburg) auf. Bereich: Lebens-
mittel, Nahrungsmittel, Vitaminpro-
dukte, biolog. umweltfreundl.
Produkte.
Angebote unter U 8325 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Wir suchen per sofort
Vertriebsmitarbeiter od. Vertreter
die bei Architekten, Baufirmen,
Malerfirmen und Fortbewer-
stern bestens eingeführt sind
höchste Verdienstmöglichkeiten
werden geboten.
Firma Radke & Koch
Hauptstr. 45-47
8011 Regensburg
Tel. 0 90 91 / 91 88 od. 44 20

Übernahme für Sie
Elbe-Wasser-Direkt
Beratung, Organisation, Verkauf
und Service.
BAGA, Postf. 1234
2140 Bremerhaven

Polizeibeamter
 sucht mangels Aufstiegschancen,
 äquivalenten Job bei Privat oder Wirt-
 schaft z. nächstmögl. Termin. Be-
 sondere Erfahrung im Personen-
 und Objektschutz vorhanden.
 ng. u. F 8445 an WELT-Verlag,
 Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Neues Programm zu Bekämpfung der Kriminalität

STEFAN HEYDECK, Bonn
Bei der Kriminalitätsbekämpfung will die CDU/CSU der Vorbeugung und Prävention auf dem gesamten Polizeigebiet einen deutlich höheren Stellenwert geben. Dahinter steht, daß sich die Zahl der Straftaten innerhalb der letzten 15 Jahre mehr als verdoppelt hat. Dabei ging gleichzeitig die Aufklärungsquote zurück. So wurden allein im letzten Jahr 4,3 Millionen Straftaten registriert, von denen rund 45 Prozent aufgeklärt wurden. Die Kriminalitätsbelastung (Straftaten pro 100 000 Einwohner) lag 1983 bei 7000. Im Jahr 1967 betrug sie noch 3000.

Dazu meinte der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Karl Miltner in einem WELT-Gespräch, die Polizei habe zwar in „absoluten Zahlen“ mehr Delikte aufgeklärt. Prozentual sei aber eindeutig ein Rückgang zu verzeichnen. Die Union trete deshalb dafür ein, daß an den Schulen zum Beispiel innerhalb des Sozialkunde- und Geschichtsunterrichts mehr Rechtskunde gelehrt werde. Es gehe um die „Wertevermittlung“, Miltner: Die Verwischung von Recht und Unrecht muß abgebaut werden. „Hier seien natürlich, in erster Linie, die Eltern gefordert, aber auch der Staat könne so über die Schulen einwirken.“

Außerdem sollten nach schwedischem Vorbild in den Kommunen „Räte für Verbrechensbekämpfung“ errichtet werden. In ihnen sollten Vertreter der Wohlfahrtsverbände, Jugendämter, Polizei, Gerichte und Verwaltung zusammenarbeiten. Sie könnten aufgrund ihrer lokalen Kenntnisse zum Beispiel Hinweise geben, welche Gegenden wegen der Infrastruktur besonders kriminalitätsgefährdet sind und mit welchen Maßnahmen eine Eindämmung möglich sein könnte. Ähnlich wie die Polizei Unfallschwerpunkte aufweist, könnte ein solcher Rat Kriminalitätschwerpunkte ermitteln.

Weiter fordert die CDU/CSU nach den Worten von Miltner, daß sich die Gerichte „stärker den Opfern zuwenden“ sollten. So solle Wiedergutmachung und Schadenersatz gegenüber der Strafe „mehr in den Vordergrund gestellt werden“. Die Stellung der Opfer von Verbrechen solle im Prozeß gestärkt und ihr Schutz vor Bloßstellung erhöht werden.

Um Polizei und Gerichte zu entspannen, tritt die Union laut Miltner dafür ein, daß die Kleinkriminalität „mehr formelmäßig abgewickelt wird“. In Baden-Württemberg seien mit einem solchen Modell bereits positive Erfahrungen gemacht worden. Es solle jetzt „auf breiter Front ausprobiert“ werden.

Neben diesen Schwerpunktforforderungen hat die CDU/CSU einen 34-Punkte-Katalog für eine bessere Kriminalitätsbekämpfung erarbeitet.

Bonn: Der Iran streckt Fühler nach Moskau aus

Teheran will offensichtlich „Ring der Isolation durchbrechen“

kr. Bonn
Bundesaußenminister Genscher hat bei seinen Gesprächen mit führenden Mitgliedern des Khomeini-Regimes in Teheran den Eindruck gewonnen, daß der Iran seit dem Frühjahr Fühler nach Moskau ausstreckt, um den Ring der Isolation, der selbst fundamentalistischen Politikern drückend erscheint, zu durchbrechen. Wie am Dienstag aus dem Auswärtigen Amt in Bonn verlautete, beabsichtigt der iranische Außenminister Velayati, Moskau zu besuchen. Nachdem er im Frühjahr bereits in der bulgarischen Hauptstadt Sofia vorgesprochen hatte, entsandte er im Juni den Leiter der politischen Abteilung im Teheraner Außenamt, Fadr, mit einer Botschaft an Gromyko nach Moskau. Im selben Monat war der sowjetische Energieminister Schtscherbin in Teheran erschienen.

Der Beobachtung dieser Kontakte mißt man im Auswärtigen Amt einen Wert bei, der ausreichen soll, um die Aufwartung Genschers im Iran – es war der erste Besuch eines westlichen Außenministers nach der Revolution von 1979 und der Beseitigung der amerikanischen Botschaft – ins Licht einer begründeten Erklärung zu setzen. Nach der bisher bekannten Lesart gelten die iranisch-sowjetischen Beziehungen als frostig und gespannt. Dies kommt in der offenen Unterstützung des kriegführenden Irak zum Ausdruck, den Moskau nach längerer Unterbrechung wieder mit modernen Waffen (unter anderem SS-12-Raketen mit 800 Kilometer Reichweite) und Krediten in Milliardenhöhe ausstattet. Hintergrund für diese auffällige Option ist mit Sicherheit die Zerschlagung der kommunistischen Tudeh-Partei, deren Führer Kianuri und Genossen sich vor dem iranischen Fernsehpublikum selber als „Verräter“ darstellten hatten.

Ohwohl die Sowjets seit 1982 gegen die Kommunisten-Verfolgung diplomatisch intervenierten, dabei allerdings auf taube Fundamentalisten-Ohren stießen, hat Genscher bei seinem Besuch den Eindruck gewonnen, daß die iranische Hartleibigkeit die neuen Moskau-Kontakte nicht behindert. Da die Initiative dazu von Teheran ausgeht, sei es für die westliche Politik von Belang, durch eigene Angebote die Richtung der Teheraner Kontaktsuche zu ändern. Günstig sei die Situation insofern, als sich der Iran tatsächlich in einer schwierigen Phase des Krieges befinde. Der Wille der Mullahs, den Rücktritt des für den Golfkrieg verantwortlichen iranischen Präsidenten Sadam Hussein zu erzwingen, sei zwar umgeben, doch schaffe die Luftüberlegenheit Bagdads und der vermutlich gewaltige Blutzoll einer neuen Großoffensive Tatsachen, die in Rechnung gestellt würden.

Genschers Gesprächspartner in Teheran hoben daher auch den Ernst ihrer um mehr Verständnis bemühten Diplomatie gegenüber Saudi-Arabien und den übrigen Golfstaaten hervor, die sich von den iranischen Fundamentalisten in ihrem inneren Bestand bedroht fühlen. Der Bundesaußenminister habe verstanden, daß Teheran keinen Revolutions-Export mit Gewalt betreiben, da nach der politisch-ideologischen Lehrmeinung von Qom die schiitische Version des Islam „aus eigener Substanz“ ihre Wirkung tue. Der Abschuß eines iranischen Kampfflugzeuges durch die saudische Luftwaffe im Juni und die iranischen Erfolge im Tanker-Krieg haben in Teheran offenbar handauflegend gewirkt. Man habe Genscher versichert, daß man eine „Internationalisierung des Krieges“ im Golf vermeiden wolle. Die Saudis seien daran genauso interessiert.

Streit um US-Streitkräfte

Fortsetzung von Seite 1

hoben US-Offiziere glauben, daß es für die USA möglich sei, einen Krieg mit der Sowjetunion auch ohne Atomwaffen zu führen. Derartige Aussagen machen, eher klar, daß die Feststellungen des Kongreß-Berichtes nicht unbedingt den Tatsachen entsprechen müssen. Weinberger selbst gestand in seinem Anfang Februar 1984 veröffentlichten Jahresbericht des Pentagons ein, daß die Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte zum Beginn der achtziger Jahre „ernstlich ausgenutzt“ gewesen seien. Heute, drei Jahre später, stellt er fest, seien 39 Prozent mehr Verbände als seinerzeit als „voll oder im wesentlichen einsatzbereit“ eingestuft.

hoben US-Offiziere glauben, daß es für die USA möglich sei, einen Krieg mit der Sowjetunion auch ohne Atomwaffen zu führen. Derartige Aussagen machen, eher klar, daß die Feststellungen des Kongreß-Berichtes nicht unbedingt den Tatsachen entsprechen müssen. Weinberger selbst gestand in seinem Anfang Februar 1984 veröffentlichten Jahresbericht des Pentagons ein, daß die Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte zum Beginn der achtziger Jahre „ernstlich ausgenutzt“ gewesen seien. Heute, drei Jahre später, stellt er fest, seien 39 Prozent mehr Verbände als seinerzeit als „voll oder im wesentlichen einsatzbereit“ eingestuft.

Britische Bergleute blockieren Transporte von Eisenerz

Schlägereien und Festnahmen / Bislang 4 800 Arbeiter verhaftet

WILHELM FURLER, London
Streikende britische Bergleute haben gestern eine der größten Brücken des Landes, die Autobahn-Brücke über den Humber, mit ihren Autos blockiert. Sie führten die Wagen auf die nach Süden führenden Autobahn-Spuren und ließen sie dort stehen. Die Autobahn wird unter anderem von den Lastwagen-Kolonnen benutzt, die Eisenerz in das Stahlwerk Scunthorpe transportieren. Schon seit langem versuchen die Bergleute, das Stahlwerk in ihre Streikaktionen einzubeziehen und von der Rohstoffversorgung abzuschneiden – bisher vergeblich.

Die Polizei brauchte einige Stunden, um die Humber-Brücke zu räumen. Auch die Gegensprecher waren von den Bergleuten mit verlassenen Personenwagen blockiert worden. Wie üblich kam es zu Schlägereien und Festnahmen. In weiteren Auseinandersetzungen zwischen 600 Bergleuten-Streikposten und 500 Polizeikräften vor der Bilton-Glen-Zeche in der Nähe von Edinburgh wurden 20 Bergleute festgenommen.

Damit hat sich die Zahl der in dem

20wöchigen Streik verhafteten Bergarbeiter auf 4 800 erhöht. Bei den meisten lautet die Anklage auf Widerstand gegen die Staatsgewalt. Indessen wächst unter den konservativen Abgeordneten der Ärger darüber, daß die Einleitung der Gerichtsverfahren gegen die angeklagten Bergleute ganz offensichtlich verschleppt wird. So haben mehr als 140 konservative Abgeordnete jetzt einen Antrag im Unterhaus unterzeichnet und darin „schwerste Bedenken“ angemeldet, daß von den seit dem 10. März verhafteten 4 800 Bergarbeitern erst 656 vor Gericht gestellt worden seien.

Inzwischen läßt die Regierung Thatcher durchblicken, daß sie „freiwillige Zivilisten“ und nicht Armee-Kräfte einsetzen würde, falls Kohle von den riesigen Halden vor den Zechen zu den Kraftwerken transportiert werden müßte. Sie ist beeindruckt von den guten Erfahrungen, welche die Stahlwerke in letzter Zeit mit dem Einsatz von Lkw-Kolonnen anstelle der gewöhnlich benutzten Eisenbahnzüge für den Kohle- und Erztransport gemacht haben. Elicke

Gewaltverzicht soll konkreter gefaßt werden

hey, Bonn

Bonn und Ost-Berlin sollen sich nach Ansicht von FDP-Chef Hans Dietrich Genscher für eine Bekräftigung und Konkretisierung des Gewaltverzichts einsetzen. Eine derartige Initiative könne unterstreichen, daß die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten „europäische Friedenspolitik“ sei. Auf einer Parteiveranstaltung im oberfränkischen Bad Berneck meinte Genscher weiter, ein entsprechender Vorstoß müsse sich auf Gleichgewicht und Vertrauensbildung sowie auf Dialog und Zusammenarbeit auf breiter Grundlage stützen.

Daneben müßten sich die innerdeutschen Beziehungen auf zwei weiteren Feldern auswirken. Dabei gehe es zum einen um Verbesserungen insbesondere bei den Reisemöglichkeiten, bei der Familienzusammenführung und bei humanitären Fragen „für die Bürger in West und Ost“. Zum anderen müsse es zu Fortschritten im wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Bereich sowie beim Umweltschutz kommen.

Giscard stellt sich zur Wahl

A. GRAF KAGENECK, Paris

Valéry Giscard d'Estaing, Vorsitzender der Republikanischen Partei und bis Mai 1981 Präsident der Französischen Republik, will sich im September zu einer Nachwahl in seinem Wahlkreis Charente-Maritime in der Auvergne stellen. Er will den Platz seines bisherigen Stellvertreters Claude Wintgen einnehmen, der am 17. Juni ins Europa-Parlament nach Straßburg gewählt wurde. Gegen Giscard in der Auvergne wird der Führer des rechtsextremen „Parti National“ Jean-Marie Le Pen, sein, der sich ebenfalls aufstellen lassen will. Daher vermutet man, daß der frühere Präsident nicht gleich auf Anhieb gewählt wird, sondern in eine Stichwahl gehen muß.

USA wollen weiter Waffen verkaufen

ru, Washington

Die USA wollen Thailand, Jordanien und Ägypten weitere Waffen verkaufen und ein Trainingsprogramm für Piloten aus Kuwait starten. Dies teilte das US-Verteidigungsministerium dem Kongreß mit. Thailand soll demnach zur Verbesserung seines veralteten Luftabwehrsystems militärische Ausrüstung im Wert von rund 207 Millionen Dollar (etwa 590 Millionen Mark) erhalten. Jordanien und Ägypten erwürben für ihre US-Hawk-Luftabwehrsysteme eine Zusatzausstattung.

Ein Paradies, das Besucher aus aller Welt anlockt: Der Park von Exbury der Familie Rothschild

Der Bankier, der eigentlich ein Gärtner war

Die Zeit der Hochkonjunktur englischer Gärten fällt ins 18. Jahrhundert. Bis heute werden Kreationen von Capability Brown wie organische Museen gepflegt. Es blieb einem Mitglied der englischen Linie des Hauses Rothschild vorbehalten, auch in unserem Jahrhundert einen Garten anzulegen, der eine alte Tradition aufgreift, aber um eine ganz neue Variante bereichert. Der Bankier Lionel de Rothschild stampfte im Jahre 1919 seinen zehn Hektar großen Garten „Exbury Gardens“ praktisch aus dem Nichts: Er ließ erst einmal in großem Umfang Wald roden. Heute gilt „Exbury Gardens“, südlich von Southampton gegenüber der Insel Wight gelegen, als einer jener Paradiesgärten, die Besucher aus aller Welt anlocken.

„Kommen Sie im April, Mai oder Anfang Juni. Das ist die beste Zeit“, rief uns der älteste Sohn des Gründers, Edmund de Rothschild, der das Erbe des 1942 gestorbenen passionierten Gärtners antrat und „Exbury Gardens“ der Öffentlichkeit zugänglich machte. „In diesem Jahr hatten wir 92 000 Besucher“, sagte „Eddie“ Rothschild stolz, der nach eigenem Eingeständnis erst in reifen Jahren die Freuden der Freizeitgärtnerei entdeckte.

„Mr. Lionel“, wie sich dieser hochgeachtete, weitgereiste Bankier gerne nennen ließ, setzte eine 150 Mann starke Truppe von Gartenarbeitern ein, um Bäume roden, das Unterholz entfernen und den Boden für Blumenbeete und Zierpflanzen bereiten zu lassen. Er ließ eigens eine Bahnhöfe mit Kleinbahn anlegen, um gewaltige Felsbrocken aus einem Steinbruch für einen Steingarten anrollen zu lassen. Um die Bewässerung sicherzustellen, ließ er einen Wasserstern bauen. Wasserrohre mit Sprinkler-Anlagen durchziehen den ganzen Garten auf einer Gesamtlänge von 35 Kilometern. Fünf Tage arbeitet Lionel in seiner Londoner Bank, um am Wochenende in „Exbury Gardens“ die Arme hochzukrempeln und an seinem Garten zu dichten, der 1935 „fertig“ war. König Georg V. und Königin Mary waren die ersten königlichen Besucher. Der Prinz von Wales landete im Privatflugzeug.

In dem Film, den Edmund de Rothschild Sohn, der Filmproduzent Nicholas, diesem Gartenwunder widmete, sind große historische Augenblicke festgehalten: Man sieht, wie Königin Elizabeth, die Mutter der Queen, dort einen Baum pflanzt. Später erhebt man die Queen mit Spaten und Setzling, wie sonst nur bei

Staatsbesuchen. Aus Exbury stammen einige der schönsten Rhododendren in den Gärten der Queen. Solches Filmmaterial fand Nicholas in dem bis in die Anfänge der Filmgeschichte zurückreichenden Archiv der Rothschilds.

„Einen Film über Exbury zu machen, lag in der Luft. Wenn ich mich nicht daran gegeben hätte, hätte es jemand anders getan. Mir ging es bei diesem Projekt darum, keinen Film für Botanik-Experten zu drehen. Ich zielte auf ein Massenpublikum ab, denn auch die Besucher von

Der Park von Exbury – III. Gemeinschaftsprogramm der Nordkette, 21.45 Uhr

Exbury Gardens sind in der Mehrzahl allgemein interessierte Gartenfreunde.“

Nicholas de Rothschild ist ein unabhängiger Filmproduzent, dessen Gesellschaft „Studio Film and Video“ im Herzen von London liegt. Sein Film über den Familiengarten, den heute ein fünfköpfiges Familien-Komitee verwaltet, ist schon in aller Welt in Fernsehsektionen gezeigt worden, in Amerika, Südafrika und Australien.

Es ist mehr als eine Sinfonie der Farben über das Leitmotiv Rhododendron, dessen Schönheit Lionel in immer neuen Kreuzungen zu ergründen suchte. Von 1210 neuen Hybriden behielt er 452, denen er Namen gab und die er bei der Königlichen Gartenbaugesellschaft registrieren ließ. Nicholas' Film ist mehr als ein Augenschmaus für Gartenfans. Er erzählt ganz nebenbei die Geschichte der englischen Rothschilds und bietet damit ein Stück faszinierender Kulturgeschichte.

Auch eine Gartenschule gibt es in Exbury, was viele Gartenfreunde sehr begrüßen. Besucher können dort Samen und Setzlinge kaufen, darunter die preisgekrönten Züchtungen Lionel de Rothschilds, von dem man sagte, Bankier sei nur sein Hobby gewesen, seine wahre Berufung war die Gärtnerei.

Auf die Frage, was die Anlage des Paradiesgartens von Exbury, der von März bis Juli besichtigt werden kann, gekostet hat, sagte Nicholas de Rothschild lächelnd: „Das haben wir uns in der Familie schon oft gefragt. Die einen meinen: Es müssen in den zwanziger und dreißiger Jahren schon an die acht Millionen Pfund gewesen sein. Die Ansichten jedenfalls schwanken zwischen zwei und neun Millionen Pfund.“

SIEGFRIED HELM

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesschau am Sonntag	12.10 Monitor
10.20 Gekochte Reisschüssel	12.55 Presseschau
11.00 Unschau	13.00 Tagesschau
15.00 Die Geschichte von Prinz Achmed und der Fee Peribon	14.05 Aus Straßburg
15.30 Markt und Lesung	14.30 Aus der Europäischen Parlament
15.45 Die Schottische Nacht	14.55 Paff, der Zauberdrache
16.00 Matt, Jenny und Corston begannen auf ihrem Weg durch die Wildnis des Amazonas durch die ehemals verbotenen schottischen Formentomaten. Obwohl sich die beiden Clans in ihrer neuen Heimat schon lange wieder gut vertragen, wollen die Familienoberhäupter die Beziehung zwischen dem Sohn der einen und der Tochter der anderen Familie unterbinden.	15.25 Trickbeobachtungen
16.00 Tagesschau	15.40 Festscheitler
16.10 Das Leben ist ein Traum	15.50 Modella
16.20 Maria Menz – eine Autorin im Schwäbischen Oberland	16.00 Modella
16.30 Die rote Zora und ihre Bande	16.20 Lässige Abenteuer
16.40 Die Hexe Kato	16.40 Breckidance
16.50 Der große Siegeszug	17.00 heute / Aus den Ländern
17.00 Tagesschau	17.05 Telenovela
17.10 Der große Siegeszug	17.10 Telenovela
17.20 Tagesschau	17.15 Der lange Truck
17.30 Tagesschau	17.20 heute
17.40 Tagesschau	17.30 Der internationale Jugendfilm
17.50 Tagesschau	17.40 heute
18.00 Tagesschau	17.50 heute / Aus den Ländern
18.10 Tagesschau	18.00 heute
18.20 Tagesschau	18.10 heute
18.30 Tagesschau	18.20 heute
18.40 Tagesschau	18.30 heute
18.50 Tagesschau	18.40 heute
19.00 Tagesschau	18.50 heute
19.10 Tagesschau	19.00 heute
19.20 Tagesschau	19.10 heute
19.30 Tagesschau	19.20 heute
19.40 Tagesschau	19.30 heute
19.50 Tagesschau	19.40 heute
20.00 Tagesschau	19.50 heute
20.10 Tagesschau	20.00 heute
20.20 Tagesschau	20.10 heute
20.30 Tagesschau	20.20 heute
20.40 Tagesschau	20.30 heute
20.50 Tagesschau	20.40 heute
21.00 Tagesschau	20.50 heute
21.10 Tagesschau	21.00 heute
21.20 Tagesschau	21.10 heute
21.30 Tagesschau	21.20 heute
21.40 Tagesschau	21.30 heute
21.50 Tagesschau	21.40 heute
22.00 Tagesschau	21.50 heute
22.10 Tagesschau	22.00 heute
22.20 Tagesschau	22.10 heute
22.30 Tagesschau	22.20 heute
22.40 Tagesschau	22.30 heute
22.50 Tagesschau	22.40 heute
23.00 Tagesschau	22.50 heute
23.10 Tagesschau	23.00 heute
23.20 Tagesschau	23.10 heute
23.30 Tagesschau	23.20 heute
23.40 Tagesschau	23.30 heute
23.50 Tagesschau	23.40 heute
24.00 Tagesschau	23.50 heute



KRITIK

Wirkt die Adrenalin-Spritze auf Dauer?

Mit der Frage Wer hat das Zeug zum Präsidenten? haben sich die Herren Kronzucker, Ellgaard und Friedrichs im ZDF beschäftigt. Es ist nicht ihre Schuld, daß dieser objektive und kritische Bericht über den Parteikonvent der Demokraten in San Francisco genau das Gegenteil ergab: warum Amerikas zahlenmäßig stärkste Partei für Wahl wieder einmal einen Mann nominierte, der das Zeug zum Präsidenten durchaus nicht hat.

Walter F. Mondale erscheint als ein Kandidat ohne Ausstrahlung, ein typischer Vertreter des Partei-Appara-

tes, der seinen Erfolg der emsigen Organisation verdankt, mit der er die kontroversen Minderheitsgruppen Amerikas zu einem Fleckenteppich zusammennähte, einer theoretischen Mehrheit, die in ihren Gegensätzen nur durch eine starke Persönlichkeit zu reinigen wäre.

Für die drei Analytiker ist Mondale diese Persönlichkeit nicht. Sie billigen ihm gegen den charismatischen Ronald Reagan nur eine marginale Chance zu. Daß Mondale mit Geraldine Ferraro erstmals eine Frau für die Vize-Präsidentschaft erkort, mag ihm viele weibliche Stimmen einbringen,

aber die Unterstützung eines Teiles der Schwarzen kosten, die von ihm übergangen wurden.

Ob die Adrenalin-Spritze, die er mit dieser auf den Publicity-Effekt berechneten Entscheidung seiner Partei verpaßt, auf die Dauer wirken wird, ist zweifelhaft. Ohne diesen Griff in die psychologische Trick-Kiste wären die Demokraten auf jeden Fall aussichtslos geblieben. Der Widerspruch ist weiter ungeklärt, warum Amerika, die bestfunktionierende Demokratie der Welt, an der schlechtesten Auslese-Methode für seine Präsidenten festhält.

HEINZ BARTH

STUDIO

Die Deutsche Welle ist in Kenia die am meisten gehörte nicht-afrikanische Rundfunkanstalt. Das gilt sowohl für die Programme in Suaheli als auch in englischer Sprache. Wie aus einer von der BBC in London und der Deutschen Welle gemeinsam durchgeführten repräsentativen Umfrage hervorgeht, hat die Kölner Anstalt in Kenia eine regelmäßige Hörschaft von 1,4 Millionen für ihre Sendungen in Suaheli. Die englischsprachigen Programme der Afrika-Redaktion werden von 400 000 Kenianern regelmäßig eingeschaltet.

DW.

In der Wagenburg

HH. Der Begriff „Wagenburg-Mentalität“ – am Montag auf einer Veranstaltung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft zu hören – wird die Runde machen. Mit hoher Suggestivkraft charakterisiert er die innere Abwehrhaltung, die sich die Buren auf ihren Trecks aufgrund der damaligen „Begleit“-umstände zu eigen machten, von der sie nun aber nicht mehr loszukommen scheinen.

Diese Mentalität paßt nicht zu einem Industrieland, das ein knappes Drittel seiner Güter jenseits eben dieser „Wagenburg“ verkauft – verkaufen muß, wenn es den Lebensstandard halten will, an den sich seine Bürger gewöhnt haben.

Will man dieses Niveau halten, müssen die Barrieren schleunigst wieder abgebaut (ein Verdienst der Aktionsgemeinschaft, diesen Denkansatz zu geben) und gleichzeitig die „Vollkasko-Mentalität“ aufgegeben werden. Der Staat kann nur verteidigen, was er seinen Bürgern zuvor aus der Tasche gezogen hat.

Umso erfreulicher, daß nach einer kürzlichen Umfrage der „Wirtschaftsjunioren Deutschland“ jeder zweite Bundesbürger für seine soziale Sicherung mehr auf Eigenvorsorge statt auf Staatsfürsorge setzen möchte. Bedenklich allerdings, daß ausgerechnet bei den Jüngeren unter den Befragten (unter 30 Jahre) die Neigung zum wei-

teren Ausbau des staatlichen Sozialsystems besonders ausgeprägt ist. Ist die Versorgungsmentalität also im Vormarsch? Wird aus der vermeintlichen Ellbogengesellschaft eine – wie Johannes Gross gesagt hat – „Sitzfleischgesellschaft“?

Kaffeesatz

JB. Am Kaffeemarkt wird weiter kräftig gerührt. Kaum hat der Filialist Tchibo seine Zahlen und Ansichten zum Marktgeschehen preisgegeben, meldet sich der Konkurrent Eduscho. In einem Fernschreiben an die Redaktionen setzen die Bremer den „Glaubenskrieg“ der Röstler fort. Während Tchibo behauptet, die Kurzzeitröstung sei das beste und ergiebigste Verfahren der Bohnen-Veredelung, spricht Eduscho von sinkendem Qualitätsstandard, der durch veränderte Röstverfahren eingeleitet worden sei. Die unterschiedlichen Meinungen machen natürlich bei technischen Fragen nicht halt. Die Daten zum Markt weichen in einem Maße voneinander ab, daß man meinen könnte, sie entstammten nicht statistischen Unterlagen, sondern der Kaffeesatz-Deuterei. Auch was das Vertriebsnetz angeht, ist die gegenseitige Kritik. Tchibo beklagt Renditeverlust, Eduscho freut sich über eine positive Ertragsentwicklung. Schade, daß man die unterschiedlichen Auffassungen am Ende des Geschäftsjahres nur schlecht überprüfen kann. Tchibo publiziert, Eduscho schickt Fernschreiben.

Kräftige Warenhäuser

Von JOACHIM GELHOFF

Walter Deuss, Vorstandssprecher des Branchenratters Karstadt AG, hat es in der nun abgeschlossenen Bilanzperiode der vier deutschen Warenhauskonzerne am deutlichsten ausgesprochen: Auch für den Rest dieses Jahrzehnts müsse sich der deutsche Einzelhandel eher auf Stagnation denn auf Wachstum einstellen. Dies vor allem, weil die Kaufkraft der immer älter werdenden Bevölkerung voraussichtlich nur noch wenig wachse und zudem vermehrt in „nicht einzeihandelsrelevante“ Verwendung gehe.

Keine schöne Aussicht zumal für das Warenhaus-Konzernquartett nach dem durch mißes Wetter, Streiks und allgemeiner Einkürzung der Konsumlaune geprägten ersten Halbjahr 1984. Es brachte dem „institutionellen“ Einzelhandel (insbesondere ohne Auto- und Mineralölgeschäft) nur noch maximal 2,5 Prozent Umsatzplus und abzüglich Teuerungsrate die Rückkehr in ein (kleines) reales Minus. Die Warenhausgruppen erlitten sogar nominal ein Umsatzminus von 2,5 Prozent.

Gleichwohl waren in den letzten Wochen von allen vier Konzernvorständen statt Wehklagen Worte der Zuversicht zu hören. Sie gründete sich nicht nur auf die Chance, nach dem Ende der Streiks und nach dem „Sommerloch“ im stets umsatzstärkeren zweiten Halbjahr zumindest den nominalen Umsatzverlust wieder aufzuholen zu können.

Die Zuversicht kommt vor allem aus der mit den 1983er Bilanzen und Dividenden deutlich gezeigten Verbesserung der Ertragskraft. Bernd Heberling, Vorstandssprecher bei der Herten AG, dem jüngsten und kleinsten der sonst schon mehr als hundertjährigen Warenhausunternehmen, nannte 1983 sogar eines der besten Jahre des letzten Jahrzehnts. Das muß man in die richtigen Relationen setzen, um das volle Gewicht der Aussage zu erfassen:

Gerade 1,2 Prozent nominales Umsatzplus, real also immer noch ein Prozent Minus, schafften die Warenhäuser 1983. Sie konnten damit ihren jahrelangen Marktanteilsverlust am Einzelhandelskuchen lediglich und erstmals deutlich abbremsen, hatten jedoch gegenüber dem um weitere 8,8 Prozent im Umsatz gewachsenen SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten wiederum klar das Nachsehen.

Doch parallel zum bescheidenen Umsatzplus wurde in der Summe des

Konzernquartetts der „Nettogewinn“ (nach Finanzanalysten-Methode errechnet) gegenüber 1982 mehr als verdoppelt. Eine Umsatzgewinnmarge von gut einem Prozent, sieht man von immer noch nicht ganz aus den Betriebsverlusten herausgerechneten Branchendritten ab, dem Hertie-Familienkonzern, wurde verlässlich erreicht. Das ist zwar beileibe kein Signal des aussichtsreichen Rückwegs zu der vor einem Jahrzehnt noch doppelt so hohen Umsatzrendite. Aber doch Kennzeichen einer wiedergewonnenen Ertragskraft, die in der Vierergruppe angesichts kaum noch vorhandener Lohnender Standorte für neue City-Häuser die Innenfinanzierungskraft (Netto-Cash-flow) doppelt so groß wie das Investitionsvolumen macht.

Vor allen drei Gründen gibt es für diesen im wesentlichen dauerhaft erscheinenden Ertragsfolg. Erstens eine seit Jahren intensiv betriebene Politik der Rationalisierung auch mit Personalabbau, der hauptsächlich die „rückwärtigen Dienste“ (in den 70er Jahren noch die Hälfte vom Gesamtpersonal) erfaßt und die Verkaufsfunktion zum wichtigsten Posten des Personaleinsatzes macht. Zweitens eine Sortimentspolitik, die auf vielfältigen und stark „standort-spezifischen“ Wegen Ertragschwächen ausmerzt und Ausschüttungsreichtum in Marktsegmenten wie Freizeit/Urlaub/Erholung, Wohnkultur, Kommunikation und Unterhaltung um so stärker als nur im Warenhaus gebotene „Erlebniswelt“ offeriert. Drittens schließlich die Diversifikation in andere Handels-Betriebsformen.

Letzteres geht, wie Karstadt's langes Würgen am Neckermann-Verkaufshaus und Kaufhof's Rückzug aus dem verlustreichen Aufbau einer Schnellimbibie zeigen, nicht immer ohne Blessuren ab. Aber die Tendenz, daß die einst reinrassigen Warenhauskonzerne immer mehr zu „Handelskonzernen“ werden (beim Kaufhof soll in wenigen Jahren schon die Hälfte vom Umsatz „warenhausefrem“ erzielt werden) ist unverkennbar. Vergleichbar in den Bilanzen bleibt für den Aktionär dann nur noch die Rendite. „Wenn alles vergleichbar wäre, hätten wir ja überhaupt keine Ausreden mehr“, ironisierte schon in den 70er Jahren ein prominenter Warenhausmanager. Die mit den Abschlüssen von 1983 demonstrierte Ertragskraft läßt hoffen, daß man solche Ausreden auch nicht mehr braucht.

VEREINIGTE STAATEN / Konjunkturmotor läuft schneller als allgemein erwartet

Das hohe Wachstumstempo zerstört alle Hoffnungen auf sinkende Zinsen

HORST A. SIEBERT, Washington

Stark verschlechtert hat sich die Aussicht auf niedrigere US-Zinsen, die zugleich den Dollarkurs drücken würden. Für eine solche Entwicklung wächst die amerikanische Wirtschaft, angekurbelt durch riesige Haushaltsdefizite und Steuerenkungen, einfach zu schnell. Immerhin nahm das US-Bruttosozialprodukt in der April-Juni-Periode real wieder um 7,5 Prozent zu – 1,8 Prozent mehr als zunächst vorausgesehen.

Nachträglich hat das US-Handelsministerium der Schuhkraft dieses gewaltigen Konjunkturmotors Rechnung getragen und alle früheren Wachstumsraten nach oben revidiert. Für 1983, dem ersten Aufschwungsjahr nach langer Rezession, ist sie preisbereinigt von 3,4 auf 3,7, für das erste Quartal 1984 von 9,7 auf 10,1 Prozent angehoben worden. Mit einer Herausforderung der jüngsten, immer noch vorläufigen Rate muß gerechnet werden. Im Durchschnitt der ersten beiden Quartale 1984 betrug das Plus 8,8 Prozent. So etwas hat es seit 1949 nicht gegeben.

Besonders beeindruckend ist, daß sich dieses enorme Tempo bei gebremster Inflation vollzog. So erhöhte sich der Deflator auf Jahresbasis nur um 3,2 Prozent, gegenüber 4,4 Prozent im ersten Quartal 1984. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, daß in den USA seit Dezember 1982 auch mehr als sechs Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden sind.

Für die anhaltend hohe Wertschöpfung sorgten im zweiten Quartal vor allem die Endverkäufe, die real von 3,6 auf 10,4 Prozent zunahm. Demgegenüber wuchsen die Lagerbestände, die in der Januar-März-Periode

das US-Bruttosozialprodukt im zweiten Quartal 1984 um 10,9 Prozent auf 3646 Milliarden Dollar (Jahresrate) zugenommen; zu Preisen von 1972 erreichte es 1640 Milliarden Dollar. Die realen Netto-Exporte schrumpften gegenüber dem ersten Quartal von 10,3 auf 1,7 Milliarden Dollar.

Für das zweite Halbjahr 1984 sagte US-Handelsminister Malcolm Baldrige eine reale Zunahme der Wertschöpfung um vier bis 5,5 Prozent voraus, wobei sich die Bremswirkung gegen Jahresende verstärken soll. Allerdings haben sich bisherige Prognosen als falsch erwiesen. Baldrige glaubt auch an einen Zinsrutsch – vielleicht nach der Präsidentschaftswahl Anfang November. Aber auch solche Voraussagen nimmt die Wall Street nicht ernst. Hier käme es darauf an, ob sich der im Juni herausgebildete Trend höherer persönlicher Einkommen und schwächerer Einzelhandelsumsätze fortsetzt. Dann müßte das Sparvolumen wachsen.

Laut Baldrige ist in den USA die Inflation unter Kontrolle. Als Preisbremse wirken auch die Steuerergüsse an Privatpersonen und Unternehmen sowie die Wechselkursbedingten billigen Einfuhren. „In Amerika hat sich die gesamte Psychologie geändert“, Firmen und Gewerkschaften wissen heute, daß die Arbeitskosten der Produktivität nicht davonlaufen dürfen“, sagte der Minister. Er drückte die Hoffnung aus, daß die Fed ihren Geldkurs nicht ändert.

FIRMENGRÜNDUNGEN

Der Ansturm auf die Bonner Finanzierungshilfen hält an

HEINZ STÜWE, Bonn

Die staatlichen Finanzierungshilfen des Bundes für Existenzgründer sind gefragter denn je. Die Lastenausgleichsbank (LAB), die zinsungünstigen langfristige Kredite für Firmengründungen, Übernahmen und tätige Beteiligungen vergibt, registrierte im ersten Halbjahr eine wahre Flut von Anträgen.

Besonders begehrt waren Kredite aus dem Eigenkapitalhilfe-Programm. 8050 Anträge über 440 Mill. Mark bedeuteten einen Zuwachs von 35 Prozent gegenüber der ersten Jahreshälfte 1983. Für ERP-Darlehen zur Förderung von Existenzgründungen gingen 11 800 Anträge über 760 Mill. Mark ein, 12 Prozent mehr als im Vorjahr. Bewilligt wurden 240 Mill. Mark Eigenkapitalhilfe (plus 63 Prozent) und 450 Mill. Mark ERP-Darlehen (plus zwei Prozent). Im vergangen Jahr hatten die Zusagen von Existenzgründungskrediten nach ei-

ner sprunghaften Zunahme von 69 Prozent das Rekordniveau von 1,4 Mrd. Mark erreicht.

Entschieden wendet sich die LAB in ihrem Jahresbericht für 1983 gegen die Kritik, der Nachfrageboom beim Eigenkapitalhilfe-Programm sei vor allem auf Mitnahmeeffekte aufgrund der verlockenden Konditionen zurückzuführen. Die Vorhaben würden sorgfältig geprüft, was sich in einer Ablehnungsquote von 23 Prozent widerspiegeln. Auch der Vorwurf, es würden zu wenig innovative Vorhaben unterstützt, geht nach Ansicht der LAB-Experten ins Leere. Ziel sei es, tragfähige unternehmerische Existenzen schlechthin zu fördern. Unterstrichen wird die Notwendigkeit, neben Neugründungen auch Betriebsübernahmen durch Nachwuchskräfte einzubeziehen. Bei Betriebsübernahmen würden mehr Arbeitsplätze erhalten als durch Gründungen neue geschaffen.

EG-AUSSENMINISTER

Lösung der Finanzprobleme scheitert wieder an London

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Finanzierung der EG bleibt weiterhin unklar. Auch im Rat der Außenminister haben sich die Briten allen Appellen der Partner verschlossen, der Gemeinschaft für das laufende Haushaltsjahr zusätzliche Geldmittel bereitzustellen.

Die EG-Kommission verabschiedete trotzdem ein Programm zur Entlastung des Rindfleisch- und Weinmarktes sowie zur Verringerung der Butterbestände. Der „Butterberg“ von gegenwärtig 1,2 Millionen Tonnen soll durch verbilligte Verkäufe an die Nahrungsmittelindustrie und durch subventionierte Exporte (u.a. der Sowjetunion) reduziert werden. Dagegen ist über eine neue „Weihnachtsbutter-Aktion“ wegen ihrer besonders hohen Kosten noch nicht entschieden worden.

Im Rat hat auch Bundesaußenminister Genscher vergeblich versucht, seinen britischen Kollegen ins Gewissen zu reden. Dabei warf er London

vor, von den Beschlüssen des letzten EG-Gipfels abzurücken. In Fontainebleau hatten die Regierungschefs Ende Juni „vom nächsten Rat“ Maßnahmen zur Deckung des Haushaltsdefizits 1984 gefordert, „um das normale Funktionieren der Gemeinschaft sicherzustellen“. Außerdem hatten sie die Erhöhung der Mehrwertsteuer-einnahmen zeitlich mit der Erweiterung der EG verknüpft, die für den 1. 1. 1986 geplant ist.

Die Briten weigern sich hartnäckig, für 1984 zusätzliche Zahlungen zu leisten. Statt dessen wollen sie die unabwiesbaren aber nicht aus dem bisherigen Budget zu finanzierenden Ausgaben in das Jahr 1985 schieben und notfalls die Erhöhung der Einkommensteuern vorziehen. Der Grund ist, daß ihnen in Fontainebleau für 1984 ein fester „Beitragsabbau“ von rund 2,2 Milliarden DM eingeräumt wurde. In den folgenden Jahren wird die Beitragsentlastung dagegen 66 Prozent der Nettzahlungen betragen.

BUNDESHAUSHALT

Die Ausgaben lagen bisher unter den Etat-Ansätzen

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat gute Aussichten, auch 1984 – wie schon im Vorjahr – noch größere Konsolidierungserfolge zu erzielen, als im Haushaltsgesetz ohnehin vorgesehen. Das zeigt der Haushaltsvollzug für das erste Halbjahr.

Die Ausgaben sind im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (Ist-Ergebnisse) nur um 0,6 Prozent auf 128,9 Milliarden Mark angestiegen. Bedenkt man, daß der bewilligte Ausgabenrahmen für 1984 mit 257,1 Milliarden um 4,2 Prozent über dem Ist-Ergebnis des Vorjahres liegt, so wird das Ergebnis der Bonner Sparbemühungen noch deutlicher.

Nach Meinung des Finanzministeriums bestätigt die Ausgabenentwicklung im ersten Halbjahr daher die Annahme, daß die voraussichtlichen Ist-Ausgaben 1984 sich auf nur etwa 254 Milliarden Mark belaufen werden, also um etwa drei Milliarden Mark unter dem Soll-Ansatz bleiben.

Da die Einnahmementwicklung bisher den Erwartungen entspricht, dürfte sich diese Ausgabenminderung voll in einer entsprechend verringerten Nettokreditaufnahme niederschlagen. Die Einnahmen im ersten Halbjahr sind zwar nur um 0,7 Prozent auf 105,1 Milliarden Mark gestiegen. Doch ist die Zuwachsrate dadurch verzerrt, daß der Bundesbankgewinn von 11,4 Milliarden Mark in diesem Jahr – anders als 1983 – in Raten ausbezahlt wird. Bis Ende Juni hat die Bundesbank erst 6,6 Milliar-

den Mark überwiesen. Die Steuereinnahmen lagen mit 91 Milliarden Mark um 5,3 Prozent über dem Vorjahresergebnis und damit in der Steuerentschuldung.

Die Nettokreditaufnahme hieß mit 20,1 um gut eine Milliarde Mark unter dem Ergebnis des ersten Halbjahrs 1983 (darin enthalten etwa eine Milliarde Mark aus der sogenannten Investitionshilfsfahrgabe, die wegen der späteren Rückzahlbarkeit als Kredit ausgewiesen wird). Der Kreditrahmen für 1984 beläuft sich auf 33,6 Milliarden Mark, der damit also im ersten Halbjahr bereits zu knapp 60 Prozent ausgeschöpft wurde. Stoltenbergs Ehrgeiz ist es jedoch, die tatsächliche Neuverschuldung unter der 30-Milliarden-Grenze zu halten (nach Meinung zahlreicher Haushaltsexperten dürfte die Unterschreitung sogar deutlich ausfallen). Da noch 4,8 Milliarden Mark Gewinnüberweisungen der Bundesbank ausstehen, wird sich das optische Bild der Bundeseseinnahmen im zweiten Halbjahr gegenüber dem Vorjahr nummehr positiv verzerren.

Es sei denn, daß die Streikfolgen doch noch zu gewissen Einbußen bei den Steuereinnahmen führen, die Steigerungsrate gegenüber 1983 also nicht ganz so hoch ausfallen wird wie erwartet. Auch bleiben gewisse Haushaltsrisiken, vor allem bei Zahlungen an die EG sowie bei Verpflichtungen des Bundes aus Exportbürgschaften und -garantien.

Seite 2: Tatsächlich gespart

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Ehemaliger Rumasa-Chef erhält Haftverschöpfung

Frankfurt (rtf). Der ehemalige Chef des inzwischen enteigneten spanischen Mischkonzerns Rumasa, José María Ruiz Mateo, der im April dieses Jahres in Frankfurt verhaftet worden war, hat Haftverschöpfung erhalten. Wie der Pressesprecher des Oberlandesgerichts in Frankfurt mitteilte, soll Mateo, dessen Auslieferung die spanischen Strafverfolgungsbehörden wegen des Verdachts verschiedener Wirtschaftsdelikte verlangten, für eine Kautions von zehn Mill. DM aus der Haft entlassen werden. Sein Anwalt rechnet in Kürze mit Freilassung. Die Stadt wird er nicht verlassen dürfen. Einmal wöchentlich muß er sich bei der Staatsanwaltschaft melden. Wegen eines spanischen Auslieferungsbegehrens hat der Senat weitere Unterlagen aus Madrid angefordert, teilte der Sprecher weiter mit.

BDI kritisiert Kuponsteuer

Köln (dpa/VWD). Mit Nachdruck hat sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Köln, für die Abschaffung der Kuponsteuer – der Kapitalertragssteuer auf Anleihen – ausgesprochen. Der BDI schloß sich damit der Empfehlung von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl an, der dies kürzlich unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten gefordert hatte. Ihre Abschaffung wäre, so der BDI, auch ein Signal, der vermehrte Kapitalzufuhr dem Zinsanstieg entgegenzuwirken.

Importpreise gesunken

Wiesbaden (dpa/VWD). Die Preise für in die Bundesrepublik eingeführte Güter sind von Mai auf Juni 1984 um 0,2 Prozent gefallen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lagen die Importpreise im Juni damit nur noch um 6,6 Prozent höher als vor einem Jahr. Im Mai und April hatte die Teuerung noch 7,7 beziehungsweise 6,6 Prozent betragen.

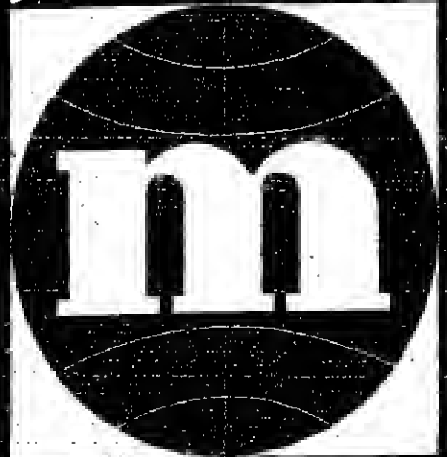
Pläne für Creusot-Loire

Paris (VWD). Für die symbolische Summe von einem Franc soll die Creusot-Loire an eine neue Gesellschaft übergehen, deren Aktionäre Unternehmen wie die Framatome, Fives-Cail-Babcock, Usinor und die Banken sind. Dies zumindest sieht der Plan vor, den der vorübergehende Unternehmensverwalter Hubert Lafont nach Angaben von Les Echos ausgearbeitet hat. Das Stammkapital dieser Gesellschaft solle bei 2,5 Mrd. Franc liegen. Damit könnten nicht nur die Zulieferer bezahlt werden, sondern das Unternehmen würde nach Ansicht von Lafont auch seine Glaubwürdigkeit gegenüber ausländischen Kunden wahren.

Moratorium beantragt

San José (AFP). Costa Rica sei nicht mehr in der Lage, den Rückzahlungsverpflichtungen, die sich aus den Ausbezahlungen von vier Mrd. Dollar ergeben, zu erfüllen. Es fordere ein Moratorium von mindestens zehn Jahren oder Rückzahlungsfristen von 40 bis 50 Jahren sowie eine Zusage weiterer Bankkredite, um die schwere Finanzkrise zu überwinden, erklärte der Präsident der Staatsbank, Marcos Lopez.

Jetzt auf einen starken Partner setzen.



mietfinanz®

Investitionsfinanzier.

mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telex 856755

GROSSBRITANNIEN

Reform der Bausparkassen

WILHELM FURLER, London

Die Regierung Thatcher hat beschlossen, dem Drängen der Bausparkassen nachzugeben und sie im Prinzip auf eine Stufe mit den Geschäftsbanken zu stellen. Ein entsprechendes Diskussionspapier ist jetzt von der Regierung vorgelegt worden. Danach sollen die Bausparkassen (building societies) weitreichende Möglichkeiten eingeräumt werden, auf dem Finanzdienstleistungssektor mit den bereits tätigen Instituten in Wettbewerb zu treten. Seit bundert Jahren ist die Tätigkeit der "building societies" im Kreditbereich auf die Vergabe von Hypothekendarlehen beschränkt.

Den wichtigsten Änderungen-Vorschlägen zufolge soll den Bausparkassen nach der Vergabe ungesicherter Darlehen in Höhe von bis zu 5000 Pfund (19 000 Mark), zweiter Hypothekendarlehen und weiterer Formen der Zwischenfinanzierung ermöglicht werden. Des weiteren sollen sie Immobilien erwerben und besitzen können und damit veranlaßt werden, bei der Entwicklung des regionalen Wohnungsbaus mitzuwirken.

Grundsätzlich soll, so heißt es in dem jetzt veröffentlichten "Grün-Papier", die Hauptrolle der Bausparkassen weiterhin darin bestehen, Hypothekendarlehen zur Finanzierung von Haus- und Wohnungseigentum zu vergeben und Sparer als "sichere Häfen" zu dienen. Das bislang effektiv bestehende und von der Kartellaufsicht ausgenommene Zinskartell der rund 225 "building societies" in Großbritannien soll den Regierungsvorschlägen zufolge beendet werden.

Außerdem fordert die Regierung alle Beteiligten auf, in eine öffentliche Diskussion über weitere Rechte für die Bausparkassen einzutreten. Sie habe dazu noch keine feste Meinung bezogen. In dem Grün-Papier werden folgende Möglichkeiten aufgeführt: Überweisungsverkehr, Ausgabe von Scheckbüchern und Scheckkarten, Vergabe von Kreditkarten, Wertpapierhandel für Kunden, Zugang zum Versicherungsgeschäft und schließlich das Angebot von Hauskauf-Paketen unter dem Motto "alles unter einem Dach", also einschließlich der bislang in Großbritannien streng getrennten rechtlichen Seite (Grundbucheintragung etc.) und der ausschließlich von der Gutachterbranche ausgeführten Haus-Schätzungen.

JAPAN / Nähmaschinenhersteller Riccar beantragt Vergleichsverfahren - Unterstützung der Banken steht in Frage

Neue Produktlinien wurden zu spät eingeführt

FRED de LA TROBE, Tokio
Japans drittgrößter Nähmaschinenhersteller, die Riccar Co., hat beim Bezirksgericht von Tokio ein Vergleichsverfahren beantragt. Als Begründung wurde Zahlungsunfähigkeit angegeben. Durch diesen Schritt hofft das Unternehmen, die Liquidation zu verhindern. Denn die Geschäftsführung ist überzeugt, daß eine Sanierung möglich ist.

Der Antrag von Riccar sieht vor, daß 40 Prozent der Schulden erlassen werden. Bei den restlichen 60 Prozent ist vorgesehen, sie für drei Jahre zu stunden und dann in den folgenden sechs Jahren zurückzahlen.

Die ausstehenden Verbindlichkeiten der Firma werden auf 1,2 Mrd. DM veranschlagt. Die Schulden der Tochtergesellschaften eingeschlossen, beträgt die Summe etwa 1,5 Mrd. DM. Zu den 500 größten Kreditoren Riccars zählen auch 50 Geschäftsbanken, unter denen sich ebenfalls ausländische Institute - unter anderem die Paribas - befinden.

Der finanzielle Zusammenbruch Riccars gewinnt Bedeutung, weil es sich um die viertgrößte Insolvenz der japanischen Nachkriegsgeschichte handelt. Die Nöte des Unternehmens wurden ausgelöst durch den schrumpfenden Absatz bei Nähmaschinen - der Besitz von Nähmaschinen hat in Japans Haushalten den Sättigungsgrad erreicht - und durch die Verluste, mit denen die 21 Tochtergesellschaften die Mutter in der Vergangenheit belastet haben. Hinzu kam, daß Riccar sich zu spät auf neue Produktlinien - wie etwa Geräte für die Büroautomatisierung oder Computereinsatz - konzentriert hat. Dadurch fehlte dem Unternehmen in der Krisenzeit ein gesundes Bein, auf das es sich hätte stützen können.

Die Hotelkette der Firma, Rich Co., mit 12 Häusern in Japan, wies im letzten Geschäftsjahr ein Defizit von 47 Mill. DM aus, der Riccar Transport Service erwirtschaftete einen Verlust von 11 Mill. DM und die US-Filiale

Riccar America schloß mit einem Umsatz von 8 Mill. DM ab. Kommissionsgeschäfte mit Elektrogeräten über Riccars Kreditabsatzsystem erbrachten nur kleine Gewinne.

Als Nachteil erwies sich auch, daß Riccar keine eigentliche Hausbank als starke finanzielle Stütze besitzt, sondern sich bisher immer auf eine Vielzahl von Kreditgebern verließ. Sprecher der größten Bankkontakte der Firma, die Mitsu Bank und die langfristige Kreditbank Japans, kritisierten jetzt heftig, daß sie von Riccar nicht im voraus über die Absicht informiert gewesen seien, beim Bezirksgericht in Tokio ein Vergleichsverfahren zu beantragen. Es wird daher als unwahrscheinlich angesehen, daß die Banken diesen Antrag unterstützen werden. Die Mitsu Bank, die langfristige Kreditbank Japans und die Toho Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit haben inzwischen ihre Mitglieder aus dem Vorstand der Riccar abgezogen.

Im vergangenen Geschäftsjahr

1983/84 (April-März) nahm der Umsatz der Riccar um drei Prozent auf 678 Mrd. DM ab, während ein Verlust von 9,7 Mill. DM ausgewiesen wurde. Das Kapital der Riccar beträgt 94,4 Mill. DM. Nur etwa 0,2 Prozent des Aktienkapitals befindet sich in ausländischen Händen.

Ungefähr 600 000 japanische Konsumenten beteiligten sich an einem Anzeigensprogramm zum späteren Erwerb von Nähmaschinen mit monatlichen Raten über zwei bis drei Jahre. Die Verpflichtungen hieraus erreichten etwa 75 Mill. DM.

Vor einigen Wochen hatte die Riccar einen Plan vorgelegt, der dem Unternehmen aus der Krise helfen sollte. Danach war der Verkauf des großen Bürohauses im Zentrum Tokios vorgesehen, das auf einen Wert von 235 Mill. DM geschätzt wird, doch fand sich bisher kein Käufer. Von den 2300 Beschäftigten sollen 500 entlassen werden. Außerdem war vorgesehen, 100 Einzelhandelsgeschäfte Riccars zu schließen. (SAD)

CONTINENTAL ILLINOIS / Teilung vorgesehen

Rettungsplan steht jetzt fest

VWD, Washington
Die Federal Deposit Insurance Corp (FDIC) will nicht, wie es noch vor kurzem hieß, nur rund drei Mrd. Dollar an faulen Krediten von der Continental Illinois National Bank + Trust Co übernehmen, sondern etwa 4,5 Mrd. Dollar. Außerdem plane die FDIC, eine weitere Mrd. Dollar in die Bank zu investieren, verlaute aus informierten Kreisen. Die FDIC erhält im Gegenzug eine Beteiligung, die etwa 80 Prozent des Aktienkapitals entspricht.

Vorgesehen ist, die Bank in zwei Institute aufzuteilen: Dem einen werden die faulen Kredite aufgebürdet, das andere - die "Neue Continental Illinois" - soll, stark abgespeckt, die Chance erhalten, als lebensfähige Bank neu zu beginnen. In US-Bankkreisen schätzt man die Bilanz der neuen Bank auf rund 30 Mrd. Dollar, die alte Continental hatte zuletzt eine von 41 Mrd. Dollar.

Im einzelnen sieht die Vereinbarung vor, daß die FDIC sofort Problemkredite, die mit drei Mrd. Dollar zu Buche stehen, für zwei Mrd. Dollar übernimmt. Continental schreibt also eine Mrd. Dollar ab. Im Laufe der

nächsten drei Jahre geben weitere 1,5 Mrd. Dollar faule Kredite an die FDIC.

Die FDIC übernimmt für eine Mrd. Dollar zwei Serien von Vorzugsaktien der Continental. Die erste Serie besteht aus stimmrechtslosen Vorzugsaktien im Volumen von 724,5 Mill. Dollar, die bei Umwandlung in Stammaktien 80 Prozent des Aktienkapitals der Continental entsprechen. Die zweite Serie bilden Vorzugsaktien mit variablem Satz im Volumen von 275,5 Mill. Dollar. Die Auslandskredite von Continental bleiben unberührt. Das bedeutet, daß auch die neue Continental weiter mit Problemen zu kämpfen haben wird - wie fast alle anderen US-Banken auch.

Die jetzigen Aktionäre erhalten Sonderrechte zum Erwerb von Anteilen an der "Neuen Continental Illinois" innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren und zu noch nicht festgesetzten Konditionen. Die Vereinbarungen sind mit den 21 000 Aktionären der Continental zwar noch nicht abgestimmt, jedoch haben sie trotz der massiven Verwässerung, die ihnen zugemutet wird - kaum eine andere Wahl.

AUTOMARKT / Einbußen bei deutschen Herstellern

Zuwachs für Ausländer

rt, Flensburg
Die japanischen Hersteller von Personenvagen haben nach der Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes im ersten Halbjahr 1984 mit zwölf Prozent ihren höchsten Marktanteil in der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Sie verkauften insgesamt 163 368 neue Wagen nach 137 213 oder 9,7 Prozent Marktanteil im gleichen Zeitraum 1983 und 110 947 oder 8,9 Prozent in den ersten sechs Monaten 1982.

Auch der Gesamtanteil ausländischer Produzenten am geschrumpften deutschen Markt stieg deutlich im ersten Halbjahr 1984, in dem in der deutschen Automobilindustrie Arbeitskämpfe ausgetragen wurden. Von den 1364 (Vorjahr 1408) Mill. in der Bundesrepublik neu zugelassenen Personenvagen stammten nach der Statistik des Bundesamtes in Flensburg 410 052 oder 30,1 Prozent aus ausländischer Produktion nach 361 009 oder 25,6 Prozent von Januar bis Juni 1983.

So verkauften französische Firmen in dieser Zeit 106 148 neue Wagen in der Bundesrepublik, 2878 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres, und

erhöhten ihren Marktanteil um 0,5 auf 7,8 Prozent. Die italienischen Firmen verkauften 71 521 Wagen, 6704 mehr als im ersten Halbjahr 1983, und wählten ihren Anteil am bundesdeutschen Markt von 4,6 auf 5,2 Prozent aus.

Der größte deutsche Autohersteller, das Volkswagenwerk, hielt vor allem durch starke Verkaufserfolge der Typen "Golf" seinen Marktanteil bei 21,8 (Vorjahr 21,5) Prozent und verkaufte 294 842 (302 443) neue Personenvagen. Die VW-Tochter Audi/NSU hatte einen Rückgang ihres Marktanteils von 7,3 auf sechs Prozent hinzunehmen. Der Anteil des zweitgrößten Produzenten Opel, von dem nach der Statistik des Bundesamtes 214 158 neue Wagen, 48 616 weniger als ein Jahr vorher, zugelassen worden waren, verringerte sich von 18,5 auf 15,7 Prozent.

Ford dagegen weitete seinen Anteil am geschrumpften Markt leicht um 0,2 auf 10,7 Prozent aus, während der Anteil von Daimler-Benz von 8,4 auf 8,7 Prozent zurückfiel. BMW erhöhte vornehmlich durch gute Verkäufe des kleinsten Modells den Anteil leicht von 6,4 auf 6,8 Prozent.

MARTIN BRINKMANN / Massenentlassungen

Produktion nur in Berlin

JAN BRECH, Hamburg

Mit drastischen Maßnahmen im Personalbereich reagiert die Martin Brinkmann AG, Bremen, auf die veränderten Bedingungen am deutschen Zigarettenmarkt. Nach Angaben des Vorstands, der sein Konzept am Dienstag der Belegschaft vorgetragen hat, wird die Gesamtbelegschaft von 3100 auf rund 2150 reduziert. Der größte Teil der Entlassungen betrifft den Standort Bremen. Nach Abschluss aller Maßnahmen sollen dort von nur 1700 Mitarbeitern nur noch rund 800 verbleiben; davon etwa 450 in der Produktion und 350 in der Verwaltung.

Die Zigarettenproduktion für den Inlandsmarkt wird vollständig in Berlin konzentriert. In Bremen verbleiben die Exportproduktion und die Lohnherstellung bestimmter Mengen für die Rothmans-Gruppe. Außerdem wird Brinkmann die Rauchtabelleproduktion und die Kartonagenfertigung in Bremen belassen. Die Hansestadt bleibt ferner Sitz der Verwaltung.

Die Aufrechterhaltung von Teilen der Produktion in Bremen ist nur durch einen zusätzlichen sozialen Verzicht der Gesamtbelegschaft ermöglicht worden. Danach werden alle Mitarbeiter des Konzerns sowohl in der Produktion als auch in der Verwaltung befristet bis 1987, auf einen Teil des 14. Gehalts verzichten. Das Unternehmen, so heißt es, werde im Gegenzug einen "adäquaten Verzicht auf weitere Effizienzsteigerungen"

leisten. Noch in dieser Woche sollen mit dem Betriebsrat Verhandlungen über einen Interessenausgleich beginnen.

Die notwendigen Anpassungen im Personalbereich, so erklärt der Vorstand, sollen die volle Handlungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens im Markt wieder sicherstellen. In den vergangenen Jahren sind bei Brinkmann sowohl im Zigaretten-geschäft als auch bei Rauchtaktab die Positionen erheblich ins Wanken geraten. Bei Zigaretten sank der Marktanteil innerhalb der letzten 5 Jahre von 18,5 Prozent auf 13 Prozent. Bei Rauchtaktab von 34 auf 26 Prozent.

Mit der in diesem Jahr einsetzenden Beruhigung am Gesamtmarkt hat sich der Zigarettenabsatz bei Brinkmann wieder stabilisiert. Der Inlandsabsatz ist in den ersten 6 Monaten dieses Jahres um 3,1 Prozent auf 7,5 Mrd. Zigaretten gestiegen, der Marktanteil lag stabil bei 13 Prozent. Brinkmann rangiert damit an vierter Stelle unter den deutschen Tabakkonzernen.

Von den beiden Hauptmarken weitete die Leichtmarke Lord Extra den Absatz um 10,5 Prozent auf rund 3,9 Mrd. Stück aus und verbesserte den Marktanteil von 6,4 auf 6,8 Prozent. Sie ist jetzt die viertgrößte deutsche Marke, nachdem sie während der siebziger Jahre auf Platz zwei lag. Absatz (1,26 Mrd. Stück) und Marktanteil (2,2 Prozent) der Lux Filter (Platz 11) blieben nahezu unverändert.

LEHNDORFF / Über zwei Milliarden Dollar verwaltet

Auf erste Lagen konzentriert

JAN BRECH, Hamburg

Der nordamerikanische Grundstücksmarkt hat die schwere Rezession der Jahre 1981 bis 1983 noch nicht überwunden. Da die Märkte sowohl auf die Rezession als auch auf die Aufschwungphase mit zeitlicher Verzögerung reagieren, wird eine volle Erholung erst für die Jahre 1985/86 erwartet. Am schnellsten dürften von der starken Konjunkturbellebung die Shopping-Center profitieren, da sich der private Konsum in Nordamerika sehr robust entwickelt und das Angebot in den vergangenen Jahren nur wenig erweitert worden ist.

Diesen Lagebericht zum amerikanischen Immobilienmarkt hat die Hamburger Lehnndorff-Gruppe in ihrem Bericht 1983 gegeben. Die schwierigen Bedingungen habe die Gruppe zwar gespürt, betonten die beiden Geschäftsführer Hans Günther Abromeit und Jan van Haeften, doch vergleichsweise gut abgeschnitten. Die verwalteten Objekte seien zur Jahresmitte 1984 zu 95 Prozent vermietet.

Die Anlagegesellschaften der Gruppe erhöhen denn auch für 1983 wieder die Ausschüttung um 6,7 Prozent auf 37 Mill. Dollar. Darin sind zum ersten Mal Ausschüttungsbeträge aus dem Bereich der Öl- und Gasanlagen enthalten. Die Lehnndorff seit Mitte 1982 anbietet. Bezogen auf das durchschnittlich verfügbare Eigenkapital betrug die Ausschüttung 11,3

(V. 11,2) Prozent. Veräußerungsgewinne von 4,4 Mill. Dollar sind in die Rücklagen eingestellt worden.

Stark gestiegen ist 1983 das Anlegerkapital der Gruppe. Zum Jahresende verwaltete Lehnndorff ein Eigenkapital von 963 Mill. Dollar (plus 28 Prozent). Ein wesentlicher Teil des neuen Kapitals stammt wieder von institutionellen Anlegern, deren Investitionen in Immobilien sich ständig vergrößern. Die betreuten Direktinvestitionen institutioneller Anleger erreichten 1983 rund 504 (326) Mill. Dollar.

Diese Eigenmittel, so Abromeit, fügt sich nahtlos in den Gesamtfinanzierungsrahmen ein. Angesichts hoher Hypothekenzinsen ergebe sich die wirtschaftliche Notwendigkeit, die Eigenkapitalquote zu erhöhen. Bei den Anlagegesellschaften ist das Vermögen von 933 Mill. Dollar zu 49 Prozent eigenfinanziert, bei den Direktinvestitionen (913 Mill. Dollar Vermögen) zu 55 Prozent.

In der Investitionspolitik hat sich Lehnndorff 1983 auf den Kauf von größeren Objekten in ersten Lagen konzentriert, betont von Haeften. Das gesamte verwaltete Vermögen stieg um 21 Prozent auf 1,845 Mrd. Dollar und hat zur Jahresmitte 1984 zum ersten Mal 2 Mrd. Dollar überschritten. Zum Jahresende betrug die Zahl der Liegenschaften 469 (476), davon 363 in Kanada, 91 in den USA, 15 in der Bundesrepublik.

USA: Engagement im Ausland steigt

dpa/VWD, Brüssel

Für 1984 wird nach drei Jahren erstmals wieder mit einem leichten Anstieg der US-Auslandsinvestitionen gerechnet. Wie die New Yorker Wirtschaftsforschungsgesellschaft, The Conference Board, mitteilte, wurden 1983 nur 187 Investitionsmeldungen registriert, schon zwei Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Nach Westeuropa gingen 56 Prozent der im Jahre 1983 in der verarbeitenden Industrie gemeldeten Investitionen, wobei Großbritannien mit 31 Projekten - vor Frankreich mit 20, der Bundesrepublik mit 17 und Italien mit 12 Projekten - an der Spitze stand. Asiatische und pazifische Länder zogen 25 Prozent der US-Auslandsinvestitionen an, vor Kanada mit 13 Prozent und Lateinamerika mit fünf Prozent. Bei 34 Prozent der registrierten 187 Auslandsinvestitionen handelte es sich um den Aufbau bestehender Firmen, bei 18 Prozent um Gemeinschaftsprojekte und bei 16 Prozent um Neuinvestitionen. Weitere zwölf Prozent entfielen auf Erweiterungen und zwei Prozent auf Modernisierungen.

WEINWIRTSCHAFT / Mehrheit der Winzer will Lage aus eigener Kraft verbessern

Rückbesinnung auf die Qualität

JOACHIM NEANDER, Frankfurt
Ignaz Kiechle hat die Ohreife, die er sich in Brüssel bei seinem Vorstoß für den Moselwein pflichtgemäß einhandelte, genau so wenig verdient wie die Mehrheit der deutschen Winzer das unerwartete heftige, geradezu verheerende Echo dieses Vorgangs in der Öffentlichkeit. Die Kommentare im In- und Ausland zu dem Versuch, entgegen allen Sperbeschlüssen noch einmal die Erlaubnis für eine subventionierte Sonderdestillation herauszuschinden, reichten bis zu der Behauptung, deutscher Wein sei nur noch ein Verschnitt aus Panschen und Jammern. In Wirklichkeit empfindet die Mehrheit der deutschen Weinleute das fortgesetzte Jammern einiger Kollegen längst als Geschädigung.

Hier wird wegen vergleichsweise lächerlicher 10 Mill. DM aus Steuerzahlern Gießkanne alles auf Spiel gesetzt, was die deutsche Weinwirtschaft aus eigener Kraft zur Verbesserung der Lage tut und noch tun will. In Vergessenheit gerät die Tatsache, daß die Winzer hierzulande ihr Produkt - und das unterscheidet sie grundlegend von Teilen ihrer Zunft in Frankreich und Italien - im Normalfall immer noch auf dem Markt verkaufen müssen, zu Preisen, die durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden.

Man muß sich einmal vor Augen halten, daß zur selben Zeit, da die Mosel bei der EG diesen Hilferuf ausrichtet, im Lande Rheinland-Pfalz eine gewaltige Werbekampagne speziell für den Moselwein anläuft - ebenfalls finanziert mit 10 Mill. DM Steuergeldern. Wer erklärt den Kunden, daß der goldene Tropfen, der ihnen von einer Reklamefigur "Der fröhliche Winzer" offeriert wird, der gleiche ist, den gar nicht fröhliche Moselwinzer in Brüssel zwecks gut bezahlter Verwandlung in Spirit abzuladen versuchen?

Daß es an der Mosel schlechter steht als anderswo, ist bekannt. Aber auch die anderen haben Probleme. Wenn die Badische Zentralkellerei in Breisach (die fünftgrößte Kellerei der Welt) für das erste Halbjahr 1984 gleiche Mengen, aber um 6 bis 8 Prozent niedrigere Wertumsätze als im Vorjahr meldet, dann zeigt das, wie tief die Mengen- und Billigpreiskrise des deutschen Weins auch in einst kerngesunden Gebieten eingedrungen ist.

Aber es wird etwas getan. In Baden wollen die Genossenschaften in diesem Herbst, falls das Wetter sich noch bessert und erneut eine große Ernte angeliefert wird, ihren Mitgliedern notfalls auf schmerzhafter Weise deutlich machen, daß die Überschneidung der zunächst freiwillig verabredeten Höchstpreise sich nicht lohnt. Auch

in Franken und an der pfälzischen Mittelhaardt hat man die Zeichen der Zeit erkannt. Neu gegründete Vereine wie "Der klassische deutsche Wein" oder beginnende Bestrebungen, das Ansehen der deutschen Rieslingrebe auf umfassende Weise wieder zu heben, und eine breite Rückbesinnung auf die Qualität werden eines Tages auch den Gesetzgeber dazu bringen, die nötigen, ergänzenden Maßnahmen zu ergreifen.

Jede Subventions-Mark, wenn immer sie in die Tasche rutscht, stiftet da ein Vielfaches an Schaden. Wer dauernd nur um Hilfe ruft, dem kauft keiner etwas ab. Auch die Motivation der Winzer, sich durch marktgerechtes Verhalten selbst zu helfen, wird nur gehemmt.

Jahrzehntlang hat der deutsche Weinbau dadurch, daß hier theoretisch auf jedem Quadratmeter Weinberg Qualitäts- oder gar Prädikatswein geerntet werden kann, im wesentlichen große Vorteile gehabt. Wenn nun das "demokratischste Weingesetz der Welt" sich für einige als ernstes Problem erweist, ist das nur die Kehrseite. Jene Funktionen, die sich jetzt aus der Marktwirtschaft verabschieden möchten, versuchen nur auf ein sinkendes Schiff zu springen. Man sollte sie wenigstens daran hindern, andere mitzureißen, die gar nicht springen wollen.



WELT-Leser sind anspruchsvoll!

Zuverlässige Informationen. Gründlich, schnell, weltweit. Direkt aus Bonn, dem Brennpunkt des Geschehens. Einblicke in Hintergründe und Zusammenhänge. Jeden Morgen druckfrisch ins Haus...

...das schätzen Leser an ihrer WELT!

Vielleicht gibt es in Ihrem Kreis jemanden, der die WELT auch regelmäßig lesen möchte. Dann nutzen Sie diese gute Gelegenheit: Werben Sie jetzt einen neuen WELT-Abonnenten. Als Dank dafür erhalten Sie diesen Pilotenkoffer.

Piloten-Koffer

TAKE-OFF

Attraktiv, praktisch, nützlich. Flugkapitäne wissen genau, warum sie diesen Koffer bevorzugen: Er ist außerordentlich stabil, sieht immer gut aus und es geht viel hinein. Zwei geräumige, sinnvolle an den Stirnseiten angebrachte Taschen vergrößern den Packraum vorteilhaft.

Sicherheit durch patentierte Zahlschlösser (Niemand kennt die Zahlenkombination. Nur der Besitzer)

Handlich, aber viel Packraum:

45 cm lang
19 cm breit
33 cm hoch

Bitte nicht warten! Je eher Sie diese Gelegenheit wahrnehmen, um so früher gehört diese wertvolle Belohnung Ihnen.

VERLAGS-GARANTIE
Jeder neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (Absende-Datum) schriftlich widerrufen bei
DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30
2000 Hamburg 36



Belohnungs-Scheck		DIE WELT		Bestellschein	
<p>Ich bin der Vermittler Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe nebenstehender Bestellschein). Als Belohnung dafür erhalte ich den Piloten-Koffer "Take-off" in</p> <p>Name: _____ Vorname: _____ Straße/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____ Telefon: _____ Datum: _____ Unterschrift des Vermittlers: _____</p> <p>Der neue Abonnent ist nicht mit mir identisch. Den Pilotenkoffer erhalte ich nach Eingang des ersten Bezugs- geldes für das neue Abonnement.</p>		<p>Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 24 Monate ins Haus. Der günstigste Abonnementpreis beträgt monatlich DM 25,00. Versandkosten + Mehrwertsteuer sind eingeschlossen.</p> <p>Name: _____ Vorname: _____ Straße/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____ Telefon: _____ Datum: _____ Unterschrift des neuen Abonnenten: _____</p> <p>VERLAGS-GARANTIE Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36 Unterschrift des neuen Abonnenten: _____</p>		<p>* Entsprung durch den bestmöglichen Abonne- mentpreis gegenüber dem Einzelpreis jähr- lich DM 65,-</p>	

Mittwoch, 25. Juli 1984 - Nr. 172 - DIE WELT

NORDLAND PAPIER / Im Export erfolgreich

Nachfrage kräftig gestiegen

DOMINIK SCHMIDT, Dörpen
Die Nordland Papier GmbH, Dörpen/Ems, einer der führenden europäischen Hersteller holzfreien Papiers, profitiert von der kräftig gestiegenen Nachfrage. Wie es in dem Geschäftsbericht 1983 heißt, zeigt sich die Geschäftslage „wesentlich besser als noch ein Jahr zuvor“. Hohe Auftragsbestände und längere Lieferzeiten ermöglichten Preisanhebungen und führten zu inzwischen wieder befriedigenden Erlösen.

Differenziert beurteilt die Geschäftsführung die Ergebnisse des Jahres 1983. Mengenmäßig könne von einem „recht erfolgreichen“ Geschäftsjahr gesprochen werden. Der Papierabsatz erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 9,1 Prozent auf 285.379 (281.566) Tonnen. Wesentlichen Anteil daran haben die um 10,7 Prozent gestiegenen Exporte, die inzwischen einen Anteil von 45,4 Prozent am Gesamtumsatz haben.

Unbefriedigend dagegen verlief die Umsatzentwicklung. Die Steigerung des Nettoumsatzes um 1,5 Prozent auf 418 (413) Mill. DM bedeutet, daß die Durchschnittserlöse um rund 7

Prozent unter denen des Vorjahres liegen. Der Versuch, höhere Preise durchzusetzen, scheiterte. Zur Ertragsentwicklung nennt Nordland Papier als Tochtergesellschaft der finnischen Unternehmen Kautas und Kymi Kymmene traditionell keine Zahlen. Offenbar ist es dem Dörpener Papier-Hersteller 1983 aber gelungen, trotz des Erlösverfalls ein positives Ergebnis zu erwirtschaften, nachdem im Jahr davor noch von einem „negativen Gesamtergebnis“ gesprochen wurde. Der im ersten Halbjahr 1983 noch niedrige Dollar-Kurs, so heißt es, habe die Rohstoffkosten günstig beeinflusst.

Nordland Papier investierte im Berichtsjahr 13,4 (7,8) Mill. DM. Die Abschreibungen erreichten mit 16,4 Mill. DM wieder das Vorjahresniveau. Die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich geringfügig auf 840 (825) Personen. Sorge bereitet dem Unternehmen mit Blick auf den deutschen Markt die hohen Importe, die den Mehrverbrauch 1983 fast völlig abdeckten und ihren Anteil am deutschen Holzfrei-Markt auf 40 (35) Prozent erhöhten.

HERLITZ / Gratisaktien und Optionsanleihe vorgeschlagen – Erlöse stark erhöht

Große Umsatzchancen in den USA

PETER WEERTZ, Berlin
Über eine ungewöhnlich starke Geschäftsbelegung in diesem Jahr berichtet die Herlitz AG, Berlin. Vorübergehend hatten sich im Vorjahr Umsatz und Ertrag abgeschwächt. Seit Oktober registriert jedoch der frühere Hersteller von Lehrmitteln, Schreibwaren und Büroartikeln nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Günter Herlitz infolge des besseren Auslandsgeschäfts wieder eine deutliche Aufwärtsentwicklung. Im ersten Halbjahr sind die Umsätze über die volle Breite des Sortiments um rund dreißig Prozent gewachsen, während sich der Ertrag sogar verdoppelte. Für 1984 wird ein Konzernumsatz von mehr als 400 Mill. DM erwartet.

Bei dieser Expansion spielen die Länder des Nahen Ostens ebenso eine besondere Rolle wie die Vereinigten Staaten, Österreich und die Schweiz. Voraussichtlich wird der Anteil des Auslandsgeschäfts am Umsatz von 30 auf 35 Prozent zunehmen. Große Umsatzchancen sieht Herlitz in den USA. Ursprünglich sollte die Tochtergesellschaft in Dal-

las/Texas Neuheiten und Spezialartikel der Muttergesellschaft vertreiben. Im vergangenen Jahr wurde aber gleichzeitig die Fertigung modernisiert und neue Absatzgebiete erschlossen. Aufgrund dieser Entwicklung wird 1984 mit einem Umsatz der US-Tochtergesellschaft von 70 (Vorjahr 49) Mill. DM gerechnet.

Mit dem Konzernumsatz, der 1983 auf 338 (336) Mill. DM zunahm, ist der Vorstand weniger zufrieden; denn das Umsatzziel von 370 Mill. DM wurde nicht erreicht. Dies gilt auch für den Ertrag. Als Gründe hierfür nennt Finanzvorstand Peter Herlitz die schwierigen Marktverhältnisse (Preisverfall), die für die Expansion erforderlichen Vorleistungen und Sonderfaktoren wie der Ausfall der Ölländer im Nahen Osten. Inzwischen profitiert jedoch das Unternehmen von den vielen Vorleistungen in Fertigung und Vertrieb. In drei Jahren wurden zusammen 192 Mill. DM investiert, in vier Jahren hat sich das Produktionsprogramm erheblich ausgeweitet und die Zahl der Mitarbeiter mit 2250 mehr als verdoppelt. Der AG-Umsatz ist 1983 um 10 Pro-

zent auf 261,8 Mill. DM gestiegen. Das Aktienkapital, das je zur Hälfte aus Stamm- und stammrechtslosen Vorzugsaktien besteht, wurde 1983 von 60 auf 80 Mill. DM aufgestockt. Aus dem Jahresüberschuß von 16,07 (15,7) Mill. DM wird der Hauptversammlung am 31. August für 1983 eine Dividende von 7 (8) DM je 50-DM-Vorzugsaktie vorgeschlagen. Die jungen Vorzugsaktien aus der Kapitalerhöhung 1983 erhalten 4 DM je Aktie.

Den Aktionären wird außerdem vorgeschlagen, das Aktienkapital aus Gesellschaftsmitteln (Rücklagen) im Verhältnis 4:1 zu erhöhen. Damit will die Gesellschaft ihre Aktionäre an der erwarteten Ertragsverbesserung beteiligen. Zu Beginn von 1984 weist dadurch die Bilanz ein Aktienkapital von 100 (80) Mill. DM und offene Rücklagen von 86 (91) Mill. DM aus. Der Vorstand schlägt den Aktionären vor, ihm bis zum 31. 7. 1989 die Möglichkeit einzuräumen, eine Optionsanleihe mit einer Laufzeit von höchstens 15 Jahren im Betrag von 50 Mill. DM (bedingtes Kapital) oder dessen Gegenwert auch in Dollar zu begeben.

KODAK / Wieder schwarze Zahlen geschrieben

Zweistelliges Umsatzplus

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Für die Kodak AG, Stuttgart, deutsche Tochter des amerikanischen Fotoriesen, gibt es wieder Lichtblicke: In der ersten Jahreshälfte 1984 verbuchte das Unternehmen einen zweistelligen Umsatzzuwachs, nachdem in der Zeit davor die Umsatzkurve nach unten tendiert hatte. Vorstandsvorsitzender Ernst Lieser erhofft auch eine Verbesserung des Ergebnisses; jedenfalls habe man in den ersten sechs Monaten schwarze Zahlen geschrieben.

Der Abschluß des Jahres 1983 wies immerhin einen Fehlbetrag von 76,6 Mill. DM aus, der zu seinem Ausgleich eine Kapitalherabsetzung um 90 Mill. mit anschließender Wiederanstockung auf 180 Mill. DM nach sich zog. Der Umsatz belief sich 1983 auf 796 Mill. DM. Ein Vergleich ist dadurch erschwert, daß der Bilanzstichtag vom 31. Oktober auf den Jahresabschluß verlegt worden ist. Gemessen am Umsatz des davorliegenden vollen Geschäftsjahres 1981/82 (31. Oktober) lag der Umsatz des Kalender- und Geschäftsjahres 1983 um 5 Prozent niedriger.

Liesers Zuversicht basiert u. a. auf „sehr guten Umsätzen“ mit den neuen höherempfindlichen Filmen. Auch bei Fotopapieren habe man gute Geschäfte im ersten Halbjahr getätigt. Aber das Geschäft mit der Disc-Kamera, die aus der Fabrikation der Muttergesellschaft in Rochester bezogen wird, heißt es umschreibend, daß man ursprünglich höhere Erwartungen gehat habe. Man sei noch um eine neue Positionierung dieses Kamertyps, der für das Bildergeschäft von großer Wichtigkeit sei, bemüht.

Auf diesem Felde wirkte sich natürlich auch der steigende Kurs des Dollars aus, wobei überhaupt die Ergebnisentwicklung von der Dollarkursentwicklung beeinflusst werde. Dies ergibt sich schon aus der Aufschlüsselung des Umsatzes der deutschen Gesellschaft in ein Viertel Eigenfertigung plus Dienstleistungen zu drei Viertel Handelswaren. Die Fertigung von Sofortbildkameras, in der Vergangenheit einer der großen Verlustfaktoren, der inzwischen aber ausgeräumt ist, wird Ende dieses Jahres auslaufen.

Die Auslastung des Zentrallabors wurde inzwischen verbessert durch die Mitbedienung des italienischen Marktes. In der Umsatzentwicklung

der Fachmärkte registrierte man Licht und Schatten.

Vom Inlandsgeschäft – der Exportanteil liegt bei 11 Prozent – entfallen 60 (Vorjahr 66) Prozent auf die Amateursparte und 40 (34) Prozent auf die Berufsfotografie. Für das laufende Jahr rechnet man mit einem Anstieg der Exportquote auf 14 bis 15 Prozent.

Bei der aufwendigen Umstrukturierung der Eigenfertigung, die für den relativ hohen Verlustausweis eine wesentliche Ursache war, wird der Montage der Hochleistungskopierer,

Anzeige

DEKA/DESPA Info Nr. 2

DESPA-Auszahl-Plan:
Ihr Immobilien-Konto für ein „Zweites Einkommen“ mit DESPA-FONDS.

Zur Sicherung Ihres Lebensstandards oder Ergänzung Ihrer Altersvorsorge.

Mehr über den DESPA-Auszahl-Plan erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

Sparkassenfonds
Die hohen Schulen der Geldanlage

die in ihrem Marktsegment überproportionale Erfolge (sie werden größtenteils vermietet) vorweisen, besonders Gewicht beigemessen.

Zur „photokina 84“ im Oktober in Köln (Lieser: „Wir haben einige neue Produkte im Köcher“) präsentiert Kodak sein neues „Kodavision“-Programm, das auf einem leicht zu handhabenden Camcorder (Videokamera mit integriertem Recorder) auf der 8-Millimeter-Band-Technologie basiert. Die Hardware bezieht Kodak von Matsushita, das Bandmaterial von TDK. Zusätzliche Impulse verspricht sich Kodak von der Filmco-dierung.

Die Investitionen sollen 1984 in der Größenordnung des Vorjahres (67 Mill. DM) liegen. Kodak beschäftigte zur Jahresmitte 3664 (Ende 1983: 3593) Mitarbeiter.

HUK COBURG / Kfz-Versicherung dominiert

Erfreuliches Neugeschäft

dpa/VWD, Coburg
Von einem erfreulichen Neugeschäft berichtet die HUK-Coburg Versicherungsgruppe für die ersten drei Monate 1984. Die Schadenentwicklung in der Kfz-Versicherung zeige keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr. Wie aus dem Geschäftsbericht 1983 hervorgeht, sei auch der Schadenverlauf in den übrigen Versicherungszweigen bislang zufriedenstellend. Im vergangenen Geschäftsjahr verzeichnete die Gruppe ein, wie es heißt, beachtliches Neugeschäft, überdurchschnittliche Bestands- und Beitragszuwächse sowie Beitragsrückvergütungen.

Die Haftpflicht-Unterstützungskasse – kraftfahrender Beamter Deutschlands AG in Coburg und die drei Töchtergesellschaften Lebensversicherungs-AG der HUK-Coburg, Allgemeine Versicherungs-AG der HUK-Coburg und Corag Coburger Rechtsschutzversicherungs AG verzeichneten eine Beitragssteigerung um 12,4 Prozent auf rund 1,87 (1,66) Mrd. DM. Der Hauptanteil von 1,49

(1,34) Mrd. DM entfiel auf die nach wie vor dominierende Kfz-Versicherung. Etwa die Hälfte des Neuzugangs in der Kfz-Versicherung brachte die HUK-Coburg-Algemeine, deren Bestand um 20,5 (23,2) Prozent auf 565 000 Fahrzeuge wuchs. In den sonstigen Schadenversicherungen stiegen die Beiträge um 18,1 Prozent auf 153 (129,6) Mill. DM.

Die Coburg-Leben erreichte eine Neugeschäftszunahme von fast 40 Prozent und einen Bestandzuwachs von über einer Mrd. DM Versicherungssumme. Zum Jahresende betraute sie 175 000 Verträge mit einer Versicherungssumme von rund 6 Mrd. DM. Die Kapitalanlagen der Gruppe nahmen 1983 um 13,9 Prozent auf 3,1 (2,7) Mrd. DM zu. Die Erträge daraus stiegen auf 251 (218) Mill. DM. Als Beitragsrückvergütung werden wieder rund 125 Mill. DM gezahlt, davon 96 Mill. DM an die Autofahrer. Der Jahresüberschuß der Gruppe wird mit 65,5 (77,2) Mill. DM angegeben und der Bilanzgewinn mit 43,6 (69,1) Mill. DM.

Neun Ausfallschichten

Essen (dpa/VWD) – Auf den Zeichen und sonstigen Betrieben der Ruhrkohle AG wird im zweiten Halbjahr 1984 die Arbeit an insgesamt neun Werktagen ruhen. Damit soll wegen der noch anhaltenden Absatzschwierigkeiten die Förderung gedrosselt werden. Im ersten Halbjahr hatte es bereits zwölf Ausfallschichten gegeben. Für 1985 sind weitere 15 vorgesehen.

Rekord bei Auszahlungen

Bonn (dpa/VWD) – Über deutlich gestiegene Baugeldauszahlungen und Neuaufschüsse im ersten Halbjahr 1984 berichten die Bausparkassen in der Bundesrepublik. Wie der Verband der privaten Bausparkassen in Bonn berichtete, haben die Baugeldauszahlungen mit einem Zuwachs von über 7 Prozent auf fast 18 Mrd. DM ein neues Rekordniveau erreicht. Dazu hätten sowohl die Zuteilungen als auch die Gewährung von Zwischenkrediten beigetragen. Die Zuteilungen erhöhten sich bis Mai um 6,4 Prozent, die Zwischenkredit-

gewährungen sogar um 8,5 Prozent. Die Neuaufschüsse im ersten Halbjahr seien im ersten Halbjahr ebenfalls erneut angestiegen: Nach der Bausparsumme um 4,8 Prozent, nach der Anzahl sogar um 8 Prozent.

Olympus zuversichtlich

Hamburg (VWD) – Die Olympus Optical Co. (Europa) GmbH, Hamburg, erwartet für das am 31. Oktober zu Ende gehende Geschäftsjahr einen Umsatz von etwa 400 (340) Mill. DM. Das entspräche einer Steigerung um mehr als 15 Prozent. Im ersten Halbjahr war bereits Plus von 15 Prozent auf 195 Mill. DM erzielt worden. Aufgrund der Arbeitskämpfe hatte das Unternehmen zunächst eine Verschlechterung des Konsumklimas befürchtet.

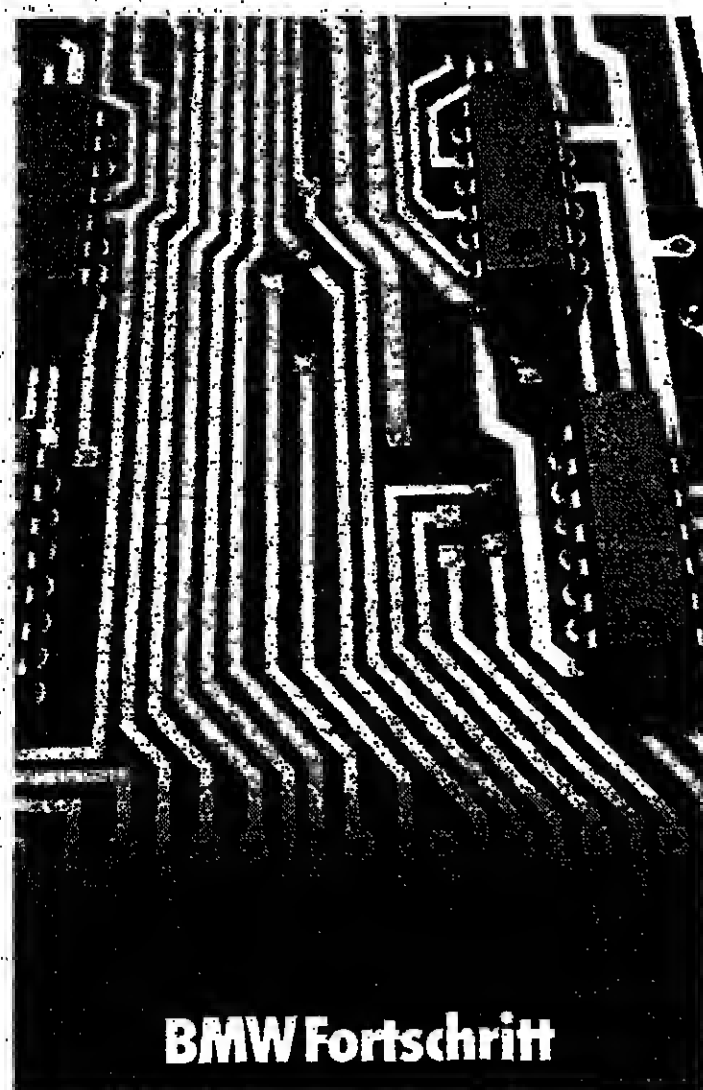
Leichter Umsatzanstieg

Münster (hdt) – Die in der Westfälischen Central-Genossenschaft eG, Münster, zusammengeschlossenen 209 Raiffeisen-Warengenossenschaften konnten 1983 ihren Umsatz auf 1,55 Mrd. DM leicht erhöhen. Ihre Mitglie-

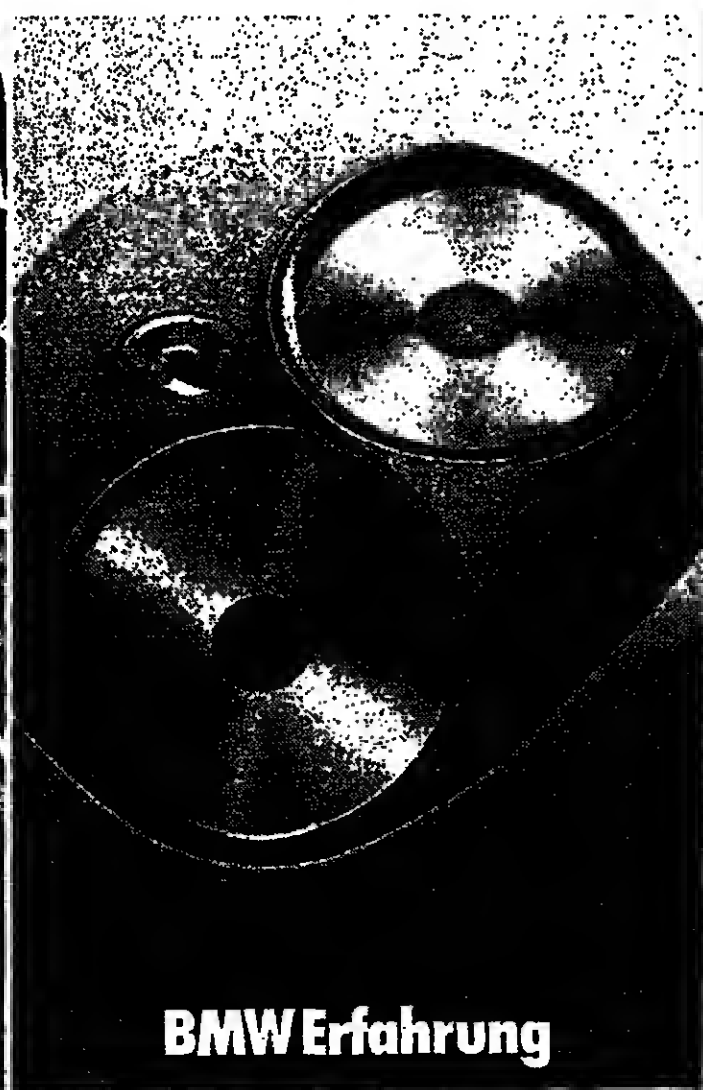
der erhalten neben einer Warenrückvergütung von 0,2 Prozent eine Nettodividende von sechs Prozent aus dem mit 2,97 Mill. DM ausgewiesenen Gesamtgewinn. Auf der diesjährigen Generalversammlung wurde die Ungewissheit auf dem Getreidemarkt beklagt, vor allem aber die schlechten Voraussetzungen für den Export in Drittländer.

Lack-Kooperation

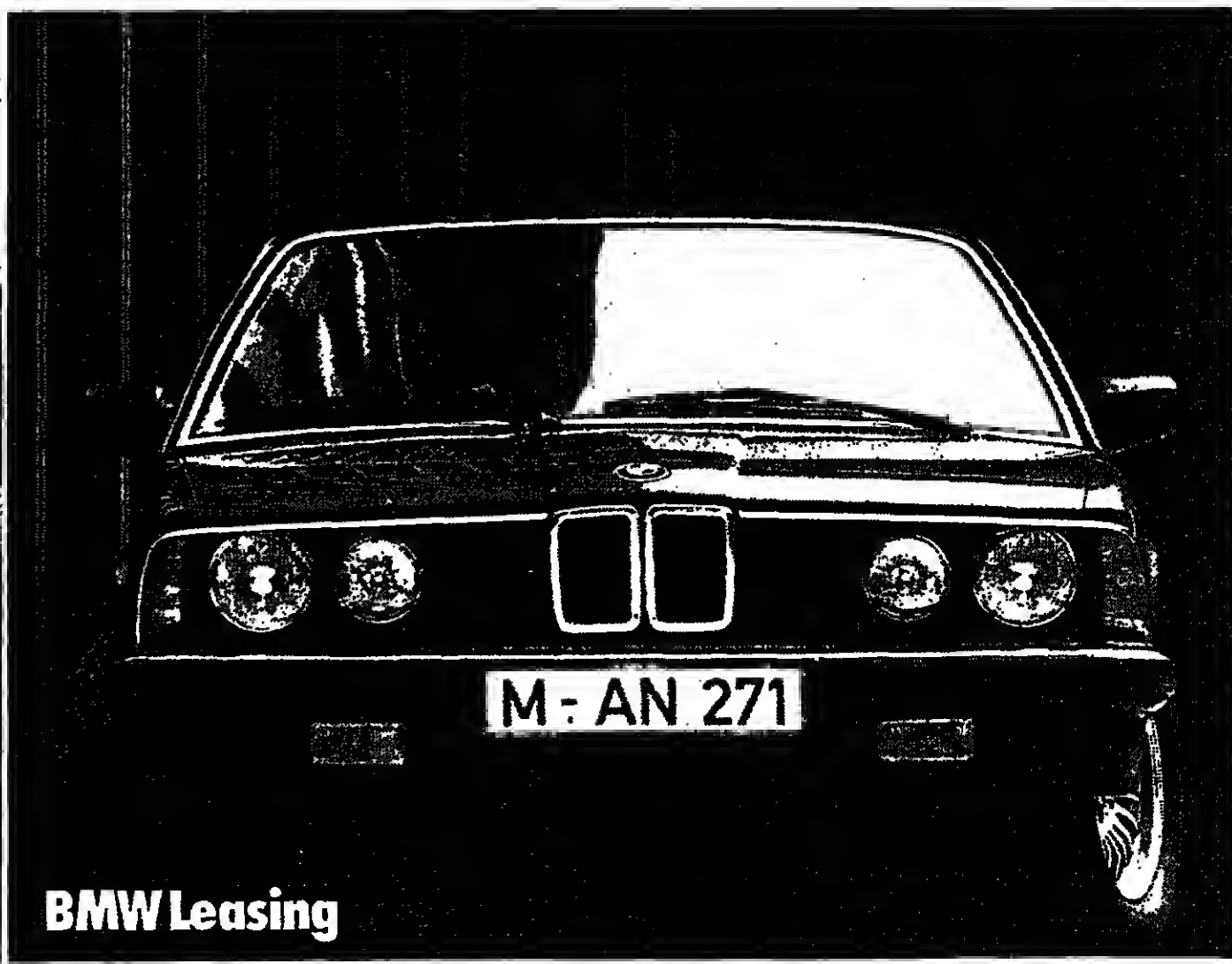
Düsseldorf (Py) – Die Ewald Dörken AG, Herdecke, einer der wenigen noch konzernunabhängigen Hersteller von Industrielacken, Bauenfarben und Kunststoffen in der Bundesrepublik, hat mit der britischen Familiengesellschaft Sonneborn & Rieck Ltd, Ilford, eine gesamte Tochtergesellschaft, die DSR Gesellschaft für Kunststoffbeschichtungen mbH, Herdecke, gegründet. Der britische Partner (Umsatz 1983: 55 Mill. DM) gilt weltweit führend in der Entwicklung und Herstellung industrieller Anstriche für Kunststoffoberflächen. Dörken (Umsatz 1983: 125 Mill. DM) beschäftigt zur Zeit 350 Menschen.



BMW Fortschritt



BMW Erfahrung



BMW Leasing

BMW Leasing:
Die erste Hälfte unseres Namens ist eine Verpflichtung. Die zweite ein Angebot, das Sie nutzen sollten.

Der Wille und die Fähigkeit, neue, fortschrittliche Lösungen zu verwirklichen und ein umfassendes Know-how, das aus einer langjährigen Erfahrung resultiert – das ist die Basis für die technologische Führungsposition des Automobilherstellers BMW. So ist BMW in der Lage, auch anspruchsvollsten Kunden mit einer Leistungsfähigkeit zu überzeugen, die in bedeutenden Belangen über derjenigen von Standard-Anbietern liegt. Und dieser hohe Leistungsanspruch ist auch für die BMW Leasing GmbH eine Verpflichtung. Beim BMW Leasing profitieren Sie besonders von der Vielseitigkeit und Flexibilität des Leistungsangebotes. Sie selbst entscheiden über den Umfang der Serviceleistungen, die Höhe der zu erwartenden km-Leistung und über die Vertragsdauer. Auch über einen eventuellen Modellwechsel während der Vertragszeit können Sie mit uns reden.

Diese Berücksichtigung Ihrer individuellen Bedürfnisse gibt Ihnen die Sicherheit, daß Sie alle Vorteile der Leasing-Idee auch wirklich voll ausschöpfen. Außerdem stehen Sie in direktem Kontakt zu BMW und damit zu einer bewährten Handelsorganisation und zu geschulten Spezialisten-Teams. Sichern Sie sich also alles, was Ihnen BMW zu bieten hat – auch beim Leasing.

BMW: Das Symbol für Fortschritt beim Automobil. Leasing: Das Wort für kaufmännisches Denken. BMW Leasing: Der Name für beides in einem.

BMW Leasing



[illegible][illegible][illegible]

05, 59, 67, 78, 86.

Als ausgelost werden sämtliche Schuldverschreibungen, deren Nummern in den zwei letzten Stellen (Zehner und Einer) eine der gezogenen Zifferngruppen aufweisen. Die Einlösung der am 16. Juli 1984 ausgelosten Stücke erfolgt vom 1. November 1984 ab zum Nennwert gegen Einreichung der Schuldverschreibung und der noch nicht fälligen Zinsscheine per 2. Mai 1985 utf. bei nachstehend verzeichneten Zahlstellen:

Hainbürgische Landesbank – Girozentrale –
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Berliner-Commerzbank Aktiengesellschaft
Bremer-Landesbank Kreditanstalt Oldenburg
– Girozentrale –
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Conrad Hinrich Donner
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Min Ablauf des 31. Oktober 1984 hört die Verzinsung der zum 1. November 1984 gelösten Schuldverschreibungen auf.

Der Betrag etwa fehlender Zinsscheine wird von dem Kapitalbetrag gekürzt.

Restanten:
Stücke mit den zweistelligen Endnummern
04, 09, 39, 49, 51 (per 1. 11. 1983)

Hamburg, den 16. Juli 1984

DER VORSTAND

Pflichtblatt für Deutschland

Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzveröffentlichungen an allen acht deutschen Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

W 2462

Kennzahlen zum Abschluß für das Geschäftsjahr 1983			
	1983	1982	
<u>Umsatzerlöse</u>			
Weltweit	1320 Mio. DM	1259 Mio. DM	
Inlandskonzern	875 Mio. DM	833 Mio. DM	
Internationales Geschäft	49%	49%	
<u>Ergebnis</u>			
Rücklagenzuführung	14 Mio. DM	13 Mio. DM	
Dividendensumme	26 Mio. DM	25 Mio. DM	
Dividende je 50-DM-Aktie	10,- DM	9,50 DM	
<u>Sachinvestitionen</u>			
Weltweit	63 Mio. DM	61 Mio. DM	
Inlandskonzern	51 Mio. DM	48 Mio. DM	
Abschreibungen in % der Sachinvestitionen	61%	55%	
<u>Konzernbilanz Inland</u>			
Bilanzsumme	602 Mio. DM	561 Mio. DM	
Anlagevermögen einschl. Konsolidierungs- ausgleichsposten	344 Mio. DM	311 Mio. DM	
Vorräte	131 Mio. DM	128 Mio. DM	
Forderungen	70 Mio. DM	61 Mio. DM	
Flüssige Mittel	16 Mio. DM	21 Mio. DM	
<u>Grundkapital</u>	132 Mio. DM	132 Mio. DM	
Rücklagen einschl. Namensgewinnscheine	92 Mio. DM	78 Mio. DM	
Sonderposten mit Rücklageanteil	20 Mio. DM	7 Mio. DM	
Pensionsrückstellungen einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Unterstützungseinrichtungen	107 Mio. DM	96 Mio. DM	
Andere Rückstellungen	64 Mio. DM	88 Mio. DM	
Langfristige Verbindlichkeiten	71 Mio. DM	69 Mio. DM	

ALTANA
Industrie-Aktien
und Anlagen AG


ALTANA

Sie wohnen in

Großbritannien

und wollen in der WELT inserieren? Dann wenden Sie sich bitte
an folgende Anschrift:

The Axel Springer
Publishing Group,
Kristian Wentzel
58 Jermyn Street,
London SW1Y 6PA
Tel.: 499/2994/5
Telex: 2 67 627

DIE  WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

WELT SONNTAG

01-835

Maximiert Mini-Etats
 „Das Große Buch der Miniaturen“ 1370
 Neuen DM 4, Ein Arbeits- und Ideenbuch alle
 gleichen, wenn Sie nicht unbedingt ganz ab-
 weichen und wirtschaftlich verfahren wollen.
 DM 148,- im Buchhandel (ISBN 9-58009336-3)
 o. b. Verlag per Scheck/KM mit Rückgaberecht.
 Postfach 40 10404/13, Telefon 09 30 35 51
 Süd-Strassman Werbeverlag, 0 bischen 40

Privatjammern.
 Barockschranke, .460, „Warrings“,
 NP ca. DM 30 000,- / 11 950,-, Barock-
 ohrenschüssel, Kammini, Barockschilde,
 Wandl., Kirmann 4 200-275, Kronl.,
 Wandl., Kristallamp., Spiel, v. DM 75,-
 -2000,-, Card, Jall, Mark, B., Lauf, u.
 v. Kleinfachern v. DM 5,- -150,-, alles
 neu und noch ungehört!
 Tel. 8 48 / 28 94 75, 20 27 08.

KUNST
 macht ihr Büro lebendiger
 Künstlerplakate • Originalgrafiken
 Skulpturen • Künstler-Wand-Tapette
Kauf - Miete - Leasing
 Kunstvertrieb • Galerie
 Bernd R. Wöhe
 Holstenstr. 1, 2000 Hamburg 50

Sonderaufgaben
aller Art . . .
 nach kundige Fille
 übernimmt Tag und Nacht unser
 eingespieltes Team

(WEDO) Organisationsservice
 Abt. 2
 Elthardshof, Wolfsburg, 25
 6790 Neustadt 1, Tel.: (0531)
 27 80 48, Telex: 4 54 838 (Joehldt)

Tel. 0 40 / 31 02 10

Anruferantworter
 mit Fernabfrage o. FTX

Funktelefone
 300 mtr. bis 20 Kilometer liefert
 nur für den Export

S. FöGL, Industrievertretungen
 THEISTENST. 128
 8000 MÜNCHEN
 Tel. 0 89 / 52 15 21, 2 72 00 39

ANSCREIBUNGEN

**IRBID DISTRICT ELECTRICITY COMPANY LTD.
THE HASHEMITE KINGDOM OF JORDAN
JORDAN-ENERGIE-ERSCHLIESSUNGSPROJEKT
IBRD KREDIT NR. 2371-JO**

Die Irbid Electricity Company Ltd. (IECO) bittet um Angebote über die Lieferung des nachstehend aufgeführten Materials CIF Aqaba, Jordanien. Die Projekte werden von der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) finanziert, und Angebote sind akzeptabel nur aus Mitgliedsländern der IBRD, der Schweiz und Taiwan. Diese Mitteilung über die öffentlichen Arbeiten folgt der allgemeinen Beschreibungsmitteilung für dieses Projekt, die im Development Forum Nr. 150 vom 16. Mai 1984 erschien.

Materialien für das elektrische Verteilungsnetz

1. Lieferung von rohrförmigen Stahlrohren, Bolzen, Schweißelektroden, Stahlband und -bleche sowie Aluminiumfarbe - 25114/01
Angebote werden erbeten für die Lieferung CIF Aqaba von folgendem:
44 825 schwerem Schweißstahlrohr von je 6 m Länge
257 300 Flustahlbolzen
3,3 t Schweißelektroden
167 t heißgewalzten Kohlenstoffstahl-Bündeln und -blechen
11 t Schutzlarie-Grundierung und Deckanstrich für Stahlarbeiten
Preis für Ausschreibungsdokumente US-Dollar 150 in Jordanien oder £ 115 in Großbritannien.
2. Lieferung von Hochspannungs-Holzmasten - 25114/02
Angebote werden erbeten für die Lieferung CIF Aqaba von folgendem:
4070 imprägnierte Holzmasten als Stütze für elektrische Verteilungsleitungen.
Preis für Ausschreibungsdokumente US-Dollar 150 in Jordanien oder £ 115 in Großbritannien.
3. Lieferung von 11-kV-Niederspannungs-Erdkabeln und Verbraucherkabeln sowie entsprechendem Montagematerial - 25114/03
Angebote werden erbeten für die Lieferung CIF Aqaba von folgendem:
2200 km 1000-Volt-Kabel, 12,1 km 11-kV-Erdkabel sowie 16,5 km isolierte Leitungsleitungen.
Durchgangverbinder, Parallelschellen, Kabelschuhe sowie Quetschwerkzeuge.
Preis für Ausschreibungsdokumente US-Dollar 150 in Jordanien oder £ 115 in Großbritannien.
4. Lieferung von Leitungsisolatoren und Abspannmaterail - 25114/04
Angebote werden erbeten für die Lieferung CIF Aqaba von folgendem:
7040 Leitungsmasten-Isolatoren, 3000 Abspann-Isolatoren
Spiralförmig vorgestrichene Fittings
Abspanndraht und Ankerstangen
Blinddraht, Scheuerband und Bügel
Preis für Ausschreibungsdokumente US-Dollar 150 in Jordanien oder £ 115 in Großbritannien.
5. Lieferung von Kilowatt-Stundenzählern und Miniatur- oder vergossenen Stromunterbrechern - 25114/05
Angebote werden erbeten für die Lieferung CIF Aqaba von folgendem:
23 850 Einphasen-220 V 10/60 A Kilowatt-Stundenzähler
550 3-Phasen 380 V 40/100 A Kilowatt-Stundenzähler
23 850 Einphasen-Stromunterbrechern
275 3-Phasen-Stromunterbrechern
Preis für Ausschreibungsdokumente US-Dollar 150 in Jordanien oder £ 115 in Großbritannien.

Ausschreibungsdokumente stehen am oder nach dem 23. Juli 1984 zur Verfügung und sind einschließlich auf schriftliche Anforderung an Irbid District Electricity Company Ltd., P. O. Box, Irbid, The Hashemite Kingdom of Jordan, begleitet von einem Scheck über den entsprechenden Betrag wie oben angegeben in £ oder bei Preces Cardew & Rider Ltd., Prudential House, 100 Bishopsgate, Brighton, Sussex BN1 1BW (Großbritannien), Beratungsgesellschaft für IRBID District Electricity Company Ltd., gegen Zahlung des oben angegebenen Sterling-Betrages. Diese Beträge sind nicht rückzahlbar.

Ausschreibungsunterlagen bestehen aus drei Dokumenten, von denen eines die allgemeinen Vertragsbedingungen (IEE/Mech/E General Conditions of Contract „B“) enthält. Zwei Exemplare der Angebote müssen dem IOECO-Büro in Irbid bis 12 Uhr mittags, wie folgt, vorliegen: 15. September 1984 für 25114/01 und 02; 16. September 1984 für 25114/03 und 04; 17. September 1984 für 25114/05.

Verlängert werden Festpreis-Kontrakte. Die Angebote müssen für vier Monate gültig und von einer für 4 Monate gültigen Bietungskauttion gemäß Angaben im Dokument begleitet sein.

Was ohne Sardi's tun?

ix - Die Preise sind hoch, das Essen mittelmäßig, die Bedienung unfreundlich: Wenn ein Restaurant in New York, wo es deren fast 15 000 gibt, dennoch seit Jahrzehnten fast regelmäßig nicht alle Gäste unterbringen kann, die sich um einen Tisch bemühen, muß es damit seine eigene Bewandnis haben. Sardi's, inmitten des Times-Square-Theaterviertels in der 44. Straße gelegen, ist eben kein gewöhnliches Restaurant. Man sucht es nicht nur, vielleicht überhaupt nicht des Essens und Trinkens wegen auf, sondern weil man die Protagonisten des New Yorker Theaters sehen will, die es zu ihrem Stammlokal erkoren haben. Jetzt wurde Sardi's von seinem 68jährigen Eigentümer Vincent Sardi, dessen Vater es gegründet hatte, verkauft und soll einer gründlichen physikalischen wie kulinarischen Renovierung unterzogen werden. Das bedeutet, daß es in absehbarer Zeit einige Monate geschlossen werden muß.

Hoffentlich wird diesem Neugeburt nicht die Sardi-Tradition zum Opfer fallen. Hier finden seit Jahren nach Broadway-Premieren die von Produzenten veranstalteten Parties für das Ensemble und die übrigen Beteiligten statt. Hier werden die ersten Exemplare der "New York Times" mit der Kritik gegen ein Uhr morgens abgeliefert. Und angesichts der zunehmenden Bedeutung der Theaterkritiken in Fernsehen - etwa ein bis zwei Minuten während der regulären Nachrichtensendungen um 23 Uhr - werden im ersten Stock von Sardi's an den Premierenabenden sogar mehrere Fernsehgeräte intensiv genutzt.

Bei Sardi's treffen sich schon zum Mittagessen die Leute vom Bau; hier bringen sich Schauspieler, die noch genügend Geld für die hohen Sardi-Preise haben, den viel leicht anwesenden Regisseuren und Produzenten in Erinnerung; hier werden Besetzungen ausgehandelt und Einzelheiten bevorstehender Aufführungen geregelt, kurzum, bei Sardi's muß man sich sehen lassen, wenn man gesehen werden will.

Was also tun in der schrecklichen, der Sardi-losen Zeit?

Von der Konkurrenz beflügelt: Klett-Cotta's Bibliothek der Moderne Mit dem Fundus wuchern

Ein Verleger muß wissen, was er tut. Ob er auch tut, was er weiß? Michael Klett zumindest glaubte, zu wissen, daß er recht damit tat, als er 1982 eine neue Buchreihe vorstellte. Es war dies "Cotta's Bibliothek der Moderne". Und sie ist dies noch immer, mittlerweile ist sie bei der Nummer 27 angelangt.

Mehr als zwei Dutzend Titel: da hat eine Reihe schon ein Gesicht. Auch äußerlich. Angesiedelt zwischen Taschenbuch und Hardcover reihen sich die handlichen, stabilen Bändchen aneinander, ohne uniform zu wirken. Dafür sorgt die unterschiedliche Einfärbung des ansonsten einheitlichen Layouts auf den Schutzumschlägen.

Farbe, die muß man schon bekennen: im typographischen angewandten wie im programmatischen inhaltlichen Sinne. Denn schließlich gibt es Nachbarn, friedliche zwar, aber gleichwohl konkurrierende. Brechen die "Manesse Bibliothek der Weltliteratur" und "Winkler Weltliteratur", deren Programm durch alle Zeiten und Zonen geht, nur gelegentlich in das Revier der Moderne ein, so verfolgt dies die im Walter Verlag erscheinende und von Bernd Jentzsch herausgegebene Reihe "Walter Literarum" ganz konsequent. Sie legt mit Vorliebe vergessene Bücher und Autoren aus dem deutschsprachigen Raum, von diesem Jahr an auch aus dem fremdsprachigen Bereich vor. S. Fischer tut das mit seiner Bibliothek schon ein paar Jahre länger, und die "Bibliothek Suhrkamp" ist geradezu ein Synonym für moderne Weltliteratur geworden.

Das hat den Klett-Cotta Verlag aber offenbar nicht bekümmert, vielleicht eher beflügelt. Zudem wollte man mit dem Fundus, hier dem Fundus, wuchern. Denn das Gesamtprogramm des Verlages enthält z. B. 18 Bände von Ernst Jünger, 12 von Rudolf Borchardt, 7 von Gottfried Benn. Daraus lassen sich schon Häppchen schneiden und (aus Käufersicht) Schnäppchen machen.

Ökonomisch riskant dürfte die Reihe also kaum sein. Ein ästhetisches Risiko ist, im Unterschied zur graphischen Behandlung des restlichen Verlagsprogramms durch Heinz Edelmann, auch nicht zu erkennen.

Wie steht es mit dem inhaltlichen, dem literarischen Risiko?

Werfen wir einen Blick auf die Liste der ersten sieben Nummern: Ernst Jünger, Gilbert K. Chesterton, Jean Améry, Pierre Jean Jouve, Doris Lessing, Edward E. Cummings und Wilhelm Lehmann. Gewiß ist Jean Améry ein Autor der Moderne. Aber ist er auch ein moderner Autor? Und Doris Lessing? Sie ist eine Schriftstellerin von Weltrang, Verfasserin meisterlicher Romane. Aber ihre Geschichten sind eher konventionell als modern. Und Chesterton, der Erfinder des Pater Brown, ein Moderner? Und - um weitere Autoren der Cotta-Reihe zu nennen - Britting, Marinetti, George?

Aber was oder wer ist schon modern? Marinetti mochte es gewesen sein, als er in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg die Worte in eine anarchische Freiheit katastrophierte. Aber 1932, als seine "Futuristische Küche" erschien, die jetzt bei Cotta wiederveröffentlicht wurde, war er mit seiner Moderne immer noch nicht am Ende. Vielmehr glaubte er sie allen Ernstes in einem "Optimismus bei Tisch" aufheben zu können, was zu kulinarischen Kompilationen, wenn nicht Katastrophen führen mußte. Dennoch kann heute amüsant sein, was schon damals als Delikatesse galt: ein Menü mit "kandierte atmosphärischer Elektrizität" etwa oder "rohes Fleisch, vom Klang der Trompete ausgeleitet" oder auch nur ein sogenanntes "Extremistenmahl".

Aber das macht ja gerade den Reiz dieser Bibliothek aus: hineingreifen zu können ins volle Literaturleben - ohne zu merken, daß es "nur" Klett-Cotta-Autoren sind. Oh dies sind wichtige Autoren mit wichtigen Büchern, wie Gottfried Benn mit seinem "Doppelgänger" (1934 bzw. 1950), oh dies wichtige Autoren mit unbeachteten Publikationen sind, wie Ilya Ehrenburg mit seinem 1929 geschriebenen Roman "Das Leben der Autos", oder oh dies unbekannte Autoren mit originellen Beiträgen sind, wie der 1918 in Paris geborene Louis-René des Forêts mit seinem Monolog "Der Schwärzer" (1946). Zwei Wiederauflagen aus dem kürzlich erschienenen Fortsetzungs-

paket seien besonders herausgegriffen. Eine empfehlenswerte Urlaubslektüre. Sie macht Taucherferien überflüssig. Sie garantiert, daß man erst dann wieder Luft holt, wenn man die Buchdeckel zugeklappt hat.

Da ist einmal Karel Capek, dieser großartige tschechische Schriftsteller, das düstere, unheilvolle Alter ego seines Landsmannes Jaroslav Hasek. Er erfand das Wort "Roboter", 1920, ein Wort, das sich wie ein Eintrag in das Buch der Menschheitsgeschichte liest. Aber er konnte auch anders. 1933 hat er seinen "Hordubal" geschrieben: ein Buch, strotzend vor Sinnlichkeit. Man merkt dem Roman nicht an, wie kunstvoll er gebaut ist. Ein herzenguter Mann, zu scheu, aber auch zu schwach, um die Dinge wieder vom Kopf auf die Beine zu stellen, verwegener nur in seinen Träumen: das ist Hordubal, der in Amerika harte Dollars verdient hat und auf seinen Bauernhof zurückkehrt. Aber der Platz an der Seite seiner Frau ist bereits besetzt.

Demgegenüber ist Louise de Vilmorin eine Meisterin der amnütigen Causerie. 1954 sind in Frankreich ihre "Belles Amours" erschienen. Ein Roman von heiterer Köstlichkeit, ein Buch über die Liebe. Das hübsche Traurigkeit, das es auch geben muß, wird rasch wieder wettgemacht. Ein verwirrend konventionelles Buch. Man lebt (im guten Hause) und liebt (aus vollen Zügen) irgendwo im Frankreich des 19. Jahrhunderts. Man wundert sich über beiläufig eingestreute Hinweise, daß es in Wirklichkeit das 20. Jahrhundert ist.

Natürlich kann "Cotta's Bibliothek der Moderne" nur einen Ausschnittsblick auf die literarischen Vorratskammern bieten. Genau genommen ist es nicht einmal ein Türspalt. Gleichwohl ermöglicht die Reihe eine Optik, die es gestattet, Facetten der literarischen Wirklichkeit zu erkennen, die zugleich unser aller Wirklichkeit ist. Große Namen laufen neben Außenseitern, Essays neben Gedichten, schwere Brocken neben leichter Kost. Cotta's Bibliothek ist eine bunte Sammlung, ohne scheinbar zu sein, eine Reihe mit Anspruch, aber ohne Hochmut.

WOLFGANG MINATY



„Eine Kinderlehre auf dem Lande von einem Dorfplaner“ (1915), Titelkupfer, aus der Münchner Ausstellung

FOTO: KATALOG

München: „Von der Aufklärung zur Romantik“

Protokolle des Geistes

Von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war München ein zentraler Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen rationalistischer Aufklärung und romantisch-romantischem Weltverständnis, die von Klerikern und Laien, Einheimischen und Berufenen mit äußerster Schärfe und Polemik geführt wurde. Die Ausstellung „Von der Aufklärung zur Romantik - Geistige Strömungen in München“ in der Bayerischen Staatsbibliothek versucht diese geistesgeschichtliche Epoche mit 300 Exponaten (Drucke, Handschriften, Graphiken und Gemälde) präzise zu dokumentieren. Die „Protokolle des Geistes“, die hier in hellen Vitrinen ausgereiht sind, zeigen, wie mit der Überwindung der Aufklärung durch die Romantik in Bayern und wohl in ganz Süddeutschland ein erneuertes Christentum auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens, auf Staat und Volk, aber vor allem auf Künste und Wissenschaft fruchtbar einzuwirken begann.

Die Ausstellung ist chronologisch in drei Abschnitte gegliedert. Im ersten Teil erleben wir den unter den Kurfürsten Maximilian III. Joseph und Karl Theodor (1745-1799) einsetzenden kirchenpolitischen Wandel, der auf eine immer stärkere Zurückdrängung des Einflusses der Kirche in weltlichen Angelegenheiten abzielte. Vor allem das bis dahin von den Jesuiten und ihrem scholastischen Lehrsystem geprägte Schul- und Bildungssystem wurde damals von einer staatlich gelenkten Schulpolitik abgelöst. Höhepunkte dieser frühen Phase der Aufklärung in Bayern, die durch reichliche Literatur auf dem Gebiet des Romans, des Schauspiels und Zeitschriftenwesens hervorstrahlte, waren die Gründung der Kur-bayerischen Akademie der Wissenschaften 1759 und der 1776 von Adam Weishaupt ins Leben gerufene radikale antikirchliche Geheimbund der Illuminaten. Fasziniert liest man die akademischen Reden von Ickstatt, die hier ebenso ausbreitet sich wie der Romantismus zum „Leben des guten Jünglings Engelhof“ von Lorenz von Westenrieder, der Illuminaten-Roman par excellence.

In jenem Jahrhundert breitete sich von Bayern aus auch der mystische Orden der Gold- und Rosenkreuzer aus; ebenso griff eine neue Welle pietätischer, bild- und Fotokopien-Puzzle. Die einen griffen zur Spraydose und ließen allerhöchsten Tachismus leuchten. Andere gehen kleidend in die dritte Dimension, halb Malerei, halb Skulptur, „Kunst greift Dich“, steht unter einer in leuchtenden Farben treibenden Mädelgestalt.

Mit Laser und Mikropennen schleudert H. P. Kuhn den Lärm der Kräder, Mofas, PS-Schlitten und Peterwägen über Lautsprecherbatterien zurück ins Gewölbe. Über allem die alten Graffiti: „1000 Küsse für Isabella“ und „Bernhard - was sonst“.

Das Unternehmen hat Pep und Witz. Zwischen den blitzschnellen Hervorbringungen eines Rush-hour-Infornel und den Figuren, die aus dem Unterbewußtsein gestiegen scheinen, funkelt Humor. Da hat jemand einen goldenen Rahmen, Typ Barock, an die Wand gehängt. Wer ihn kauft, löst Alarm mit Blaulicht aus. Christian Hasucha, der Neu-Da-da, hat schließlich die fieseren Röhren vor hellem Hintergrund märchenhaft blau gepinselt. Ein Kollege überbleibt das trostlose Unfall-2 CV am Rande des Trottoirs zur reglementierten Zeitungs-Ente.

Der eine sieht mehr black und monochrom, der andere bedient den Metall-Sprüher, und ein Mann mit dem italo-deutschen Namen Tedesco pünktet unerbötlich leckere Setze aus Plastik an die Wand. Von pastellgetönten Farbfeldern bis zur hrennenden Synthetik-Attacke ist alles da. Belfahrer haben es besser unter den Yorkbrücken: Gut anschauen und in Ruhe hinaus schauen.

Einen Vogel hat wiederum Raffael Rheinsberg abgeschossen, jüngster Kunstpreisträger der Deutschen Kritiker: Er breitete oben auf einer lahmgelagerten Brücke, zwischen den Geleisen, rostige Fundstücke des Terrains aus, poetisch und archaisch.

Und noch was: Aus einer Collage sieht man sogar den alten Rubens blitzen. Raub der Sabinerinnen - und das an der Yorkstraße!

PETER H.GÖPFERT

Werkstatt-Tage des „DDR“-Schauspiels in Leipzig

Wasch mir den Pelz

Auch in unserem Theater gibt es Angst, Neigungen zum Festalismus“, erklärte Christoph Schroth, Schauspielregisseur des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin, während einer Diskussion im Rahmen der unlängst in Leipzig stattgefundenen IV. Werkstatt-Tage des „DDR“-Schauspiels, an denen sich etwa 180 Theaterkünstler von nahezu allen „DDR“-Bühnen beteiligten.

Zur Diskussion gestellt wurde in Leipzig zeitgenössische „DDR“-Dramatik in der Interpretation von sieben Ensembles, die sich - so die Veranstalter - „um die Stücke unserer Gegenwartskunst besonders verdient gemacht haben“, darunter das Leipziger Theater mit seinen Inszenierungen „Flugversuch“ von Uwe Saeger und „Leo und Rosa“ von Helmut Baierl, das Schauspielhaus Karl-Marx-Stadt mit „Denkmal“ von Jürgen Groß, das Schwedter Theater mit „Legende vom Glück ohne Ende“ von Ulrich Plenzdorf, das Staatstheater Schwerin mit Volker Brauns „Dmitri“ (basierend auf Schillers „Demetrius“-Fragment) sowie das Potsdamer Hans-Otto-Theater mit Armin Stolpers „Das Gemälde“ (nach dem gleichnamigen Roman von Danil Grainin).

Sämtliche Aufführungen und die sich ihnen anschließenden Diskussionen verdeutlichten einmal mehr, daß die „DDR“-Gegenwartsdramatik in einer tiefen Krise steckt: die selbst von einem linientreuen SED-Funktionär wie Prof. Wolfgang Heinz, Präsident des „DDR“-Theaterverbandes, nicht verschwiegen werden kann. „Das vielleicht schwerwiegendste Problem besteht wohl darin, daß in den letzten Jahren unser Theater in seiner Wirksamkeit nicht Schritt gehalten hat mit den Erfordernissen unserer Gesellschaftsentwicklung - im quantitativen Sinne wie im qualitativen, wenn ich zum Beispiel an die neue Dramatik denke.“

Zu den Fakten: Beweis für die reale Situation ist u. a., daß die meisten „DDR“-Stücke auf literarischen Vorlagen beruhen und keine „DDR“-Alltagsprobleme behandeln. In diesem Zusammenhang betonte Peter Reichel, Dozent an der Karl-Marx-Universität Leipzig: „Der direkte Zugriff auf DDR-Wirklichkeit, die unvermittelte dramatische Aneignung von Stoffen und Sujets unserer unmittelbaren Gegenwart erweisen sich momentan offenbar als besonders schwierig... Während in den Vorjahren überwiegend Prosawerke des deutschen Realismus und dominierend solche der DDR-Literatur selbst dramatisiert wurden (Berlin-Alexanderplatz, Das siebte Kreuz, Franziska Linkerhand, Kippenberg, Gatt), sind die Quellen der jüngsten Dramatisierungen zeitlich-räumlich weniger markant zu bestimmen, unsere sozialistische Nationalliteratur fehlt sogar ganz.“

Reichel unterschlägt, daß der „Mangel an originaler Zeitdramatik“ Ausdruck der Angst immer wieder von der SED-gemäßigter Autoren ist, irgendein Risiko einzugehen. Ist doch den Stückeschreibern hinlänglich bekannt, daß sich - wie die Ostberliner Zeitschrift „Theater der Zeit“ eingestehen mußte - „nur einige Regisseure mit Potenz und Engagement kräftig für die theatralische Realisierung der Gegenwartsdramatik einsetzen“, während andere - und sie bilden die Mehrheit - „vornehme Zurückhaltung üben“, weil die von der SED geforderten Polit-Schauspiele von den meisten Theaterbesuchern abgelehnt werden.

Sind neue Stücke aber nicht auf eine Kommentierung satissam bekannter SED-Parolen aus, sondern stellen sie eine vorsichtige Widerspiegelung der Wirklichkeit im System des real existierenden Sozialismus dar, oder erfinden sie eine eigene, eine Wirklichkeit des Spiels, dann werden sie von den SED-Kulturfunktionären scharf kritisiert oder gleich ganz vom Schafplan abgesetzt. Wen wundert's also, wenn von den rund 40 Aufführungen der letzten beiden Jahre ganze sieben Inszenierungen die sogenannte „zentrale Ebene des Leistungswettbewerbs“ der Leipziger Werkstatt-Tage erreichten? Daß deren Ergebnis zudem überaus mager war, darf ebensowenig wundernehmen.

HARALD BUDDE



Sein Stück „Dmitri“ kam zuerst in Westdeutschland heraus: „DDR“-Dramatiker Volker Brauns

FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

Kunst im Vorbeifahren: „Die Anweisung“ in Berlin

Süchtig nach Pesthauch

Heute nacht wird sich zeigen, was es heißt, jung zu sein“, die Bekleideweise für einen Kinofilm bekam plötzlich ganz neuen Sinn: Die Künstler-Kooperative „Anweisung“ hatte frech ihre eigene Werbung in das Kinoposter hineingelegt. Es war noch längst nicht Nacht, aber das junge Publikum strömte am vergangenen Wochenende an die Yorkstraße. Ausgereicht dort, wo man sonst auf die Tube drückt, um möglichst schnell durchzukommen, staute sich eine unkonventionelle Kunstszene. Kein Vernissageparfüm. Keine Professorenrede.

Schauplatz: Ein Horrortrip auf dem Berliner Stadtplan, der misere, kaputte Korridor zwischen Kreuzberg und Schöneberg, unter den meistenteils abgewrackten Eisenbahnbrücken, Lagerplätze, verfallene Fassaden, U- und S-Bahn-Pommes-Bude. Odeur von ranzigem Fett, Auto-Abgasen und Urin. Für zehn Tage atmet das Kunstvolk diesen Pesthauch beinahe süchtig. Der morbide Schlauch hat Großstadt-Air. Er ist auf schweißeliche Weise schön. Die meisten der fieschen Plakatlitzten haben Urlaub, wie die tausend Türken, die rundum ihr Gepäck auf Autodächer schnüren. Aber der Camel-Mann ist noch da: „Der Weg lohnt sich“ - da hat er recht.

Schon Wochen zuvor hatte ein Werbetransparent am Bahnhof Zoo Passanten und Autofahrer rätseln lassen, was denn hinter „Die Anweisung“ und dem bewussten Ereignis unter den Yorkbrücken stecken könnte. Nun wissen wir's.

Rund fünfzig Künstler sind mit von der Partie, darunter gut bekannte Namen, aber auch viele, von denen die Galeriepupille noch nie etwas wahrgenommen hat. Alle haben sie in die Kasse gezahlt, um die Plakatlitzten für eine gute Woche anzumieten. Manche haben allerdings einen freundlichen Kunstverein als Sponsor im Rücken.

Wo sonst für Suppe und Nikotin, für Kräutertinktur und Deo geworden wird, ist die Remstrecke frei für Col-

lage, Bild- und Fotokopien-Puzzle. Die einen greifen zur Spraydose und lassen allerhöchsten Tachismus leuchten. Andere gehen kleidend in die dritte Dimension, halb Malerei, halb Skulptur, „Kunst greift Dich“, steht unter einer in leuchtenden Farben treibenden Mädelgestalt.

Mit Laser und Mikropennen schleudert H. P. Kuhn den Lärm der Kräder, Mofas, PS-Schlitten und Peterwägen über Lautsprecherbatterien zurück ins Gewölbe. Über allem die alten Graffiti: „1000 Küsse für Isabella“ und „Bernhard - was sonst“.

Das Unternehmen hat Pep und Witz. Zwischen den blitzschnellen Hervorbringungen eines Rush-hour-Infornel und den Figuren, die aus dem Unterbewußtsein gestiegen scheinen, funkelt Humor. Da hat jemand einen goldenen Rahmen, Typ Barock, an die Wand gehängt. Wer ihn kauft, löst Alarm mit Blaulicht aus. Christian Hasucha, der Neu-Da-da, hat schließlich die fieseren Röhren vor hellem Hintergrund märchenhaft blau gepinselt. Ein Kollege überbleibt das trostlose Unfall-2 CV am Rande des Trottoirs zur reglementierten Zeitungs-Ente.

Der eine sieht mehr black und monochrom, der andere bedient den Metall-Sprüher, und ein Mann mit dem italo-deutschen Namen Tedesco pünktet unerbötlich leckere Setze aus Plastik an die Wand. Von pastellgetönten Farbfeldern bis zur hrennenden Synthetik-Attacke ist alles da. Belfahrer haben es besser unter den Yorkbrücken: Gut anschauen und in Ruhe hinaus schauen.

Einen Vogel hat wiederum Raffael Rheinsberg abgeschossen, jüngster Kunstpreisträger der Deutschen Kritiker: Er breitete oben auf einer lahmgelagerten Brücke, zwischen den Geleisen, rostige Fundstücke des Terrains aus, poetisch und archaisch.

Und noch was: Aus einer Collage sieht man sogar den alten Rubens blitzen. Raub der Sabinerinnen - und das an der Yorkstraße!

PETER H.GÖPFERT

KULTURNOTIZEN

Rose Ausländer (83) erhielt das Große Bundesverdienstkreuz. Die Lyrik der Dichterin wird vom Fischer-Verlag in einer mehrbändigen Werkausgabe neu herausgebracht.

Die Stadtparkasse Hannover hat einen Kunstpreis in Höhe von 10 000 DM gestiftet, der im Rahmen der „Herbstausstellung niedersächsischer Künstler“ alle zwei Jahre vergeben werden soll.

Antoine Vitez, der Direktor des Pariser „Théâtre National de Chaillot“, (TNC) ist für weitere drei Jahre in seinem Amt bestätigt worden.

Das Vivaldi-Festival von Venedig

(3.11.9) beginnt mit Roland Petis Balletttruppe, die seine neue Choreographie nach den „Vier Jahreszeiten“ auf dem Marktplatz tanzt.

Die Europäische Sommerakademie für bildende Kunst ist in Trier eröffnet worden.

Die Detmolder Martin-Luther-Kantorei hat eine dreiwöchige Konzertreihe nach Brasilien beschlossen.

Eine neue „Faust“-Übersetzung des Franzosen Jean Malaplate (81), der Deutsch studierte und die Elitehochschule ENA absolvierte, wurde im Verlag Flammarion herausgegeben.

JOURNAL

Sommerliche Musiktage in Hitzacker

HOS, Hamburg

Die 39. Sommerlichen Musiktage Hitzacker finden vom 28. Juli bis zum 5. August statt. Das Programm umfaßt Kammermusik vom Barock bis heute. Zu den Höhepunkten der Konzerte gehören Goethes Singspiel „Erwin und Elmire“ mit Musik von J. F. Reichardt wie auch die Uraufführung der im 6. Kompositionswettbewerb der Sommerlichen Musiktage mit Preisen ausgezeichneten Werke.

Eartha-Kitt-Tournee in der Bundesrepublik

dpa, Berlin

Die amerikanische Pop- und Chansonsängerin Eartha Kitt wird auf ihrer Europatournee im September in der Bundesrepublik gastieren. Ab 8.9. wird sie neben Hamburg, Stuttgart, Köln und Düsseldorf auch München, Berlin, Ludwigshafen und Frankfurt besuchen.

Neue Transkription chinesischer Schrift

AFP, Peking

Neue Systeme zur Transkription chinesischer Schriftzeichen per Computer sind von zwei chinesischen Forschern in getrennter Arbeit entwickelt worden. Mit dieser Methode können im Computer gespeicherte Programme mit Hilfe einer Tastatur mit den Buchstaben des lateinischen Alphabets auf den Bildschirm geholt werden.

Stefan Diestelmann: Plattenvertrag

ow, Hamburg

Der vor kurzem aus der „DDR“ in den Westen übergesiedelte Blues-sänger Stefan Diestelmann hat einen langjährigen Schallplatten- und Verlagsvertrag mit dem Münchner Musikproduzenten Ralph Siegel unterschrieben. Er brachte dem Sänger eine sechsstellige Vorauszahlung ein. Diestelmann will demnächst in seine Geburtsstadt München übersiedeln.

John Huston erhielt französische Ehrung

AFP, Puerto Vallarta

Dem amerikanischen Filmregisseur John Huston (77) sind von der französischen Regierung die Insignien eines „Commandeur des arts et des lettres“ für seine „herausragenden Verdienste auf dem Gebiet der Kultur“ verliehen worden. Von Huston stammen Leinwandklassiker wie „Der Malteserfalk“ aus dem Jahre 1937, „Key Largo“ und „The African Queen“. Als nächstes Projekt hat er die Verfilmung des Romans von Gabriel Garcia Marquez „El otoño del patriarca“ (Der Herbst des Patriarchen) vor.

Ausstellungen zu Beginn der Bayreuther Festspiele

dpa, Bayreuth

Mit den Ausstellungen „Welt Theater-Welt, Wolfgang Wagner - Stationen einer Biographie“ und „Richard Wagner und Dresden“ ist in Bayreuth die 73. Festspielaison eingeleitet worden. Die Festspielleitung zeigt im neuen Rathaus Leben und Werk des Leiters der Bayreuther Festspiele, der am 30. August seinen 65. Geburtstag feiert. Die Parallelausstellung „Richard Wagner und Dresden“ ist eine Leihgabe der Dresdner Staatsober. Neben einer umfassenden Bildokumentation steht im Mittelpunkt der farbige Originalentwurf zum Schmuckvorhang des ersten Semperbaus in Dresden. Beide Ausstellungen sind bis zum 30. August zu sehen.

ROSE-MARIE BORNGASSER

Neue Penderecki-Platte löst in Polen heftige Musik-Diskussionen aus

Umkehr zu nationalen Tönen

In der jüngsten Nummer der polnischen Musikzeitschrift „Ruch Muzyczny“ findet eine bemerkenswerte Diskussion über klassizistische Tendenzen in der gegenwärtigen polnischen Musik statt. Als wichtiger Kronzeuge zitiert wird unter anderem immer wieder der ehemalige Avantgardist Krzysztof Penderecki mit seinem „Te Deum“. Diese lateinische Hymne wurde, so schreibt Regina Chlopicka im Begleittext zur jüngst erschienenen Plattenaufnahme bei EMI, in Polen immer dann gesungen, wenn das Land seine Unabhängigkeit verlor oder bei Feierlichkeiten zum Jahrestag eines großen historischen Ereignisses.

Die Besucher des Musikfestivals „Warschauer Herbst“ 1981 erinnern sich eindringlich der polnischen Uraufführung inmitten des bunternden Landes als eines glühenden Symbols der Hoffnung und der ungebrochenen christlichen Beziehung und europäischen Latinität dieser westslawischen Kultur; der „Warschauer Herbst“ wurde danach zu einer Art Gottesdienst. Drei Monate später wurde das Kriegsgeschehen verhängt - der Krieg, wie die Warschauer spöttisch sagen.

Ursprünglich war die Komposition gedacht anlässlich der Berufung Jo-

hannes Pauls II. zum Papst. Ebenso war das zweite Stück auf der Platte „Lacrimosa“, eine Auftragskomposition aus speziellem Anlaß: Die Gewerkschaft „Solidarnosc“ hatte es nämlich zur Einweihungsfeier des Danziger Denkmals zu Ehren der 1970 ums Leben gekommenen Arbeiter bestellt. Geschichtsträchtige Stücke - und Geschichte ist eine Dimension polnischen Denkens - wurden hier dokumentiert: die Revolutionen des 20. Jahrhunderts.

Ihre Sprache ist eher subtil, mitunter auch „flüchtig“ und von einer barocken, konventionellen Monumentalität. Ein entscheidender Grund dafür scheint, daß die polnische Kultur ihre tiefen Wurzeln in der italienischen Kultur hat - ihr Katholizismus war Bindeglied und Identitätszufucht in all den Jahrhunderten der Teilung, und diese Zufucht ist gerade unter den heutigen polnischen Musikern wieder recht aktuell geworden.

Die polnische Musik hatte 1956 einen Höhenflug angetreten, ihre experimentierende Avantgarde erlangte Weltbedeutung, und Krzysztof Penderecki gehörte zu ihren Gründern. In Spuren von Paris und Darmstadt verwirklichte man hier ein Kunstideal, über das man in Osteuropa den

Atem anhielt. Wie ein gewaltiger Magnet zog der „Warschauer Herbst“ die selbständigen Musiker aus den Nachbarländern an.

Man begegnete in Warschau Stockhausen, Boulez, Cage und Nono. Und dann dieser „Umfall“ gerade der polnischen Wegbereiter? Pendereckis Oper vom Verlorenen Paradies, Henryk Mikolaj Gorecki „Sinfonie der Klageklänge“ waren Stationen einer Umkehr zu einer international kaum verstandenen nationalen Musiksprache.

Diese Musiksprache - anknüpfend an die kirchlichen Hymnen und die weihnachtlichen Kollenden, ist in Polen überall verständlich. Penderecki wurde zum Nationalheiligen wie Chopin; es gibt keine Aufführung, zu der das Publikum nicht hinströmt. Die prominentesten Sänger stehen bereit - hier Jadwiga Gadulanka, Ewa Podles, Wieslaw Ochman und Andrzej Holski, der Polnische Rundfunkchor Krakau und das Sinfonieorchester des Polnischen Rundfunks haben unter Leitung des Komponisten die Stücke aufgenommen. Klangtechnisch ist die Aufnahme mit westlicher Tontechnik aus den Kattowitz Studios allerdings nicht optimal geraten (EMI 1 C 067/1 43 82 31).

DETLEF GOJOWY

Sympathie und Mitleid für „Bubi“ Scholz

F. DIEDRICH, Berlin

Mord oder Unglücksfall? Diese Frage stellen sich seit gestern in Berlin nicht nur die Beamten der Mordkommission, die den früheren Meistertaxi-Gewerkschafter Bubi Scholz verurteilten. Der 54-jährige Geschäftsmann war am Montag unter dem Verdacht festgenommen worden, seine 49-jährige Ehefrau Helga mit einem Schuß in den Kopf aus seinem Kleinkalibergewehr getötet zu haben.

„Unvorstellbar, Bubi würde doch nie seine Frau erschießen“, ließ unmittelbar nach der Tat Schauspieler Günther Pfitzmann über seinen Freund wissen. Auch andere Bekannte, die regelmäßig auf den Partys von Gustav und Helga Scholz anzutreffen waren, können nicht glauben, daß Bubi Scholz mit voller Absicht zum Gewehr griff. Boxer Max Schmeling: „Bubi und Helga waren doch so glücklich. Bubi war einer der wenigen Boxer, die immer einen klaren Kopf behielten.“ Und Harald Juhnke sicherte seinem Freund zu: „Ich werde Bubi auf jeden Fall im Gefängnis besuchen, er war und bleibt mein bester Freund.“

Berlins Schickleria rätselt über die Vorfälle

Während so Berlins Schickleria über die Hintergründe der Vorfälle in der Grunewald-Villa weiter rätselt, gab einer der Mieterinnen des Hauses eine Zeugnisaussage, die etwas mehr Licht in das bisherige Dunkel brachte. Die Mitbewohnerin der Villa sprach mit Bubi Scholz nicht nur kurz nach der Entdeckung des Todes seiner Ehefrau, sondern hatte Gelegenheit, ihn in einer Vernehmungspause im Gebäude der Kriminalpolizei zu sprechen. Sie berichtet von diesem Treffen: „Ich kam von meiner Vernehmung und traf Bubi Scholz, der auf einer Bank im Flur saß. Bubi sagte zu mir: Du weißt, ich tue doch der Helga nichts. Ich konnte wieder einmal nicht schlafen, deshalb habe ich meine Gewehre geputzt. Dabei muß sich ein Schuß gelöst haben. Aber dadurch kann es doch nicht so ein Unglück geben.“

Scholz, der am Tagtag wegen starken Alkoholkonsums nicht von der Polizei vernommen werden konnte, wurde gestern im Belsen seines Verteidigers von der Kriminalpolizei zu den Geschehnissen befragt. Er lehnte jedoch jede Aussage zu der verhängnisvollen Nacht ab. Fest steht mittlerweile, daß der tödlichen Schuß mehrere Stunden vor der Entdeckung der Leiche abgefeuert hatte. Das Geschoß vom Kaliber 22 durchschlug den Schädel der Frau in Höhe des rechten Ohres und zerstörte lebenswichtige Teile des Gehirns.

Alkohol und Psychopharmaka?

Als die Polizei kurz nach 7 Uhr morgens bei der Toten eintraf, war bereits die Leichenstarre eingetreten. Bubi Scholz, der mehrfach wegen einer Magenkrankheit das Krankenhaus aufsuchen mußte, soll zum Zeitpunkt der Tat nicht nur unter Alkoholeinfluß, sondern auch unter der Wirkung starker Psychopharmaka gestanden haben. Die Polizei nahm Blut- und Urinproben vor, um festzustellen, ob der Proflibor voll zurechnungsfähig gewesen ist.

Die Ehe von Helga und Bubi Scholz, von Außenstehenden als „harmonisch“ bewertet, soll jedoch durch den Alkoholkonsum der beiden Ehepartner starken Belastungsproben ausgesetzt gewesen sein. Auch habe die einst erfolgreiche Werbeagentur des Boxers kurz vor dem Konkurs gestanden, da wichtige Kunden wie die Nordwestdeutsche Klassenlotterie und der größte Berliner Fotohändler verloren gingen und ein Werbevertrag mit einer Zigarettenfirma scheiterte.



Lagerfeld bringt in Paris die Röcke zum Laufen

Von CONSTANCE KNITTER

Je mieser die Zeiten, desto schöner die Feste. Das ist das Leitmotiv der Pariser Couturiers. In dieser Woche hat die Haute Couture wieder ihre wunderbare Schau. Für Außenstehende der Modebranche ist es freilich ein Wunder, daß es soviel Luxus überhaupt noch gibt. Doch die Modeschöpfer frohlocken. Sie rechnen in diesem Jahr mit einem Umsatz von 80 Millionen Mark.

Für die Pariser Modehäuser ist die Haute Couture wieder ein auf Hochglanz poliertes Vehikel. In ihren Herbst- und Winterkollektionen sollen sie diesem Image des totalen Luxus gebührende Rechnung. Arabische Prinzessinnen und Dollar-Millionärinnen aus USA tragen ihren Teil zu dem Wunder bei. Sie sind die einzigen Frauen, die noch Wert auf große Garderobe legen. Sie bestellen in einer Saison oft Dutzende von Abendkleidern, möglichst schillernde und

von brillantbestickten Exemplare. Frankreichs Stickerinnen hatten deshalb in den vergangenen Wochen Hochsaison.

Doch auch die Parfümbranche profitiert vom Ruhm der Haute Couture. So scheute man bei Chanel weder Kosten noch Mühen, um das neueste Chanel-Parfüm „Coco“ in Paris vorzustellen. Schon am Montag mittags lud Chanel die Vertreterinnen der Mode- und Kosmetikbranche zu einem Lunch in die Gärten des „Palais Royal“. In weißen Zelten, dekoriert mit Kopien der historischen Glasmauern des Gourmet-Restaurants „Grand Vefour“, labte man sich an fünf Buffets. Der Champagner floß wie Wasser. Zur Präsentation der Chanel-Kollektion, entworfen von Karl Lagerfeld, begab man sich in die Oper. Nach der Schau wurde den 700 Gästen im großen Foyer des „Palais Garnier“ ein Souper zu Barockmusik serviert.

„Je mieser die Zeiten, um so schöner die Feste“. So lautete das Motto der Pariser Modeschöpfer. Glanz und Gloria umgaben die jüngste Galaschau: Cardin (Foto ganz links) besticht durch kühle, exklusive Sachlichkeit. Der futuristisch anmutende Hut signalisiert Perspektive. Chanel (links) gelang die Symbiose aus Raffinesse und konservativem Schnitt. Scherrer (rechts) bot Kaschmir-Träume aus „1001er Nacht“, während Dior (ganz rechts) sich für schlichte Eleganz und gerade Formen entschied.



Als Zauberer entpuppte sich auch der Hamburger Karl Lagerfeld. Ihm gelang es, den Chanel-Stil der Vergangenheit mit der Moderne zu vereinen. Noch immer gibt es die berühmten kleinen Chanel-Kostüme. Doch Lagerfeld erneuert die Proportionen: Die Schultern sind breiter, die Röcke sind zum Laufen gemacht. Die moderne, aktive Frau von heute hat ein anderes Tempo drauf als die Damen, die Coco Chanel anzog. So sah man bei Chanel mehr Hosen als je zuvor, gepaart mit Tweed-Jacken und sportlichen Maxi-Mänteln. Man sieht weniger Goldketten in der Chanel-Kollektion, dafür aber traumhafte bestickte Abendkleider, mit Motiven des Zarenreiches oder Samtobren mit aufgestickten Kamellen-Blüten aus Diamanten.

Jean-Louis Scherrer, Lieblings-schneider arabischer Prinzessinnen, träumt von einer Frau, die den Orient-Expreß benutzt, um in Venedig

auf einem Kostümball zu tanzen. Schon am Morgen trägt sie Straußenfedern-Jacken über seidene Kasack-Blusen und Tweedhosen. Auf ihren Reisen trägt sie Tweed-Paletots und Tweedjacken zu pilsierten Röcken.

Am Abend erscheinen die Mannequins von Scherrer wie auf dem Bildern von Guardi zu Kostümbällen aus „Tausend und einer Nacht“. Sie tragen weite Lamé-Hosen wie Sklavinnen aus dem Serail, goldbestickte Westen, bestickte weiße Brokatröcke, drapierte Tuniken. Und wie es sich einst für die Schönen der Nacht gehörte, verbergen sie ihr Gesicht hinter goldenen mit Glasperlen bestickten Masken. Dann wieder kommen die Mannequins wie Königinnen der Nacht daher in schwarzen Samtkolletts. Die Jacken sind mit schwarzen Jett-Perlen bestickt.

Bei Dior zollten die Fotografen Prinzessin Caroline von Monaco

und ihrem Mann Stefano Casiraghi mehr Aufmerksamkeit als den vorgeführten Kleidern. Dabei defilierte unter den Mannequins die blonde Jerry Hall, Lebensgefährtin von Mike Jagger. Für Modeschöpfer Marc Bohan ist Caroline eine „Muse“. Für sie entwarf er schwarze Jersey-Kleider, die wie ein Handschuh am Körper sitzen. Dazu gehören weite Mohairmäntel in safran-gelb, himbeer-rot, königs-blau und grau, Hoseanzüge mit taillierten Flauschjassen sind ein anderes Dior-Thema. Wie in den fünfziger Jahren tippeln die Mannequins bei Dior in engen wadenlangen Bleistift-röcken daher.

Schmal und lang ist auch die neue Silhouette bei Cardin. Selbst Andre Courreges, der in den sechziger Jahren die Mode mit seinen Minis revolutionierte, verhielt die Knie. Schwarz und alle Herbsttöne sind die klassischen Winterfarben. (SAD)

LEUTE HEUTE

Abgedankt

Die 21-jährige Vanessa Williams, die im vergangenen Sommer als erste Farbige zur „Miss America '84“ gekürt wurde, hat am Montag „abgedankt“. Sie ist damit die erste Titelträgerin, die freiwillig auf ihre Krone verzichtet. Anlaß dafür sind Nacktphotos von ihr, die das Magazin



„Penthouse“ in seiner nächsten Nummer veröffentlicht hat. Miss Williams hatte dazu versichert, die Bilder seien ausschließlich für den Privatgebrauch bestimmt gewesen. „Es ist die Erfüllung meines Lebens-traumes“, freute sich die ebenfalls schwarze Suzanne Charles als automatische Nachfolgerin.

Mun als Tellerwäscher

Der koreanische Sektengründer Sun Myung Mun arbeitet seit Montag als Küchenhelfer im Gefängnis von Danbury (Staat Connecticut), wo er sich voriges eingeordnet haben soll. Der Prophet, der wegen Steuerhinterziehung 18 Monate abzusitzen hat, trägt die braune Kluft der Häftlinge. Da der 64-jährige Gründer der „Vereinigungskirche“ kaum Englisch spricht, sind ihm Arbeiten übertragen worden, die keine Sprachkenntnisse erfordern.

Warum soll ein Papst nicht Ski laufen?

Italien ist über die sportliche Einlage des Heiligen Vaters in zwei Lager zerfallen

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
Man werde Skandal rufen, hatte der Skilauf Karl Wojtyla prophezeit, als er nach einigen Abfahrten und Slalomläufen auf den Gletscherfeldern des Adamello-Massivs seinem Gast Sandro Pertini beim Mittagessen auf der Schutzhütte zutrat. Die päpstliche Jet-Tour in die Alpen hat tatsächlich einige Skandalrufe provoziert. Sie hat aber auch Beifall und Verständnis gefunden, die für alles, was ein Papst tut, stets mit einem recht fertigen Zitat aus der Bibel oder den Schriften der Kirchenväter schnell bei der Hand sind und diesmal flugs auf den Heiligen Thomas von Aquin verwiesen haben, der das „Sich-Vergnügen-Können“ eine der Tugenden nannte.

„Warum eigentlich nicht“, ist die weitverbreitete Reaktion. Warum soll ein Papst unserer Zeit zur Erholung nicht schwimmen, Ski laufen und vielleicht auch Golf- und Tennis spielen? Warum soll er sich dafür nicht auch sportgerecht kleiden – sei es in Badehose, sei es im Anorak?

Rebell zeigt Gelassenheit
Die Überänglichkeit der Aufsichtsgänge des vatikanischen „Osservatore Romano“, die aus der schon druckfertigen Zeitung ein Foto des Papstes in Skikleidung wieder herausnehmen ließen, wirkte auf die meisten, die davon Kenntnis erhielten, eher lächerlich als weise.

Dem Vernehmen nach soll nicht einmal der erdtraktualistische französische „Bischofsrebell“ Marcel LeFebvre am skilaufenden Papst Anstoß genommen haben. Er zeigte damit mehr Gelassenheit als mancher Eiferer auf der anderen Seite des breiten kirchlichen Spektrums, der einen Kontrast konstruiert zwischen der

Anpassung an die moderne Sportwelt und der Starrheit Karl Wojtylas in Fragen der Moraltheologie und der Kirchenzucht.

Diese Gegenüberstellung wird weithin als unangemessen empfunden. Sie ist kaum Thema einer ernsten Diskussion. Diskutiert jedoch wird im Vatikan und in seinem Bankkreis – unter der Oberfläche – über die Fragen, die mit dem Wie der päpstlichen Spritztour in die Alpen zusammenhängen. Kritik entzündet sich dabei vor allem an zwei Aspekten des Skiausflugs:

1. Der Aufwand – um einem einzigen Skilauf einen 2-Tages-Aufenthalt im sommerlichen Gletscherschnee zu ermöglichen, wurde ein ganzes Bergmassiv abgesperrt, ein Touristengebiet quasi in Belagerungszustand versetzt, eine DC 9 aus italienischen Staatsmitteln zur Verfügung gestellt, eine Hubschraubstaffel eingesetzt, eine Bergbühne freigegeben und noch einiger anderer nicht eben billiger Aufwand getrieben. Bei alledem, so argumentieren die Kritiker, gehe es zwar ganz gewiß nicht um Fragen des Glaubens, aber doch um die Glaubwürdigkeit gewisser kirchlicher Sozialpostulate.

Als Gegenargument wird ins Feld geführt, daß schließlich auch der Papst ein Recht auf Erholung und Entspannung habe und daß dieses Recht ohne enormes Sicherheitsrisiko, ohne Beeinträchtigung durch einen Massenansturm von Neugierigen gar nicht anders zu verwirklichen sei.

2. Die „Vermarktung“. Dem Papst wird nach diesem Skiausflug in einigen italienischen Zeitungen direkt als bisher sein angeleglicher „Protagonismus“ vorgeworfen, eine Vorliebe, sich im Rampenlicht zu präsentieren.

Die Post schmeichelt ihren Kunden

Rei. Bonn

Was unterscheidet das bayerische St. Ottilien von Wansee-Eckel im Ruhrgebiet? Nicht, die idyllische Landschaft oder die gute Luft, auch nicht die Bevölkerungsdichte oder das Pro-Kopf-Einkommen. St. Ottilien darf seine Identität, zumindest postalisch, behalten und eine eigene Postleitzahl führen, während Wansee-Eckel sich postalisch nur noch Herne 2 schreiben darf. Doch das soll anders werden.

Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU), der sich jüngst durch seltene Briefkasten-leerung den Zorn der Bürger zuzog, möchte sich jetzt bei denselben einschmeicheln, indem er die im Zuge der Gebietsreformen weggerollten Ortsnamen als Postanschrift zuläßt.

Nach der Anhörung eines vielköpfigen Gremiums aus „politischen Mandatsträgern, Vertretern sozialer Einrichtungen, der Wirtschaftsverbände, der Kirchen, des Versandhandels“ und so fort, will der Postminister kulturhistorisch wertvolle Ortsnamen erhalten. Weil das historische Bewußtsein und der Wunsch nach Identifizierung mit der Umgebung im Steigen begriffen sei, will die Post auf etwas hinweisen, was schon seit 1977 gilt: Möchte jemand nach Wansee-Eckel schreiben, dann darf er das, wenn er den alten Ortsnamen zwischen den Namen des Adressaten und dessen Straße kennt und als letzte Zeile wieder „Herne 2“ schreibt. Bis zum Ende der 80er Jahre soll ein System von Postleitzahlen und eventuell Buchstaben eine genauere Auffächerung der Ortsnamen erlauben. Wenn sich ein Ort jetzt schon kulturhistorisch benachteiligt fühlt, kann er eine eigene Leitzahl für den alten Namen beantragen.

Seit 2: Skihügeligkeit

„Schuld“ der Medien

Rei. Bonn

Mancher römische Priester trauert angesichts der heutigen Medienzwänge den Zeiten Pius IX. nach, als der Papst noch, ohne eine ganze Stadt zu lähmen und ohne auch in aller Welt der Vorliebe für die große Schau verdrängt zu werden, gelegentlich wie jeder andere Bischof auch durch die Straßen und Gassen seines Diözesan-sitzes spazieren konnte.

Seit 2: Skihügeligkeit

Mancher römische Priester trauert angesichts der heutigen Medienzwänge den Zeiten Pius IX. nach, als der Papst noch, ohne eine ganze Stadt zu lähmen und ohne auch in aller Welt der Vorliebe für die große Schau verdrängt zu werden, gelegentlich wie jeder andere Bischof auch durch die Straßen und Gassen seines Diözesan-sitzes spazieren konnte.

Seit 2: Skihügeligkeit

Mann mit „Spendierhose“ irritiert Polizei

dpa, Tübingen

Wie in einem schönen Traum kam sich die 24-jährige Serviererin Michele Lee vor. Sie hatte dem Gast ein Frühstück für umgerechnet knapp neun Mark gebracht. Nun lag ein Trinkgeld von rund 3800 Mark auf dem Tisch. Kurz darauf bezahlte gleichfalls ein männlicher Gast in einem Café einige Straßen weiter für zwei Schmalzbraten 2,20 Mark und legte ein Trinkgeld von 1700 Mark auf den Tisch. Wie die 18-jährige Bedienung Stephanie Cornaci später sagte, kaufte der Mann die beiden Kuchen „für den Weg“. Er habe ihr ein zusammengeknülltes Bündel Dollarscheine zugesoben und gesagt: „Kleingeld“. Nach Vermutungen der Polizei stammen die beiden Trinkgelder von demselben Mann. Bereits in der vorigen Woche habe ein ähnlich aussehender Gast in einem Restaurant ein Trinkgeld von 3500 Mark hinterlassen. Stephanie Cornaci übergab das Geld dem Geschäftsführer der Polizei alarmierte. Deren Analyse, wahrscheinlich echt. Wenn sich noch bestätigt, daß es nicht gestohlen ist, erhalten es die Servierinnen zurücker.

Pfarrer-Statistik

AP, Hannover
In der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) ist 1983 die Zahl der Seelsorger um zwei Prozent auf 16 302 gestiegen. Damit betrug jeder Gemeindepfarrer im Schnitt 2120 Gemeindeglieder. Das teilte die EKD in Hannover mit. Etwa jeder zehnte Geistliche im Pfarrdienst ist eine Frau. Sprunghaft angestiegen ist 1983 die Zahl der bestandenen Zweiten Theologischen Examina. Sie lag mit 695 um 183 über der Vergleichszahl des Vorjahres.

Mord aufgeklärt

dpa, Düsseldorf
Das Sexualverbrechen an der 20-jährigen Lehrerstochter, die am 15. Juli an den Düsseldorfer Rheintwien mit eingeschlagenem Schädel tot aufgefunden worden war, ist geklärt: Der 18-jährige Gelegenheitsarbeiter Dieter Becker, der am Montagabend nach einer Fernsehfahrt in Dortmund festgenommen worden konnte, hat die Tat gestanden.

Bankräuber erschossen

DW, Montpellier
Mit einem Toten und einem Schwerverletzten endete gestern in der südfranzösischen Stadt Montpellier ein Banküberfall. Eine Polizeistreife, die den Überfall zufällig beobachtete, erschoss einen der beiden Gangster. Ein Kunde wurde lebensgefährlich verletzt. Bei einem Überfall auf die Raiffeisenbank in Mörbris im Landkreis Aschaffenburg (Unterfranken) erbeuteten vier maskierte Männer kurz vor Schallerschluss 360 000 Mark.

Löschflugzeug abgestürzt

AF, Athen
Bei den anhaltenden Waldbränden in Griechenland ist gestern der Pilot eines Löschflugzeugs abgestürzt und schwer verletzt worden. Das am Montag ausgehobene Großflugzeug, rund 50 Kilometer nordwestlich von Athen, hat bisher 400 Hektar Kiefernwälder und Weinberge vernichtet. Für die Löscharbeiten wurden französische und polnische Spezialflugzeuge eingesetzt. Die Polizei schließt Brandstiftung nicht aus.

Zwei Zugunglücke

DW, New York
Bei einem Zugunglück im New Yorker Stadtteil Queens sind am Montag ein 53-jähriger spanischer Diplomat getötet und 115 weitere Fahrgäste zum Teil schwer verletzt worden. Zwei aus Boston und Washington kommende Personenzüge stießen frontal zusammen. Der aus Boston kommende Zug hatte auf einem eingeleisten Streckenabschnitt die Durchfahrt des Gegenzuges abwarten sollen.

Job verweigert

AFP, Los Angeles
Ein ungewöhnlicher Job ist einem amerikanischen Nobelpreisträger angeboten worden, der bei den Olympischen Spielen von Los Angeles seine Hilfe angetragen hatte. Dem Kandidaten wurde großzügig ein Platz als Parkwächter an der Universität von Cal State in Fullerton angeboten, wo das Handballturnier ausgetragen wird. Der Wissenschaftler lehnte ab. Anzeige

Das beste ist: eine gute Versicherung.

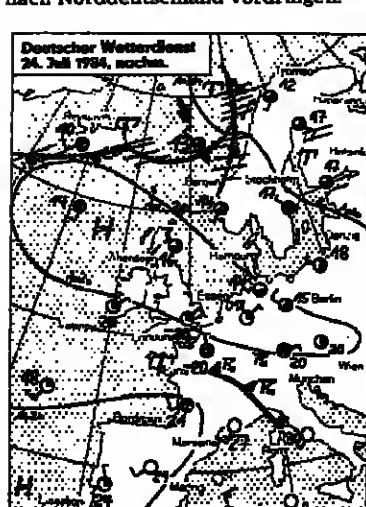
SIGNAL VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

Kohl und Strauß wollen wieder wandern – „unter vier Augen und auf vier Beinen“, wie es bei uns heißt.

WETTER: Im Süden Gewitter

Wetterlage: Ein von Frankreich ostwärts ziehendes Gewitterfeld beeinflusst Süddeutschland, während von der Nordsee her kühlerer Luftmassen nach Norddeutschland vordringen.



Vorhersage für Mittwoch:

Im Norden allmähliche Bewölkungszunahme, im Süden und Südwesten wechselnd bewölkt und Gewitterschauer. Tageshöchsttemperaturen im Norden 16 bis 20 Grad. Sonst 21 bis 23 Grad. Tiefstwerte in der Nacht zwischen 14 und 10 Grad. Im Norden mäßiger Nordwestwind, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Meist stärker wolkig, vereinzelt Schauer, allgemein kühler.

Temperaturen am Dienstag, 13. Uhr:

Berlin	15°	Kairo	30°
Bonn	21°	Kopenh.	18°
Dresden	16°	Las Palmas	28°
Essen	18°	London	19°
Frankfurt	22°	Madrid	29°
Hamburg	14°	Mallorca	27°
List/Sylt	15°	Moskau	18°
München	20°	Nizza	27°
Stuttgart	21°	Ostlo	18°
Algier	32°	Paris	20°
Amsterdam	18°	Prag	18°
Athen	31°	Rom	30°
Barcelona	28°	Stockholm	17°
Brüssel	19°	Tel Aviv	31°
Budapest	20°	Tunis	31°
Bukarest	22°	Wien	20°
Helsinki	17°	Zürich	19°
Istanbul	27°		

Sonnenanfang am Donnerstag: 5:37 Uhr, Untergang: 21:18 Uhr; Mondaufgang: 2:43 Uhr, Untergang: 20:20 Uhr *in MEZ, zentraler Ort Kassel

Was tut Simón Bolívar im Vorgarten der „Allianz“?

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Eine überlebensgroße Bronzefigur, Denkmal für den 1830 gestorbenen Führer der Befreiung vieler südamerikanischer Staaten vom spanischen Kolonialjoch Simón Bolívar, ist gestern in Bonn am Eingang zum Regierungsviertel durch Bundespräsident Richard von Weizsäcker der Öffentlichkeit übergeben worden. Das Monument, an dessen Sockel auf die Beziehungen zu dem deutschen Universalgenie Alexander von Humboldt hingewiesen wird, ist ein Geschenk der Regierung von Venezuela an die Stadt Bonn – ein Vorgang, der nur protokollierten Laien als einfach erscheinen kann.

Vor exakt einem Jahr wurde in Venezuela des 200. Geburtstag des großen Sohnes gedacht, auf dessen Wirken auch Panama, Kolumbien, Ecuador, Peru oder Bolivien (Bolívar) ihre heutige Freiheit zurückführen. Damals hat Venezuela über das Auswärtige Amt Erklärungen abgegeben, ob ein Bolívar-Denkmal in Bonn Aufnahme finden könnte. Die Antwort war positiv: Die Bedeutung des Befreiers für die Selbstbestimmung der südamerikanischen Staaten, seine demokratische Gesinnung

und sein republikanisches Bekenntnis sollten auch in Deutschland gewürdigt werden, in deren Schulunterricht der große Mann kaum eine Rolle spielt.

Am Rande beschäftigte man sich dabei im Bonner Rathaus auch mit der Frage, wie man es in Zukunft mit ähnlichen Gaben aus entfernten Weltteilen halten wolle. Darüber zog sich



Fotisch und doch gegolgt platziert: Simón Bolívar
FOTO: DPA

die Sache ein wenig hin, schließlich wurde für das Bolívar-Denkmal ein Standort an der Ecke Heuss-Allee und Konrad-Adenauer-Allee bestimmt. Das Grundstück nahe dem Regierungsviertel gehört der Stadt, der Raum dahinter der Allianz-Versicherungsgesellschaft in Köln.

Deren Grundstücksverwaltung stellte nun fest, daß der Sockel für das Denkmal offensichtlich sehr weitgehend 20 Meter entfernt vom eigentlichen festgelegten Standort auf Allianz-Grund gemauert worden war. Statt auf einer Wiese steht Bolívar nun hinter einer Hecke, die ihn von der Schwedischen Botschaft trennt. Die Versicherung belies es bei den Fakten. Für die Stadt ergab sich daraus, daß es sich nun um ein Monument auf Privatgrund handelt, daß mithin nicht der gesamte Rat, sondern nur der Hauptausschuß befaßt werden mußte.

Für den Botschafter von Venezuela in Bonn, Adolfo Aristeguieta Gramcko, steht das Denkmal freilich optional – „an der Kreuzung von drei Straßen mit großen Namen: Adenauer, Heuss und Ebert.“ Wenn er selbst Bonn verlässt, bleibe Bolívar „als der beste Botschafter von Vene-

„Allianz“?

zuela“ in der Stadt zurück. Eine seiner Lebensweisheiten ist auf einer Messingtafel am Sockel zu lesen: „Schwieriger ist es, das Gleichgewicht der Freiheit zu erhalten, als die Last der Tyrannei zu ertragen.“

Warum Bonn ein Bolívar-Denkmal brauchte, zeigte Bundespräsident von Weizsäcker bei der Übergabefeier mit dem Rückfahrsatz: „Warum haben wir Simón Bolívar nicht schon früher ein Denkmal errichtet? Seine überragende Bedeutung für Lateinamerika, und damit auch für uns“, hätte es wohl gerechtfertigt. Er sei eine moderne Gestalt, und mehr als das: „Der Zukunft erst bleibt es vorbehalten, sein weltpolitisches Vermächtnis einzulösen. Im Jahrhundert der Nationen und Nationalstaaten dachte Bolívar in Kontinenten.“

Für die „Allianz“, heißt das, was ihrer Bestimmung nach das Hauptproblem genannt wird. Ungeklärt ist für die Gesellschaft, die gegen Demonstrationsschäden nur in Zusammenarbeit mit Lloyds in London versichert ist, wer angesichts der Tatsache, daß sie ein Denkmal vorgesetzt bekam, für die dafür anfallende Prämie aufkommt.